Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Nr. 23 · Sommer 05 · 3€



Offensiver Nationalsozialismus versteckt sich nicht

NS-Verherrlichung stoppen.

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough im Vertrieb von rat · reihe antifaschistischer texte

Kaufen:



Dieser Band zu rechter Musik und rechtem Lifestyle hat unabhängig jeglicher politischer und medialer Konjunktur ein Anliegen:

Denjenigen den Rücken zu stärken, die nach Möglichkeiten suchen, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus entgegenzutreten.

Umfangreiche Verzeichnisse zu rechter Symbolik, einschlägigen Bands, Publikationen und Labels des RechtsRock bieten schnelle und präzise Orientierung für die Praxis.

Das Standardwerk

544 Seiten, viele Abbildungen
ISBN 3-89771-808-1 · 24 €

AStA der Universität Hamburg (Hg)

Falsch Verbunden

Reader zum Verbindungs(un)wesen in Hamburg



Die extreme Rechte ist im Aufwind. Im sächsischen Landtag sprach der NPD-Abgeordnete und Burschenschafter Jürgen Gansel von einem »Bomben-Holocaust« durch die Allierten im Zweiten Weltkrieg. Immer wieder sind Burschenschafter mit von der Partie wenn es um neonazistische Peropaganda geht. Extrem rechte Verbindungen sind auch in Hamburg aktiv. Im Verbindungshaus der Burschenschaft Germania wohnte der Vertreiber der »Projekt-Schulhof«-CDs der »Freien Kameradschaften«. Die neonazistische Burschenschaft Germania ist jedoch nur die Spitze des Eisberges. In den Räumen einiger Verbindungen, wie beispielsweise der Germania Königsberg und der Mecklenburgia, finden immer wieder Veranstaltungen mit Rednern aus der extremen Rechten statt.
Um einen Überblick über das rechte Studentenwesen zu bekommen, wurde dieser Reader erstellt.

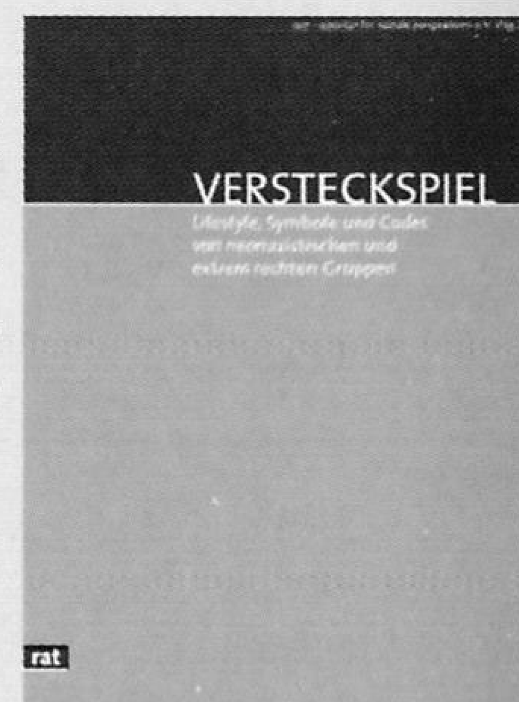
1 Ex 2€ Schutzgebühr plus 1€ Versand.
10 Ex 12€ inkl. Versand
Nur gegen Vorkasse

asp (Hg.)

Versteckspiel

Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

Das Wissen um Symbole, Codes und Kleidungsstil ist wichtige Voraussetzung für die Beschäftigung mit rechten Jugendkulturen. Diese Broschüre trägt diejenigen Elemente zusammen, die im Alltag der Jugendlichen tatsächlich eine Rolle spielen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Region Berlin/ Brandenburg und zeigt, soweit möglich, Beispiele aus dieser Region.

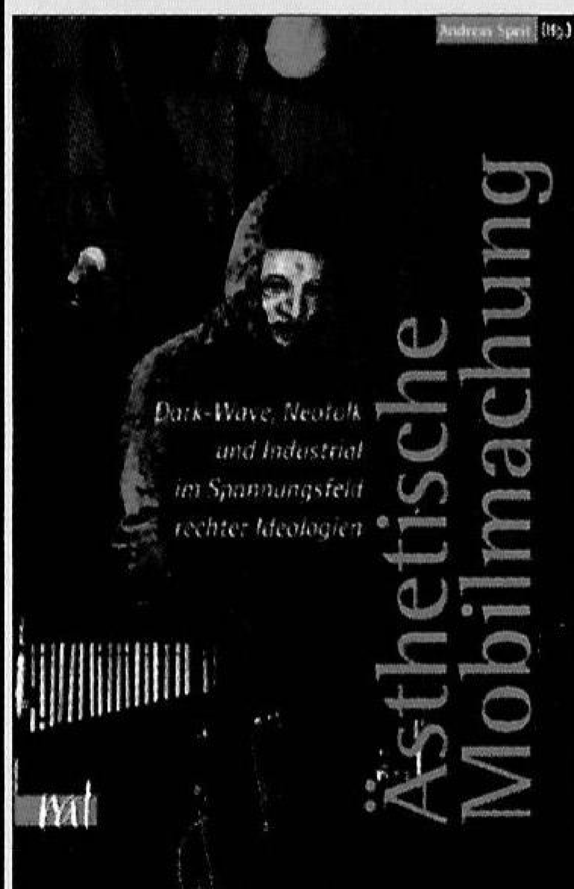


3. aktualisierte Auflage 2005
40 Seiten A4 farbig
Versandbedingungen
1 Ex. 3 € plus 1 € Versand
10 Ex. 25 € incl. Versand

Andreas Speit (Hg.)

Ästhetische Mobilmachung

Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien



1. Auflage 2002
282 Seiten
ISBN 3-89771-804-9
16€

»Ästhetische Mobilmachung ist mehr als nur eine Aufsatzsammlung. Die Beiträge sind gut aufeinander abgestimmt, sauber recherchiert und bieten treffende Analysen. Wer bereit ist, über die Wechselwirkung zwischen Pop und Politik nachzudenken, findet hier reichlich Material und Anregung. Darüber hinaus leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zum Thema ›Re-Politisierung der Popmusik‹ ...«
Intro/Juli 2002

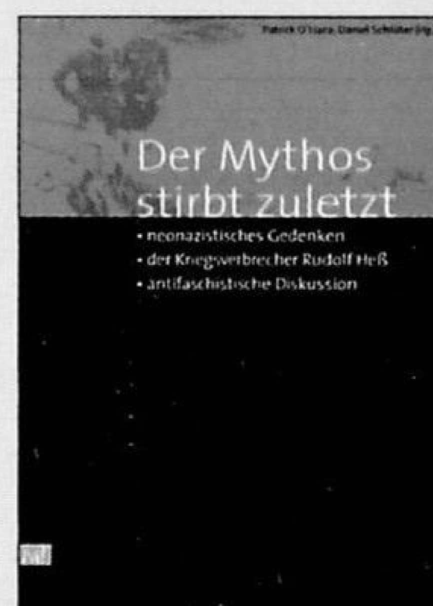
»Alles in allem also jede Menge Fakten und Analysen, wobei das Buch vor allem durch seine Komplexität besticht ... Kaufpflicht«
Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW/Sommer 2002

Der Mythos stirbt zuletzt

Seit 15 Jahren organisieren Neonazis alljährlich im August zum Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß Aufmärsche und Propagandaaktionen.

Die Mythenbildung um Heß, die revisionistische Projektion auf den Suizid und die ›Vorbildfunktion‹ eines reuelosen NS-Täters für ›junge Kameraden‹ kulminieren im Gedenken an Rudolf Heß.
In den Beiträgen wird der ›Mythos Heß‹ entzaubert, seine Biogafie zeigt den gradlinigen Weg zu einem der führenden NS-Funktionäre und Wegbereiter des Holocaust.

Mit der Betrachtung antifaschistischer Gegenaktivitäten werden abschließend Möglichkeiten und Grenzen autonomer Konzepte diskutiert.



1. Auflage 2002
56 Seiten · 3
Versandbedingungen:
1 Ex 3€ plus 1€ Versand
10 Ex 25€ incl. Versand

So gehts:

Ich abonniere die ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 13 3 bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 25 € abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse

Name

Straße

PLZ

Wohnort

( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 13 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )

( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 25 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )

( ) Gratis-Broschüre meiner Wahl ( ) Der Mythos ( ) Versteckspiel ( ) Burschis

( ) neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher und Broschüren ebenfalls gegen Vorkasse

( ) Ästhetische Mobilmachung ( ) RechtsRock

( ) zusätzliche Broschüren ( ) Der Mythos ( ) Versteckspiel ( ) Burschis

Ich habe der Sendung ( ) € in Scheinen und/oder Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg

Enough is enough Nr. 23

Inhalt

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herausgeber

Enough is enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck
Redaktionskollektiv Hamburg

Redaktion

c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb

RAT

reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:

4 mal pro Jahr

Abo

13 Euro für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen
Vorkasse möglich

Bankverbindung

A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Vorwort

Liebe Leserinnen liebe Leser,

hieß es nach dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen im Herbst 2004, der Weg der Partei führe über Kiel nach Berlin in den Bundestag, so war dieser Traum bereits durch das Ergebnis der Landtagswahl in Schleswig-Holstein gestorben; nach dem - aus Sicht der Nazis und Neonazis schlechten - Abschneiden in Nordrhein-Westfalen spekuliert die NPD nun darauf, bei den vorgezogenen Neuwahlen durch Direktmandate in den Bundestag einzuziehen; diese sollen in Sachsen errungen werden, wo sie in der Sächsischen Schweiz zum Teil Ergebnisse von über 20 Prozent erzielten.

Auch wenn die Ergebnisse in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen hinter den Hoffnungen der Neonazis zurückgeblieben sind, versucht man dort, dem Wahlkampf positive Aspekte abzugewinnen. So ließ etwa das Aktionsbüro Norddeutschland verlauten, dass die sog. »freien Nationalisten« erstmals gleichberechtigt mit der NPD über die Bedingungen für eine Unterstützung des Wahlkampfes verhandelt hätten; auch wären KandidatInnen offen als »nationale Sozialisten« angetreten und Forderungen nach Abschaffung des NS-Verbotsparagrafen erhoben worden.

In welcher Konstellation die faschistischen Parteien und Zusammenhänge nun in den Bundestagswahlkampf gehen, steht noch nicht fest. Auch der vorgezogene Termin wird jedoch vielfach Gelegenheit bieten, zusätzlich zu den ohnehin laufend stattfindenden Aufmärschen, Veranstaltungen und Schulungen rassistische und antisemitische Hetze zu verbreiten. Die Ablehnung der EU-Verfassung durch eine Mehrheit in Frankreich und den Niederlanden sieht die extreme Rechte zudem als Bestätigung ihres nationalistischen Kurses. Für die NPD bietet es sich angesichts beschränkter materieller und personeller Ressourcen an, sich erneut – wie bereits Anfang des Jahres durch das Auftreten im sächsischen Landtag und dem Gehetze vom »Bombenholocaust« – mit politischen Provokationen bundesweit Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Während eine Umfrage des American Jewish Committee im März/April 2005 ergeben hat, dass fast jede/r Vierte dafür ist, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, rollt in den Medien die NS-Welle weiter. Angesichts von Verfilmungen über Hitlers letzte Tage im Berliner Bunker *Der Untergang* oder den einstigen Rüstungsminister der Nazis, Albert Speer *Speer und Er*, orakelten manche Zeitungen bereits, dass das NS-Führungspersonal in der Bundesrepublik Deutschland medial selten so gegenwärtig gewesen sei wie heute. Speer, der als Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion (1942–1945) zentralen Anteil an der verbrecherischen Nazi-Politik hatte, wurde 1966 aus dem Spandauer Gefängnis entlassen und prägte mit seinen Büchern und Fernsehauftritten das Bild ganzer Generationen über den Faschismus. Dass er sich selbst dabei erfolgreich als schuldlos verstrickten Technokraten inszenierte, war nur dank der Hilfe renommierter konservativer Historiker, insbesondere Joachim C. Fests, möglich.

Die 60. Wiederkehr der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch Vertreter der Wehrmacht hat eine unübersehbare Fülle von Fernsehdokumentationen hervorgebracht und erneut die Diskussion über die geschichtspolitische Bedeutung des militärischen Sieges über den deutschen Faschismus intensiviert. Von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bis CDU/CSU heißt es dabei, man habe aus der Geschichte gelernt; insbesondere Deutschland sei daher aufgerufen, an der Verhinderung von Genozid und Verbrechen mitzuwirken. So wird aus der Ablehnung des rasse-imperialistischen Programms der Nazis die politische Rechtfertigung deutscher Militäreinsätze heute. Da die NPD mit ihrer Ankündigung, am 8. Mai in Berlin gegen »deutschen Bußkult« zu demonstrieren, das Bild von den erfolgreich demokratisierten Deutschen zu stören drohte, inszenierten Berliner Senat und die Bundestagsfraktionen am Brandenburger Tor einen »Tag der Demokratie«. Ausnahmsweise sollte es auch erlaubt sein, einen Nazi-Aufmarsch zu blockieren. Konnte die NPD daher in Berlin ihren Marsch nicht durchführen, so ist bereits in den folgenden Wochen wieder bundesdeutsche Normalität eingekehrt: deutsche Polizisten prügeln für Nazi-Demonstranten den Weg frei …

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch der Ausgang eines Strafverfahrens an der Staatsschutzkammer am Landgericht Flensburg. Eine Gruppe Neonazis war angeklagt, eine kriminelle Vereinigung gegründet zu haben. Das Verfahren war ins Rollen gebracht worden, nachdem im Herbst 2003 rund 50 Hausdurchsuchungen bei Neonazis im Norden durchgeführt wurden, siehe Eie Nr. 20. Großspurig präsentierten sich die Behörden: Es sei ein gezielter Schlag gegen Combat18 gelungen. Nach derlei Ankündigungen waren die Erwartungen natürlich groß, der Ausgang dieses Verfahrens jedoch auch nicht weiter verwunderlich. Die leider übliche Schiene in Deutschland, organisiert terroristisches Handeln von Neonazis nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, zeigt sich hier recht anschaulich – in dieser Ausgabe findet ihr einen ausführlichen Prozessbericht.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe beschäftigt sich mit Repression. Nachdem im Dezember 2004 im schleswig-holsteinischen Steinburg Neonazis der NPD AntifaschistInnen angriffen, erhielten sämtliche AntifaschistInnen nun Aufforderungen

sich einer erkennungsdienstlichen Behandlung zu unterziehen. Alle Beteiligten legten dagegen Widerspruch ein und es bleibt abzuwarten ob dieser Versuch antifaschistisches Engagement zu kriminalisieren gelingt.

Auch verschiedenen Strafverfahren gegen AntifaschistInnen, die sich der Hetzte der NPD während des schleswig-holsteinischen Wahlkampfes entgegenstellten, sprechen deutlich die Sprache der Repression. Der vielbeschworene »Aufstand der Anständigen« entlarvt sich erneut als Worthülse ohne Wirkung. Wie sollte es auch anders sein, wenn Repression zunehmend der politischen Auseinandesetzung weicht und Notstand zur Normalität mutiert. Das neue Hamburger Polizeigesetz unterstreicht diese Entwicklung und verdeutlicht eine gefährliche gesellschaftliche Entwicklung, die der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden Rechte und Techniken einräumt, von denen manche kleine Diktatur nur träumt.

Es bleibt Aufgabe, nicht nur der Antifaschistischen Bewegung, sich gegen solche Tendenzen zur Wehr zu setzten.

Viel Spaß beim Lesen wünsch Euch die Redaktion der Enough is enough.

1500 Polizisten schützen 99 Neonazis



Links: Harburger Worchzögling Alexander Hohensee, Mitte Worch, im Anzug Axel Reitz, rechts ganz in Schwarz: Frank Försterling – Vergeblich bemühten sich die Neonazis in Stellingen um Akzeptanz in der Bevölkerung. Dort wurde klar: Neonazi bleibt Neonazi.



Ein martialisches Polizeiaufgebot musste die Neonazis komplett schützen, die Stimmung in Stellingen und Eidelstedt war eindeutig gegen den Neonaziaufmarsch. Dies merkten auch die Neonazis und richteten ihre Agressionen verbal gegen alle außerhalb ihres Haufens.

Am 2. Juli zogen ca. 100 Neonazis durch den Hamburger Stadtteil Schnelsen. Geschützt wurden sie dabei von 1.500 Polizeibeamten, mehreren Wasserwerfern, Räumpanzern und einem Hubschrauber. Die Stadt Hamburg scheute wieder einmal weder Kosten noch Mühe um den Neonfaschisten einen möglichst angenehmen und problemlosen Ablauf zu ermöglichen. Zusätzliche Polizeikräfte aus Schleswig-Holstein, Bremen und Baden-Württemberg wurden bemüht und der Protest der ca. 1.000 AntifaschistInnen von diesem Großaufgebot meist im Keim erstickt. Der Hamburger Neonazi Christian Worch hatte einen Aufmarsch gegen den Betreiber eines Internetforums für Pädophile angemeldet. Bereits im Vorfeld verteilten Neonazis Flugblätter in Schnelsen und hielten am 17. Juli ein Kundgebung ab, welche aber nach massiven Protesten von Anwohnern vorzeitig abgebrochen werden musste.

Immer wieder versuchen Neonazis das sensible Thema Kindesmissbrauch auszunutzen um Ängste der Bevölkerung zu schüren und besorgten Eltern mit scheinbar einfachen "Kopf-ab"-Lösungen eine "Alternative" anzubieten. Nicht selten geht dieses Kalkül auf und Bürger zeigen Zustimmung für derartige Bauernfängerei. In Schnelsen jedoch floppten die extrem Rechten völlig: Die Anwohner ließen sich nicht hinter´s Licht führen und zeigten ihre Abneigung auf einer antifaschistischen Kundgebung bürgerlicher Kräfte sowie am Rande der Nazi-Route durch Präsenz und lautes Parolenrufen. Über die Ablehnung der Bevölkerung zeigten die Neonazis sich vor und nach dem Aufmarsch sehr enttäuscht, hatten sie doch gehofft mit dem auffällig moderaten Motto "Kein Forum für Pädophile" im Viertel punkten zu können. Doch das Motto konnte niemanden über das sexistische, rassistische und antiemanzipatorische Weltbild der Faschisten hinwegtäuschen, niemand schloss sich dem Aufmarsch an. Der Antifa hingegen, welche Tage zuvor auf Flugblättern über das braune Spektakel informiert und zum Protest aufgerufen hatte, standen die Anwohner angenehm offen und hilfsbereit gegenüber. Immer wieder wurde der Ortsfremden der Weg erklärt oder mit einem kühlen Getränk ausgeholfen. Eine Stimmung von welcher sich andere Stadtteile ein Scheibchen abschneiden könnten ...

Quelle: Antifa-Infopool: www.antifainfo.de

C18-Prozess

Er war halt der Mann mit den Ideen



Am 25. April 2005 ging ein 10-tägiger Prozess gegen fünf Kader der Kameradschaft Pinneberg vor der 1. großen Strafkammer (Staatsschutzkammer) des Landgerichts in Flensburg zu Ende. Den Angeklagten wurden eine breite Palette von Straftaten und die Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129StGB vorgeworfen. Die ausgesprochenen Urteile überraschten allerdings Beobachter des Prozesses nicht.

Am ersten Verhandlungstag, der mit großen Sicherheitsvorkehrungen eröffnet wurde, zeigte sich durch eine eher dürftige Anwesenheit der Presse, dass ein öffentliches Interesse an diesem Prozess nicht sonderlich groß ausfallen würde. Die fünf Angeklagten trafen nach und nach mit ihren Verteidigern ein und würdigten sich untereinander kaum eines Blickes. Der Hauptangeklagte Klemens Otto (23) aus Neumünster sah in seinem silbergrauen Anzug und weißen Rollkragenpullover eher nach einem Staubsaugervertreter der frühen siebziger Jahre aus, als nach einem der ehemals wichtigsten Protagonisten der Schleswig-Holsteiner Neonazi-Szene. Als weitere Angeklagte mussten sich Markus Naujock (Pinneberg), Marco Höhnke (Hamburg), Stefan Silar (Tostedt) und Stefan S. (Hamburg) verantworten.

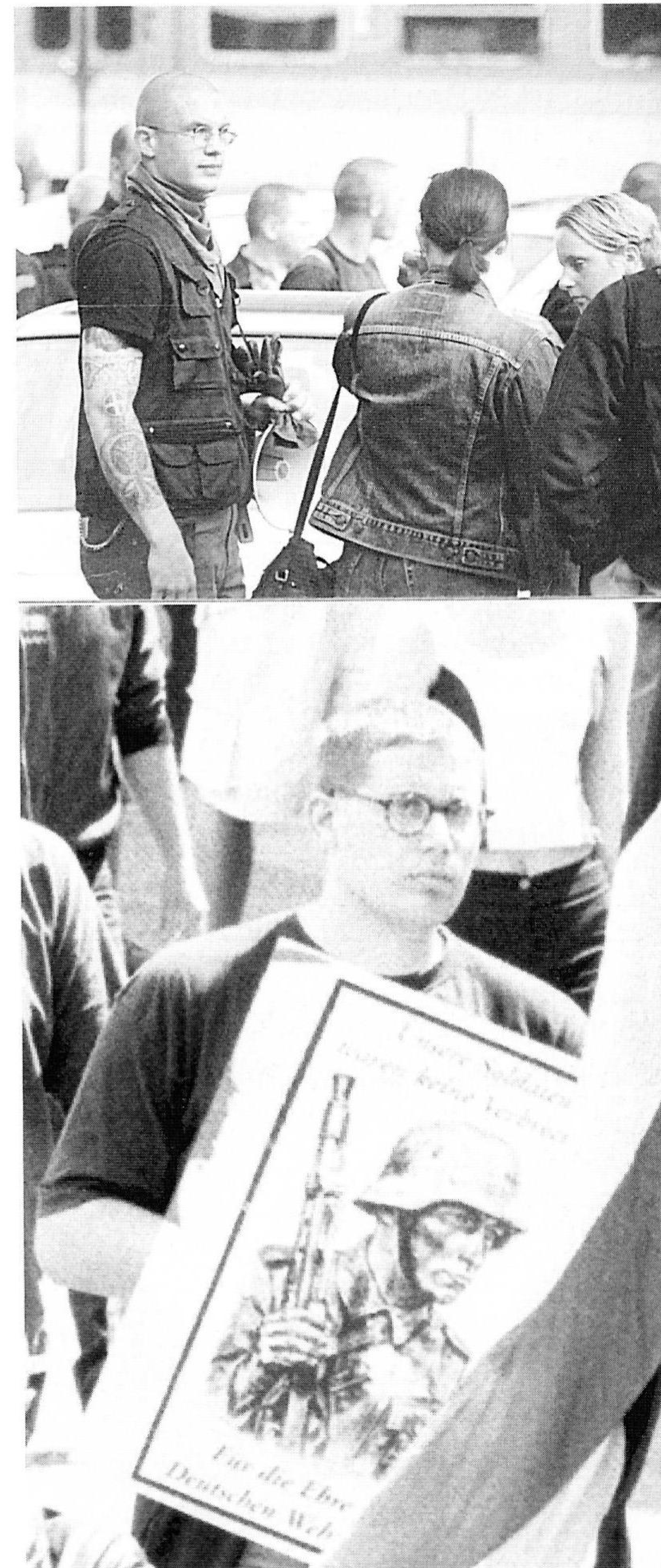
Die Erklärung Otto´s

Die Anklageschrift beinhaltete die folgenden Punkte: Bildung einer kriminellen Vereinigung, Illegaler Schusswaffenbesitz, Verwendung von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen, Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts, Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Klemens Otto ließ von seinem Verteidiger zunächst eine Erklärung verlesen. Diese Erklärung enthielt unter anderem seinen politischen Werdegang ab dem dreizehnten Lebensjahr innerhalb der Neonazi-Szene. Den Beginn seines gestörten Verhältnisses gegenüber Ausländern begründete er damit, dass ihm als Elfjähriger ein ausländischer Mitschüler seinen Lamy-Füller entwendet hätte und er sich in dieser Situation von seinen Eltern sowie Lehrern allein gelassen fühlte. Mit dreizehn Jahren habe er dann an seiner Schule den damaligen FAP (Freiheitliche Arbeiter Partei)

Klemens Otto (Links) bei einem Neonazi-Aufmarsch im Frühjahr 2000 in Tostedt/Niedersachsen. Er wurde als Hauptakteur zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Markus Naujok demonstriert „Für die Ehre der Deutschen Wehrmacht". Er bekam ein Jahr auf Bewährung.



Kader Glenn Goertz kennen gelernt. Es folgte sein Eintritt in die FAP. Mit dem fünfzehnten Lebensjahr nahm Otto Kontakt zur Hamburger Nazi-Skinhead-Szene auf, mit siebzehn schloss er sich dem „Hamburger Sturm 15" an. Im Jahre 1998 gründete Otto mit anderen Neonazis den „Freundeskreis Pinneberg". Bis zur Inhaftierung im Jahre 2001 wegen einer gemeinschaftlichen schweren Körperverletzung nahm Otto mit „seiner" Gruppe an verschiedenen bundesweiten Neonazi-Demonstrationen teil. Nach seiner Freilassung suchte Otto eine „räumliche Distanz" und verzog nach Neumünster. Im September 2002 begann Otto eine Ausbildung als Piercer im „Tattoo-Point Neumünster", wo er seine jetzige Ehefrau kennen lernte. Ab 2002 habe er dann durch Einwirkung seiner Frau keine politischen Aktivitäten mehr entwickelt. Seine Frau habe ihm klar gemacht, dass es „nicht nur schwarz und weiß" gäbe, sondern „dass die Welt farbiger sei". Weiter hätte er während seiner Arbeit viele „Multikulti-Bekanntschaften" geschlossen. Otto räumte jedoch ein, dass er weiterhin persönliche Kontakte zu seinen ehemaligen Kameraden aufrecht halten würde. In Bezug auf den Verkauf von indizierten CDs gab Otto an, man habe nur an näher bekannte Personen, zu Geburtstagen und ähnlichen Veranstaltungen solche Tonträger verkauft. Zu den versuchten Erpressungen von Naziversänden könne er nur sagen, dass dies ein dummer Zufall gewesen sei. In der am 24. März von ihm verfassten Erklärung bezog Otto keine Stellung zu der bei ihm 2003 gefundenen Schusswaffe. Als der Richter ankündigte, Videomaterial eines Combat18-Treffen sowie abgehörte Telefongespräche vorzuspielen, legte der neonazistische Rechtsanwalt Jürgen Rieger Einspruch ein. Rieger verteidigte in diesem Verfahren den Angeklagten Stefan Silar.

Otto packt aus

Im Gegenzug verlas der Richter ein haftrichterliches Vernehmungsprotokoll, in dem Klemens Otto ausgesagt hatte, dass er den Revolver mit dreihundert Schuss Munition eines Tages im Küchenschrank seiner damaligen Wohnung, die er mit seiner Frau bewohnte, gefunden habe. Er sei davon ausgegangen, dass sich seine Lebensgefährtin die Waffe wegen ihrer Scheidung zugelegt hätte. Zum Handel mit CDs sei er 1998 durch seine Mitgliedschaft in der 2002 verbotenen Organisation Blood&Honour–Deutschland gekommen. Er habe fünf Jahre lang in dieser Organisation eine „zentrale" Rolle übernommen. Der Angeklagte Marco Höhnke, sein bester Freund, sei bis zu ihrem Verbot ebenfalls Mitglied der „Sektion Nordmark" von B&H gewesen.

Der Erlös aus den CD-Verkäufen hätte der Kameradschaft Pinneberg zur Ausrichtung von Konzerten, dem Drucken von Flugblättern und sonstigen Gruppenaktivitäten verholfen. Auf die Frage, von wem er die CDs bezogen hätte, die bei drei der Mitangeklagten in so genannten „Verkaufskoffern" gefunden wurden, belastete Otto diverse Personen der deutschen Neonazi-Szene.

Die Pinneberger Kameradschaft

In den weiteren Prozesstagen, die sich größtenteils mit der Vernehmung von Zeugen beschäftigten, zeichnete sich ein sehr genaues Bild der Abläufe innerhalb der „Kameradschaft Pinneberg" ab. Die 1998 gegründete Kameradschaft hatte in den ersten zwei

Jahren einen stetigen Zulauf von Mitgliedern, so dass sie im Jahre 2000 fast 40 Personen umfasste. Die Kameradschaft hatte eine streng politische Ausrichtung und nahm bundesweit an diversen Aufmärschen teil. Auf Fragen des Richters bestätigte ein Zeuge, dass Otto der Kopf der Gruppe gewesen sei. Otto hätte eine Führungsrolle innegehabt und sei halt „der Mann mit den Ideen gewesen". Als Stellvertreter habe sich Marco Höhnke hervorgetan.

Durch Ottos Forderung, die Mitglieder hätten sich noch stärker an politischen Aktivitäten zu beteiligen, habe ab 2000 ein stetiger Mitgliederschwund eingesetzt, so ein Zeuge.

Im Jahre 2003 bestand die Kameradschaft nur noch aus neun bis fünfzehn Aktivisten.

Neben „Rechtsschulung" und „Anti-Antifa" habe sich eine Gruppe mit der Betreuung von inhaftierten Nazis über die HNG (Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener) beschäftigt. In eine Gemeinschaftskasse musste jedes Mitglied fünf DM pro Woche einzahlen. Verantwortlich für das Geld war der Hamburger Andreas Benjamin Skorup, der später mit selbigem durchbrennen sollte.

Nach Zeugenaussagen gab es innerhalb der Kameradschaft zusätzlich einen inneren „Führungskreis", der sich aus Otto, Höhnke, Stefan S. und Dankert zusammensetzte. Dieser Kreis nannte sich selbst „Hate Crew" und stellte innerhalb der Kameradschaft bis 2003 einen „Elitären Zirkel" dar. Als Erkennungszeichen fungierten eine am Hals tätowierte, flammende Billardkugel mit der Zahl „28". Die „28" steht in der Nazi-Szene für den zweiten und achten Buchstaben des Alphabets, B und H. So läst zumindest die eintätowierte „28" darauf schließen, dass die Organisation Blood&Honour mit diesem Kreis von „Ausgewählten" auch nach dem Verbot aufrecht erhalten wurde.

Money Talks ...

Bei der Befragung durch Richter und Staatsanwälte zum professionellen Handel mit indizierten und verbotenen Rechtsrock-CDs belastete der ehemalige Besitzer des Nordland-Versand, Andre Goertz aus Hamburg-Halstenbek, die Angeklagten schwer. Die Versände wüssten schon sehr früh, wann eine CD einer Band durch die Bundesprüfstelle verboten oder auf den Jugendgefährdungs-Index käme. So würden mit dem Hinweis, die Alben würden bald aus dem Programm herausgenommen, die CDs als Sonderangebote verkauft werden. Exemplare, die bis zum Verbot nicht abgesetzt wurden, werden dann an die „Kofferverkäufer" veräußert. Diese wiederum brachten die CDs bei Konzerten oder

Blood and Honour-Fortführung in Schleswig-Holstein
Gut gebrüllt Herr Innenminister!



Unter lautem Getöse hatte Innenminister Buß zusammen mit dem Landeskriminalamt Kiel im Herbst 2003 eine Großaktion gegen die Gruppe Combat 18 Pinneberg verkündet. Die Gruppe habe die Aktivitäten der verbotenen Organisation Blood and Honour fortgeführt. In einer groß angelegten Pressekonferenz präsentierte sich Innenminister Buß als aufrechter Kämpfer gegen Rechts. Neben den Mitgliedern der ehemaligen Kameradschaft Pinneberg wurde der ehemalige NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert verhaftet – ihm wurde unterstellt, Waffen für die Gruppe geliefert zu haben. Präsentiert wurden beschlagnahmte Waffen, eine angebliche Vereinskasse, verbotene CDs und allerlei NS-Devotionalien. Die Gruppe habe den Verkauf illegaler CDs betrieben, Musikhändler erpresst, Waffen besorgt und allerlei Körperverletzungen geplant.

Die Enough is enough hat bereits seinerzeit Zweifel angemeldet, ob hier erstmals das Versagen der staatlichen Verbotspolitik eingestanden würde. Immerhin haben militante Neonazis seit den 80er Jahren nach jedem Verbot nahezu ungestört ihr Tun fortgesetzt. Auch im Herbst des Jahres 2003 verkündete Bundesinnenminister Schily, das Blood and Honour-Verbot sei erfolgreich. Es stellte sich natürlich die Frage, warum man eine verbotene Gruppe noch mindestens 2 Jahre hatte agieren lassen, immerhin waren einzelne Mitglieder bis zum Verbot aktive B&H-Mitglieder gewesen. Insbesondere war jedoch fragwürdig, warum die groß angelegte Aktion auf das enge Umfeld um Klemens Otto begrenzt wurde – gleichzeitig wurden B&H-Aktivitäten auch im Bereich Hamburg fortgesetzt, in Ostholstein erfolgte die Schändung eines jüdischen Friedhofs durch eine C 18-Gruppe (siehe auch EiE Nr. 21 Seite 29).

Der jetzt mit einem für die Staatsanwaltschaft peinlichen Ergebnis abgeschlossene Prozess beweist, dass die damalige Aktion tatsächlich reine Propaganda war. Es wurde nicht einmal versucht zu beweisen, dass die Gruppe im internationalen oder bundesweiten Blood and Honour-Netzwerk eingebunden war. Es wurde kein Beweis dazu erhoben, inwieweit der Verkauf von verbotenen CDs Teil der Tätigkeit der verbotenen Organisation

Marco Höhnke (Bildmitte, mit Glatze) wurde wegen gemeinschaftlicher räuberischer Erpressung, gemeinschaftlicher Nötigung und der Bevorratung gewaltverherrlichender Schriften zu einer Strafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Während einer Nazi-Demo in Tostedt trägt er ein Sweatshirt mit dem Aufdruck „Blood&Honour Nordmark".



anderen Gelegenheiten an den Mann. Goertz selbst habe in der Vergangenheit auch mit „Kofferverkäufern" zusammengearbeitet. In seiner Aussage machte Goertz deutlich, dass diese Verkaufsmasche System hatte. Somit widersprach Goertz den Aussagen der Angeklagten, der Vertrieb der CDs sei eher zufällig zustande gekommen.

Einer der wichtigsten Anklagepunkte setzte sich mit der Bildung einer Kriminellen Vereinigung auseinander. Daneben wurde Otto, Naujock, Höhnke und Stefan S. die Erpressung von Schutzgeldern bei drei Nazi-Versänden vorgeworfen. Die Zeugen Phillip Schlaffer (H8Store-Versand), Ingo Knauf (V7-Versand) und Oliver Dombert aus Itzehoe (A&O-Versand) sagten am sechsten Prozesstag unterschiedlich aus. Ingo Knauf, der im Oktober 2002 seinen Versandhandel von Halstenbek ins Mecklenburg-Vorpommersche Plüchow umziehen ließ, gab an, dass er nie von Mitgliedern der Kameradschaft Pinneberg um Schutzgeld erpresst wurde. Er hätte zwar ein prägendes Erlebnis während eines Kofferverkaufes in Pinneberg gehabt, bei dem Klemens Otto nach dem Verkauf an ihn herangetreten sei und 10% der Einnahmen forderte. Dies sei aber innerhalb der Szene üblich und sollte eher als eine Art Spende angesehen werden, wie er sie öfters an lokale Gruppen abgeben würde. Phillip Schlaffer räumte ein, es habe ein Treffen mit Höhnke auf einem Autobahnrastplatz gegeben. Dabei hätte er T-Shirts und CDs als Spende übergeben. Auf Nachfrage des Richters gab er an, es sei normal, nationale Projekte zu unterstützen. Bei einem zweiten Tref-

ist. Insgesamt entstand eher der Eindruck, dass die zuständige Staatsanwaltschaft Flensburg nicht wusste, was sie hier angeklagt hatte. Die Staatsanwaltschaft arbeitete sich ab an einzelnen Körperverletzungen, am Versuch über Mitgliedsausweise oder Tätowierungen Mitgliedschaften zu beweisen und an ähnlichen Randerscheinungen. Dies konnte schon deshalb nicht gelingen, da auch die Opfer der Gruppe, die größtenteils immer noch in der rechten Szene aktiv sind, im Zweifel den Angeklagten näher stehen als der verhandelnden Staatsschutzkammer.

Bereits die Anklageschrift ließ erkennen, dass hier zwar eine ganze Reihe von einzelnen Straftaten angeklagt war, ein übergeordneter Zusammenhang und eine organisatorische Einbindung in das B&H-Netzwerk nicht erkannt oder verschwiegen wurde. Erkenntnisse aus dem Verbotsverfahren oder aus den Verfahren gegen die Musikgruppe Landser fanden keinen Eingang. Es wurde auch kein Zusammenhang zwischen den Straftaten der Pinneberger Gruppe und den anhaltenden Aktivitäten im Hamburger Raum gesucht. Vielmehr wurde so getan, als habe die Pinneberger Gruppe völlig isoliert gehandelt und sei in keinen größeren Zusammenschluss eingegliedert gewesen.

Auch die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen NPD-Landeschef Peter Borchert spielte nunmehr keine bedeutende Rolle mehr. Nachdem dieser, unter anderem wegen Waffenhandels zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, scheint die Staatsanwaltschaft kein Interesse mehr an seiner Rolle zu haben.

Vermutlich wären die Aktivitäten der Pinneberger Gruppe überhaupt nicht strafrechtlich verfolgt worden, hätte nicht durch die Aktivitäten Peter Borcherts eine Überschneidung verschiedener ermittelnder Behörden stattgefunden. Während das Landeskriminalamt jahrelang, mit großem wie kleinem Lauschangriff, Observationen und allem was dazu gehört, die Gruppe Combat 18 Pinneberg ausspionierte, aber niemals zugriff, war nämlich die Kripo Kiel den Waffenverkäufen auf der Spur, aus denen auch Peter Borchert beliefert wurde. Dieses Verfahren war jedoch nicht bei der politischen Abteilung von Polizei und Staatsanwaltschaft angesiedelt, so dass ein wirkliches Interesse bestand, die Taten aufzudecken und die Täter zu bestrafen. Die Kripo Kiel musste aus ihrer Sicht handeln und Festnahmen durchführen. Daraufhin sah das Innenministerium offensichtlich keine andere Möglichkeit und nutzte die Situation nunmehr, sich selbst als Akteur im „Kampf gegen Rechts" zu präsentieren.

Nachdem seit der aufsehenden Pressekonferenz inzwischen kein öffentliches Interesse an dem Verfahren mehr bestand, könnte die Rechnung des Innenministeriums auch aufgegangen sein. Neonazis können sich insgesamt bestätigt fühlen. Wenn man bedenkt, dass hier aktive Neonazis, die in der Vergangenheit mehrfach durch massive Gewaltanwendung aufgefallen sind, im vorliegenden Verfahren für den Besitz einer scharfen Waffe nur eine Einzelstrafe von wenigen Monaten erhalten haben, kann einem Angst und Bange werden. Eine Abschreckung stellt dieses Strafverfahren jedenfalls nicht dar. Ein „massiver Schlag" gegen die organisierte militante Naziszene sieht anders aus.

Stefan Silar (mit Mütze) wurde wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 2.500Euro verurteilt. Hier ist er gerade auf der Demonstration am 8.Mai in Berlin.



fen mit Höhnke sei es um Tantiemen für den Verkauf von T-Shirts mit Blood&Honour-Symbolen gegangen. Er habe daher einen Betrag von 100 Euro an ein Elmshorner Postfach geschickt, dass Alexander Schlichting (Pinneberg) gehörte. Daraufhin wurde Schlaffer mit seiner polizeilichen Aussage aus dem Jahre 2003 konfrontierte, in der er von einer Begegnung mit Otto bei einem Blood&Honour Konzert in Belgien berichtete. Otto hätte dort „die Security gemacht" und ihm gesagt, „Nordmark, das sind wir". Otto hätte ihn gezwungen, den CD-Stand auf dem Konzert wieder abzubauen. Schlaffer hatte damals weiter ausgesagt, dass er Angst vor Bestrafung hätte und Otto ihn gezielt gewarnt habe, keine Aussage zu machen. Anderenfalls würde Otto das Gerücht streuen, Schlaffer sei ein Verräter.

Als Besitzer eines Versandes habe er sich einen solchen Ruf nicht leisten können und zudem Angst um sein persönliches Umfeld gehabt.

Oliver Dombert vom A&O-Versand gab an, sich einmal mit Höhnke und Stefan S. getroffen zu haben. Sämtliche Zeugen machten während der Befragungen einen sichtlich eingeschüchterten Eindruck. Auf mehrmaliges Fragen, ob sie „irgendwie unter Druck gesetzt würden", kam ein zögerliches „Nein".

Der Staatsschutz packt aus

Am neunten Prozesstag wurde der wichtigste Zeuge der Anklage vernommen, ein Kommissar des Landeskriminalamtes, der mit seiner Ermittlungsgruppe über zwei Jahre die Neonazigruppe observiert hatte. Nach einer halbstündigen Exkursion durch die Geschichte Blood&Honours sowie deren militanten Arm Combat18, die in Abschnitten Wort für Wort den Informationen diverser antifaschistischer Publikationen zu dem Thema glich, kam der Beamte zu den relevanten Punkten.

Im August 2001 wurde bei einer Fahrzeugüberprüfung beim Angeklagten Markus Naujok eine Anti-Antifa-Liste mit Namen und Adressen von Journalisten, Gewerkschaftern und Antifaschistinnen gefunden. Eine anschließende Hausdurchsuchung förderte einen, von dem zu diesem Zeitpunkt in Haft sitzenden Klemens Otto geschriebenen Brief zu Tage. Darin hieß es: „Achtet auf eure körperliche Fitness, damit der C-18 Weg nicht zum Scheitern verurteilt ist"; unterschrieben mit „White Revolution ist the only Solution-28 Klemens". Der Beamte erzählte weiter, der Code C 18 hätte seine Kollegen beim Kommissariat 6 in Itzehoe zum Überlegen gebracht, ob die Kameradschaft Pinneberg eine Combat18-Zelle gegründet hatte, die eventuell auch Anschläge auf politische Gegner plante. Im Jahre 2001 gab es eine von Naujok mitorganisierte Saalveranstaltung im Raum Pinneberg, in der neben Klemens Otto auch der damalige NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert als Redner auftraten. Auf dieser Veranstaltung hing hinter den Rednern ein Transparent mit der Aufschrift „Die weiße Revolution ist die einzige Lösung – C18 – Club88". Nach diesen neuerlichen Hinweisen auf Combat18-Aktivitäten ermittelte der Staatsschutz aus Itzehoe gegen Peter Borchert, Markus Naujok und

Klemens Otto wegen §129a und fingen mit einer umfangreichen Telefonüberwachung an. Die telefonische Überwachung wurde kurze Zeit später auf insgesamt neun Personen ausgeweitet.

Während dieser Maßnahme wurde schon früh festgestellt, dass die Gruppe keine Vorbereitungen für Anschläge traf, sondern in den Handel von Rechtsrock-CDs verstrickt war und versucht hatte, Schutzgelder von den drei genannten Versänden zu erpressen. Im Zeitraum von 2001 bis 2003 wurden insgesamt 116.000 Telefonate abgehört, wobei allein 50.000 Gespräche Peter Borchert zugerechnet wurden. Im Juni 2003 wurde das Verfahren von der Staatschutzabteilung Itzehoe an eine Ermittlungsgruppe des LKA Kiel übergeben, die dazu überging, die von der Kameradschaft unter Druck gesetzten Besitzer der Versände zu vernehmen. Nach Aussage des Kriminalbeamten habe sich der Anfangsverdacht, dass der in illegalen Waffenhandel verstrickte Borchert die Zelle mit Waffen beliefert hätte, nicht bestätigt. Die Ermittlungen gegen Borchert wurden vom Verfahren gegen Combat-18-Pinneberg abgetrennt. Der Polizist sagte weiter aus, dass Borchert und Otto kaum Kontakt zueinander hatten. Im Gegenteil, er wies auf ein abgehörtes Telefonat hin, in dem Borchert gesagt haben soll, dass er sich nicht in B&H-Angelegenheiten einmischen würde, weil es ihm zu „heiß" sei, sich mit „denen" anzulegen.

Bei einem weiteren Gespräch soll Borchert für die Durchführung eines Konzertes zum sechsten Club88-Geburtstag vergeblich versucht haben, über Höhnke und Otto Musikgruppen aus dem B&H-Spektrum zu buchen.

2003 sollen sich die Combat18-Aktivitäten der Kameradschaft Pinneberg so stark entwickelt haben, dass es am Wochenende vor der Großaktion der schleswig-holsteinischen Polizei am 28.10.03 mit über 50 Hausdurchsuchungen ein Gründungstreffen von „Combat18-Schleswig/Holstein" in einer Gaststätte in Groß Offensee mit über 70 potenziellen Anwärtern gegeben habe. Einer der Redner auf der Veranstaltung soll nach Polizeiangaben Klemens Otto gewesen sein.

Der Deal

Am Nachmittag kamen die Richter zu der Vorabeinschätzung, dass sich der Straftatbestand der Bildung einer Kriminellen Vereinigung bei dem momentanen Stand des Verfahrens nicht bestätigen würde. Aufgrund dieser Einschätzung des Gerichtes und der Ankündigung, dass am nächsten Termin das vom LKA verdeckt gedrehte Videomaterial des C18-Gründungstreffens gezeigt werden würde und auch ein Teil der abgehörten Gespräche vorgespielt werden, baten die Anwälte von Otto, Naujok, Höhnke und Stefan Silar um ein Gespräch mit der Staatsanwaltschaft.

Am zehnten Prozesstag vereinbarten Verteidigung und Staatsanwaltschaft, die Anklage wegen der Bildung einer Kriminellen Vereinigung fallen zu lassen, wenn die Angeklagten alle anderen Taten zugeben würden. In verschiedenen Einlassungen gaben Otto, Naujok, Höhnke und Silar die Straftaten zu und verzichteten auf Revision.

Das Urteil

Klemens Otto wurde wegen gemeinschaftlicher räuberischer Erpressung, gemeinschaftlicher Nötigung, Nötigung und unerlaubten Besitz einer Schusswaffe zu einer Strafe von einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung verurteilt. Marco Höhnke bekam wegen gemeinschaftlicher räuberischer Erpressung, gemeinschaftlicher Nötigung und der Bevorratung gewaltverherrlichender Schriften eine Strafe von einem Jahr und sechs Monaten. Bei dem Angeklagten Markus Naujok kamen neben den gemeinschaftlich begangenen Straftaten wie bei Otto und Höhnke noch Volksverhetzung und Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen dazu. Er wurde zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt. Stefan Silar kam wegen Körperverletzung mit einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen zu jeweils 50 Euro davon. Stefan S. wurde freigesprochen.

Resümee

Nach Auskunft von anwesenden Journalisten ist davon auszugehen, dass sämtliche Angeklagten mit Ausnahme von Stefan S., der glaubhaft seinen Ausstieg aus der Neonazi-Szene beweisen konnte, nach wie vor der Neonazi-Szene zuzurechnen sind. Alleine das mehr als freundschaftliche Verhältnis der Angeklagten zu dem Neonazi-»Staranwalt« Jürgen Rieger während der Gerichtspausen lässt vermuten, dass die braune Gesinnung bei den vier Angeklagten weiter vorhanden ist. Stefan Silar wurde zudem am 8. Mai in Berlin gesichtet ... Die politischen Aktivitäten von Otto, Höhnke, Silar und Naujok dürften daher auch in Zukunft von Bedeutung sein. Wir werden berichten ...<<

Jubiläum: 1 Jahr Landhaus Heilshoop

Die Antifa kam nicht zum gratulieren



Am 16. April durfte die Demonstration direkt am Landhaus vorbeiziehen. Zu anderen Anlässen hatte die Polizei sonst bereits vor der Kneipe die Straße versperrt.

Seit mittlerweile über einem Jahr betreibt der BündnisRechts-Chef Dieter Kern seine Kneipe in Heilshoop/Stormarn. Immer wieder wurden dort rechte Veranstaltungen durchgeführt, während des Wahlkampfs im Februar nutzte die NPD verstärkt seine Räumlichkeiten. Zum einjährigen Jubiläum seiner Pachtübernahme protestierten über 200 Antifaschisten gegen die rechten Umtriebe von Kern und seinen Kameraden. Der Verfassungsschutz des Kieler Innenministeriums erkennt angeblich keine größere Bedeutung der Kneipe für die extreme Rechte in Schleswig-Holstein. Weiter aber heißt es dann im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2004, dass die Zusammenkünfte in Heilshoop zwar „Kleinstveranstaltungen" seien, ihre Zahl aber den Zusammenhalt der Szene stärken würde.

Für die NPD und ihre Sympathisanten spielte das Landhaus Heilshoop eine zentrale Rolle für den Wahlkampf im süd-östlichen Schleswig-Holstein. Von dort aus starteten die Propagandafahrten (hier Thomas Wulff mit seinem PKW) der Wahlkampfhelfer nach Lübeck, Bad Oldesloe und in den Kreis Herzogtum Lauenburg.

Der Wahlkampf der NPD

Nachdem zunächst regelmäßig Liederabende, Rednerveranstaltungen und Parteistammtische stattfanden, wurde in den Monaten des Wahlkampfes die Gaststätte überwiegend von der NPD und ihren Helfern genutzt. Im Hinterhof wurden große Stapel mit Wahlplakaten der NPD aufgetürmt und anschließend in Transporter verfrachtet. Ständig fuhren Fahrzeuge aus Ost- und Süddeutschland mit Leitern und NPD-Postern ausgerüstet von der Kneipe los, um weite Teile von Stormarn, dem Herzogtum Lauenburg und Lübeck mit der braunen Propagandaflut zu versorgen. Thomas Wulff und andere Neonazis staffierten hier ihre Wagen mit Lautsprechern und Plakaten aus und belästigten umliegende Städte mit NPD-Parolen.
Während den Pausen entspannten die angereisten Wahlkampfhelfer bei einem Bier im Landhaus, einige schienen dort auch zu übernachten. Die gemeinsame Abschlussfeier der NPD mit ihren auswärtigen Unterstützern sollte hier stattfinden.

Demonstration zum Jubiläum

Am 16. April herrschte in Heilshoop eine erwartungsvolle Stimmung: Ein stattliches Aufgebot der Polizei hatte sich vor der Neonazi-Kneipe postiert, dutzende Dorfbewohner hielten sich schaulustig an den Absperrungen auf. Als die ersten Antifaschisten an der Kneipe vorbei zum Treffpunkt der Demonstration gehen wollten, konnte sich Dieter Kern eine gewagte Provokation nicht verkneifen: Er versuchte einem Antifa eine Fahne zu entreißen, wobei der diesen verletzte. Nun läuft ein Verfahren wegen Körperverletzung gegen Kern.



An der Demo durch das Dorf beteiligten sich rund 250 Antifaschisten, auch konnten endlich szene-externe Personen mobilisiert werden: Einige Mitglieder der JuSo´s Stormarn unterstützen das Bündnis gegen den Gasthof mit eigenem Aufruf und der Teilnahme an der Protestaktion. Zusammenarbeit in dieser Art kann und darf aber nur ein Anfang sein, wenn wirklich ein breiterer Widerstand erreicht werden will.

Im Anschluss zog ein Teil der Demonstranten spontan durch das nahe gelegene Städtchen Reinfeld, um auf die vermehrt aufgetretenen Übergriffe von rechten Skinheads in dem Ort aufmerksam zu machen.

Die Medien berichteten zahlreich über die gelungenen Demonstrationen. Allerdings wurde in gleich zwei Zeitungen der Protest in direkten Kontext zu einer brutalen Schlägerei in einem Regionalexpress gesetzt, welche eine Nacht vorher stattgefunden hatte. So wurde der Eindruck erweckt, zunächst hätten „die Linken" nachts einen Zug auseinander genommen und dann anschließend am nächsten Tag eine Demo veranstaltet. Die redaktionelle Zusammenlegung wurde damit begründet, dass die Polizei verlauten ließ, bei der nächtlichen Auseinandersetzung im Zug hätten Personen mitgemischt, die „vermutlich der linken Szene" zuzuordnen seien. Eigene weitergehende Recherchen der Zeitungen wurden ganz offensichtlich nicht ernsthaft betrieben, man berief sich im wesentlichen bei der Wiedergabe der Geschehnisse auf die veröffentlichte Polizeimeldung. Der so entstandene Eindruck dürfte vielen Lesern noch länger im Gedächtnis bleiben; der antifaschistischen Arbeit rund um Kern´s Gasthof wird dieser Umstand nicht gerade zuträglich sein. Eine adäquate Reaktion bzw. Gegendarstellung des Bündnis gegen das Landhaus blieb leider aus, lediglich der Leserbrief einer kritischen Bad Oldesloerin setzte der Vermengung der Ereignisse wenigstens etwas entgegen.<<

Kontinuierliche Neonazi-Aktivitäten in Hamburg-Harburg

Kleinvieh macht auch Mist

Bereits in den frühen 90er Jahren war die Region "Harburg Land" Arbeits- und Agitationsfeld Norddeutscher Neonazis. Nach dem Wegzug bzw. dem Rückzug ins Privatleben einiger Neonazi-Kader kehrte eine oberflächliche Ruhe ein. Dass die extrem Rechten Strukturen nie wirklich aufgebrochen, sondernd im Gegenteil mit einem eigenen staatlichen Jugendzentrum* und fürsorglicher Sozialarbeit fest im Alltag etabliert wurden, machen sich nun junge Neonazi-Aktivisten aus Harburg unter Anleitung von Alt-Kader Christian Worch zunutze.



Oben: Alexander Hohensee und Christian Worch bei einer Kundgebung "gegen Ausländergewalt" am o8.Januar in Harburg.
Mitte: Andreas Haye (mit Schild) bei der rechten Kundgebung am 8.Januar in Harburg. Der Familienvater ist Funktionär des Eißendorfer Schützenvereins.
Unten: Nachwuchs Anti-Antifa Frank Försterling, hier ausnahmsweise ohne Kamera, während einer NPD-Demonstration. Försterling versucht, systematisch protestierende Antifaschisten zu fotografieren.

So kam es seit Anfang des Jahres zu mehreren Aktionen der Neonazis in Harburg, maßgeblich von dem erst 18-jährigen Worch-Zögling Alexander Hohensee geleitet. Hohensee und seine meist sehr jungen "Kameraden" riefen seit Januar zu insgesamt drei Kundgebungen und einem "Info-Stand" auf, zur Mobilisierung wurde eigens eine Internetseite ("Brauner Block") ins Leben gerufen:

- Am 8. Januar beteiligten sich ca. 90 Neonazis an einer "Mahnwache" gegen "kriminelle Ausländer". Aufhänger war eine Auseinadersetzung zwischen einer Gruppe von ca. sieben rechten Skinheads mit einem Jugendlichen nichtdeutscher Abstammung, bei welcher der Neonazi Andreas Scherbinske mit einem Messer verletzt wurde.

- Am 5. Februar kamen ca. 30 Neonazis zu einem "Info-Stand" auf dem Herbert-Wehner-Platz. Der Stand wurde mehrfach von AntifaschistInnen umgeworfen und war auch sonst von heftigen Protesten begleitet. Neonazi Jan-Steffen Holthusen vom verbotenen "Hamburger Sturm" wurde festgenommen da er Schlagwerkzeuge mitführte. Innerhalb der Neonazi-Szene ernteten die Veranstalter viel Kritik an der Durchführung, unter anderem weil der Stand Untypischerweise bereits Wochen vorher auf der Internetseite "Brauner Block" beworben worden war.

- Am 3. März beteiligten sich ca. 80 Neonazis an einer Kundgebung gegen "Linken Terror". Diese war eine direkte Reaktion auf die antifaschistischen Angriffe auf den "Info-Stand" am 5. Februar.

- Am 21. Mai beteiligten sich ca. 80 Neonazis an einer Kundgebung, welche offenbar als Reaktion auf eine parallel verlaufende Antifa-Demo stattfand.

- Des weiteren besuchten am 12. April ca. 40 Neonazis eine Veranstaltung von Jusos, DKP und PDS, bei der über "Strategien gegen Rechts" diskutiert werden sollte. Sie verhielten sich bewusst friedlich, um rechtlich keinen Anlass für einen Rauswurf zu bieten. Die Veranstalter waren trotz der Aufforderung durch Antifaschisten, keine Veranstaltung mit Neonazis im Publikum durchzuführen, nicht zu einem Abbruch bereit.

Mit Ausnahme des 5. Februar und des 12. Mai stellte Christian Worch bei sämtlichen Veranstaltungen die Lautsprecheranlage und hielt auch jeweils Redebeiträge. Einige der Teilnehmer kamen von Außerhalb, der Großteil jedoch aus Harburg und dem Umland. Viele der sich an den Aktionen beteiligenden Neonazis waren ältere, der rechten Skinhead-Szene zugehörige, Personen wie z.B. Michael Kusen und Marco Döbler, deren Gesichter schon länger nicht mehr auf politischen Veranstaltungen gesehen wurden. Doch auch einige sehr junge Neonazis beteiligten sich rege. Besonders hervorzuheben ist hier der Schüler Frank Försterling, welcher sich als "Anti-Antifa" betätigt und bei jeder Gelegenheit versucht Antifaschisten abzulichten. Unterstützung erhielt er hierbei mehrfach vom Bremer Neonazi-Kader Andreas Hackmann.



Der Neonazi Andreas Scherbinske (mit Mütze, 2.v.links) wurde bei einem Angriff auf einen 17-jährigen Migranten mit einem Messer verletzt. Daraufhin wurde die „Mahnwache gegen Ausländergewalt" durchgeführt.

Offenbar versucht der "freie Nationalist" Worch die Harburger Szene um Hohensee gezielt zu fördern. Diese wiederum sorgt mit ihrem Aktivismus für eine teilweise Reaktivierung alter Neonazi-Potenziale im Hamburger Süden.

Doch auch die NPD versucht seit Anfang des Jahres wieder verstärkt Fuß zu fassen. So lud der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Harburg, Martin Dembowsky (Dembowsky ist außerdem 1.Vorsitzender des "Bund freier Bauern"), für den 3. April zur Veranstaltung mit Reinhold Oberlercher ("Deutsches Kolleg") ein und kündigte weitere Veranstaltungen mit Horst Mahler (ebenfalls "Deutsches Kolleg"), Jürgen Gansel (NPD, MdL Sachsen) und Udo Voigt (Bundesvorsitzender NPD) an. Bis zur deren Schließung fanden derartige Veranstaltungen sowie andere Neonazi-Treffen in der Gaststätte "Kiek in" statt. Außerdem bewirbt die NPD ihren monatlichen "Stammtisch" sowie die wöchentlichen Treffen des "Deutschen Arbeitskreises Harburg".

Berührungsängste zwischen den neonazistischen Fraktionen scheint es in Harburg nicht zu geben: Im Januar vergangenen Jahres sprengten ca. 20 Neonazis eine von Schülern organisierte Podiumsdiskussion zum Thema Rechtsextremismus in Buxtehude (Niedersachsen). Neben dem stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Niedersachsen, Adolf Dammann beteiligten sich auch Alexander Hohensee und andere Harburger "Kameraden". Die "freien Nationalisten" um Hohensee nehmen seit Jahren auch an Demonstrationen der NPD teil und verteilten mehrfach deren Propaganda. Auch zu den neofaschistischen Militaristen vom "Stahlhelm e.V." gibt es Verbindungen, deren ehemaliger Harburger "Ortsgruppenführer" Andreas Haye nahm an mehreren der oben genannten Aktionen teil. Der Steinsetzer, dreifache Vater und seit Jahren aktive Neonazi betreut in seiner Freizeit die Schießanlagen des "Eißendorfer Schützenvereins".

Insgesamt ist es in Harburg in den vergangenen Monaten zu einer deutlichen Steigerung Neonazistischer Aktivitäten gekommen. Es erscheint wahrscheinlich, dass die rechten Aktivisten durch ihr öffentliches Auftreten gezielt versuchen sich zu "Enttabuisieren" und sich so im Stadtteil als feste, nicht mehr wegzudenkende Kraft zu etablieren. Während es bei den öffentlichen Auftritten immer zu starken Protesten unabhängiger AntifaschistInnenen kam, können sich die Neonazis im Harburger Alltag nahezu ungestört bewegen. An mehren Schulen zeigen sich Schülerinnen und Schüler offen mit Neonazistischen Symbolen, in vielen Kneipen sind sie gern gesehene Gäste und auf Volksfesten wie dem jährlichen "Außenmühlenfest" und anderen öffentlichen Veranstaltungen sind sie fester Bestandteil, immer wieder kommt es zu Übergriffen auf linke und alternative Jugendliche.

Während Polizei und Lokalpolitik für gewöhnlich kein Problem sehen wollen und sich lediglich zu neonazismusverharmlosenden Statements gegen "Extremisten aller Couleur" hinreißen lassen, scheint das Drohpotenzial von Rechts doch größer als man öffentlich eingestehen mag; So verbot das Jugendamt als Trägerin des "Haus der Jugend" Ende Januar auf anraten der Polizei kurzfristig ein linkes Punk-Konzert mit der Begründung, Harburger Neonazis hätten im Internet angekündigt das Konzert zu stören.

Die Aktionsfähigkeit der Szene ist offenbar von einigen wenigen Personen wie z.B. Alexander Hohensee abhängig. Zwar unterlaufen diesen immer wieder grobe Fehler: So musste die Seite "Brauner Block" nach einem von einer Hausdurchsuchung gefolgten Strafantrag wegen Beleidigung vom Netz gehen, der "Info-Stand" am 5. Februar wurde für die Neonazis zur vorhersehbaren Blamage und auch nach der Störung der DKP-Veranstaltung am 12. April mussten sie vor alarmierten Antifas durch den Hinterausgang flüchten. Solche repressiven Antifa-Aktionen stellen für die Neonazis enorme Rückschläge dar, verdeutlichen sie doch insbesondere dem Nachwuchs, dass sie nicht unangreifbar sind und ihr Handeln und Auftreten nicht ohne Konsequenzen sind. Sollten sich aber erfahrene Neonazi-Kader wie Christian Worch kontinuierlich in die Harburger Strukturen einbringen, diese fördern und professionalisieren, Kader und Integrationsfiguren aufbauen, so ist mit dem Heranwachsen einer ernstzunehmenden Neonazistischen Bedrohung im Hamburger Süden zu rechnen. <<

*= z.B. die sog. "Reso-Fabrik" in Tostedt/Handeloh

Neumünster

Kampf um die Straße erreicht Innenstadt

Lange Zeit gab es im Innenstadtbereich Neumünsters nicht eine solche Bedrohung durch Nazis wie in den Stadtteilen am Rande Neumünsters. Jetzt versuchen Neonazis auch hier Fuß zu fassen.

Das in Neumünster Nazis schon lange ein ernsthaftes Problem und eine Bedrohung darstellen, dürfte für die meisten Enough-LeserInnen kein Geheimnis sein. Bisher waren die Schwerpunkte der Naziaktivitäten aber v.a. die sich außerhalb der Innenstadt befindlichen Stadtteile. Zwar gab es auch im Innenstadtbereich Übergriffe von Nazis, gerade im Bereich des Hauptbahnhofes, es gab hier aber nie eine solche Präsenz von Nazis auf der Straße, nicht den Organisationsgrad und es wohnten hier auch einfach nicht so viele Nazis. So konnte mensch sich in den beiden von vielen MigrantInnen bewohnten Stadtteilen Vicelinviertel und Stadtmitte noch relativ unbedrängt von Nazis auf der Straße bewegen.

In den letzten Monaten beginnt sich dies jedoch schrittweise zu ändern. In der Kneipe „Holstenbörse" in der Rendsburgerstraße wurde ab Frühjahr 2004 immer häufiger größere Ansammlungen von Nazis beobachtet, im April 2004 kam es zu Pöbeleien gegenüber zwei den Nazis als links bekannte PassantInnen und im weiteren Verlauf des Abends zu einem Überfall auf zwei linke Jugendliche in der Innenstadt.

Ab jetzt war auch die selbstverwaltete Aktion Jugendzentrum (AJZ), die sich seit Jahren in Neumünster gegen Nazis engagiert sowie allgemein als Treffpunkt der linken Szene gilt, immer wieder Angriffspunkt der Nazis. Im April 2004 wurde einige Nazis während eines Punkkonzert aus der Umgebung der AJZ vertrieben. Eine halbe Stunde später liefen ca. 20 Nazis, unter ihnen Martin Engelbrecht und Peter von der Born, Patrouille um den Bahnhof herum. Bei einem weiteren Konzert einige Wochen später stehen erneut einige Nazis, unter ihnen wieder auch Martin Engelbrecht mit Fotoausrüstung, am Bahnhof.

Ab November 2004 begann sich eine weitere Kneipe im Stadtteil als Treffpunkt für die rechte Szene zu etablieren, die „Titanic" in der Friedrichstraße, keine hundert Meter vom AJZ entfernt. Hier trafen sich sowohl einige im Stadtteil wohnende Jungnazis, wohl angelockt vom Stiefsohn des Wirtes, der sich offen als Anhänger der rechten Szene bekennt, als auch einige Nazis die wie Birger Clausen, Phillip Hetz, Michael Harnack und Andreas Krüger bereits seit einigen Jahren immer wieder v.a. durch Gewalttaten auffallen. Auch Club 88 Konzessionsinhaberin Christiane Dolscheid soll schon die Titanic besucht haben.

Während mehrere Konzerte im November und Dezember pöbeln Nazis, die sich in und vor der Titanic aufhielten, AJZ-BesucherInnen an und rufen Naziparolen. Nur zwei Beispiel für Vorfälle in dieser Zeit:

- Am 5. November 2004 ging eine Gruppe von Rechten bei einem Konzert an der AJZ vorbei und skandierte: „Wir kriegen euch, Sieg Heil" Polizisten, die auf dieses aufmerksam gemacht wurde, antworteten lapidar, dass man dieses ja in Neumünster gewohnt sei.

- Am 24. Dezember veranstaltete die AJZ eine Weihnachtsparty, die von ca. 250, überwiegend unpolitischen Menschen, besucht wurde. Auch an diesem Tag gingen mehrere Nazis in Richtung der BesucherInnen. Hierbei kam es zu einer Rangelei. Kurze Zeit später erschienen ca. 20 Nazis, die teilweise mit Knüppeln bewaffnet waren und die BesucherInnen massiv bedrohten.

Beunruhigt durch diese Vorfälle verfasste der AJZ im Januar eine Pressemitteilung, die erst nach mehreren Nachfragen seitens der AJZ im *Holsteiner Courier* veröffentlicht wurde. Zwar wurde dies ein großer Artikel, der auch die Vorfälle wiedergab, der jedoch sehr

merkwürdig geschrieben war. Mit der Überschrift: „AJZ-Lockreiz für die rechte Szene?" drängte sich zum einen den Lesern auf, dass das AJZ die Schuld für die Vorfälle trägt. So wurde für den durchschnittlichen *Courier*-Leser die Glaubwürdigkeit der AJZ stark in Frage gestellte. Zitat: „Eine zunehmende Gefährdung für AJZ-Besucher mag man bei der Polizei allerdings nicht erkennen. Der Bereich um das AJZ sei wegen seiner relativen Nähe von linkem und rechten Spektrum bekannt und werde von der Polizei besonders im Auge behalten. Eine Verlagerung der rechten Szene ins Umfeld der AJZ gebe es nicht, so Polizeisprecher Hinrichs" (HC vom 19.1.05)

Die nächsten Konzerte blieben dann zwar ruhig, Nazis trafen sich aber weiterhin in der Titanic, z.B. 10 jugendliche Nazis nach der Nazidemo in Kiel am 30.1.05. Im Februar wollten während eines Konzertes eine größere Anzahl AJZ-BesucherInnen auch mal in der Titanic ein Bier trinken gehen, was zu hektischen Reaktionen des Wirtes der Titanic und seines Stiefsohnes Pascal führte. Der Wirt versuchte die Tür zu versperren und telefonierte aufgeregt in der Weltgeschichte herum. Der „Besuch" verhielt sich friedlich und verließ die Titanic nach einiger Zeit wieder.

Nazigewalt eskaliert:

In der Nacht zum 15. auf den 16. April wurden drei regelmäßige AJZ-BesucherInnen von neun Nazis in der Nähe des Bahnhofes entdeckt. Die Nazis zogen Schlagstöcke und Schlagringe hervor und verfolgten die Jugendlichen. Die Jugendlichen konnten sich in Sicherheit bringen, wobei aber einer der Jugendlichen einen Asthmaanfall erlitt. Dieser war der endgültige Auslöser für die AJZ, ein schon länger geplantes Flugblatt fertig zu stellen. In diesem Flugblatt wurden die Vorfälle chronologisch aufgelistet, weiter hieß es dort u.a. „Jetzt wird auch hier der Kampf der Nazis um die Straße geführt, sie versuchen den Stadtteil zu dominieren, politische GegnerInnen einzuschüchtern und zu verdrängen. Die Mittel der Nazis reichen hierbei von den Versuchen, sich über harmloses Auftreten als die „netten Jungs" von nebenan darzustellen bis hin zu Drohungen und körperlicher Gewalt ... Das aggressive Auftreten der Nazis stellt eine Bedrohung nicht nur für die AJZ, sondern für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils dar. Es liegt an uns allen, dieses Problem gemeinsam anzugehen, da Stadt und Polizei dies wahrscheinlich ignorieren wollen." Mehrere Tausend Exemplare dieses Flugblattes wurden in deutscher und türkischer Sprache Anfang Mai in den betroffenen Stadtteilen verteilt. Auf die Flugblätter gab es teilweise sehr solidarische Reaktionen, von mehreren Menschen wurde Hilfe für weitere Aktivitäten gegen die Nazis angeboten.

Wenige Tage nach dem die Flugblätter verteilt worden waren, meldete sich eine Person telefonisch in der AJZ. Er stellte sich als „Michel" aus der Titanic vor und behauptete, das sie eine Anzeige gegen die Flugblätter gemacht hätten und forderte die AJZ auf, keine weiteren Flugblätter zu verteilen. Von Polizei oder Staatsanwaltschaft hat die AJZ bisher nichts gehört.

Am drauffolgenden Wochenende 13. bis 15. Mai eskalierte die Nazigewalt erneut. Nach zwei daraus resultierenden Polizeieinsätzen, die von vielen AnwohnerInnen in Unkenntnis der wahren Begebenheiten der AJZ und nicht den Nazis zugeschrieben worden, drohte sich die Stimmung im Stadtteil gegen die AJZ zu wenden. Um dem entgegenzuwirken, wurde vom AJZ am drauffolgenden Tag ein offener Brief an die Nachbarn verteilt, in dem es zu den Vorfällen u.a. hieß:

„Am Freitag den 13. Mai wurde in der AJZ eine Geburtstagsparty veranstaltet. Gegen 0.30 Uhr verließen acht Gäste der Kneipe Titanic eben diese, unter ihnen mehrere in Neumünster stadtbekannte Neonazis, in Richtung der Aktion Jugendzentrum (AJZ). Einer von ihnen zog einen Schlagstock und zielte auf den Kopf eines AJZ-Besuchers. Nur mit Glück traf dieser nicht seinen Kopf! Hierauf zog sich der AJZ Besucher zurück. Zeitgleich folgen Flaschen auf die vor der AJZ stehenden Personen. Die PartybesucherInnen machten dann verbal auf die von den Faschisten ausgehende Gefahr aufmerksam und versuchten schlimmeres zu verhindern ... Gegen 2.30 Uhr kamen die gleichen Nazis erneut zum AJZ, um die dort anwesenden BesucherInnen mit Flaschen zu beschmeißen. Wenige Minuten nach diesem Vorfall fuhr Christiane Dolscheid mit vier anderen Nazis durch die Friedrichstraße.

Einen Tag später, sammelten sich dann über 20 Neonazis in der Titanic. An diesem Abend schmierten Unbekannte ein Hakenkreuz an den Imbiss Dönerquelle.

Am Sonntag griff eine Gruppe von Rechten Besucher der AJZ an. Ohne Vorwarnung und vorherige Gründe schlugen die Rechten diesen Bierflaschen ins Gesicht."

Durch das schnelle Eingreifen anderer AJZ-BesucherInnen konnten die Nazis vertrieben und schlimmeres verhin-

dert werden. Die Polizei wurde ebenfalls informiert und konnte mit Hilfe der Opfer mehrere Nazis stellen und die Personalien feststellen. Ein bis zwei Nazis sind wohl auch mit auf die Wache genommen worden. Während an diesem Abend das Verhalten der Polizei einigermaßen kooperativ war, hatten sich die Polizisten am vergangen Freitag geweigert, den Hinweisen des Opfers nachzugehen, bei den anwesenden Nazis die Personalien festzustellen oder die sichtbar mit Schlagstöcken bewaffneten Nazis nach Waffen zu durchsuchen. Die Polizisten begleiteten die bewaffneten Nazis dann noch durch eine Gruppe AJZ-Besucher, die direkt vor der AJZ standen. Augenzeugen wollen außerdem gehört haben, wie sich die Nazis mit den Polizisten nett unterhielten; Gesprächsthema: Wer von den hier Anwesenden wohl „arisch" sei ...

Am drauffolgen Dienstag verteilten nun „Gäste der Titanic" ein lächerliches Flugblatt in einigen Straßen rund um die AJZ, in dem es hieß, dass sich in der Titanic zwar Rechte träfen, diese aber mit den ausländischen Besuchern der Titanic gut auskämen; und schließlich hätten Rechte und Ausländer auch ein Recht auf eine deutsche Kneipe. Weiter trage der Wirt nicht die Schuld für das, was sie nach dem Verlassen der Titanic auf der Straße tun würden. Einer der Verteiler wollte die Flugblätter auch an einige vor der AJZ stehende Menschen verteilen, wobei ihm aber klar gemacht wurde, dass kein Interesse an einem Gespräch mit ihm besteht. Dabei verlor er seine Flugblätter, die dann im nächsten Gully entsorgt wurden.

Am Samstag, den 21.5. griffen Nazis aus der Titanic eine kleine Gruppe an der Titanic vorbeigehender Migranten an. Die Nazis sollen hierbei u.a. Knüppel aus einem vor der Titanic parkende Auto geholt haben. Die angegriffenen setzen sich zur Wehr und bekamen darüber hinaus schnell Hilfe von einer großen Anzahl in der Nähe wohnenden Menschen. Die schnell anrückende Polizei verhinderte somit, dass den Nazis eine schnelle Antwort auf ihren erneuten Angriff gegeben werden konnte.

Am drauffolgenden Wochenende war nunmehr in der Friedrichstraße eine starke, zeitweise über mehrere Stunden ununterbrochene Polizeipräsenz festzustellen. Im Visier der PolizistInnen waren natürlich nicht die Nazis, sondern deren GegnerInnen. Es begann mit einem Einsatz von rund 30 PolizistInnen am Freitag Abend. Zielscheibe des Einsatzes waren einige vor einem, sich schräg gegenüber der Titanic befindlichen türkischen Jugendclub, stehende Jugendliche, die von nun an quasi den ganzen Abend unter Polizeibeobachtung gestellt wurden. Einige neben der AJZ stehende AntifaschistInnen mussten sich ebenfalls einer Personalienfeststellung unterziehen.

Die AJZ wird sich durch die faschistischen Übergriffe der letzten Monaten nicht einschüchtern lassen. Auch in Zukunft wird sie, im Bündnis mit anderen Gruppen und Organisationen gegen Naziaktivitäten im Stadtteil und auch in ganz Neumünster vorgehen und versuchen, die Nazis zurückzudrängen. U.a. bereitet sie im Bündnis mit verschiedenen befreundeten Organisationen wie dem Türkischen Arbeiterverein ein antifaschistisches Stadtteilfest vor. Dieses Fest wird am 13.8.05 auf dem Postparkplatz vor und in der AJZ stattfinden.<<

Neonazi-Versände auf Expansionskurs?

Von germanischen Waffen bis Hatecore-CDs



Rechtrock-Musik sowie eindeutig extrem Rechte Textilien und Accessoires sind für Identifikation, Lifestyle und Zusammenhalt der Neonazi-Szene von größter Bedeutung. Da diese Utensilien aber nicht im normalen Handel an der Ecke zu bekommen sind und spezifische Naziläden sich bisher nicht lange halten geschweige denn ausbreiten konnten, spielen Versände für Neonazis eine große Rolle. Grund genug die Veränderungen des Angebotes im Norden einmal zu beleuchten.

Ende der Neunziger Jahre tat sich in Schleswig-Holstein vor allem „Vincente Directori Publications" aus Glinde bei Hamburg mit dem Vertrieb von Rechtsrock-CDs hervor. Nachdem unter anderem im Jahre 1998 2.500 CDs von ihm beschlagnahmt wurden, musste Andreas Stähr seinen Handel, zu dem auch ein eigenes Label gehörte, dann einstellen. Über die Niederlanden führte er sein Geschäft unter dem Namen „Special Media Distribution" weiter, bis auch dieses schloss. Im Moment existiert der Versand „Victor Publications" mit dem gleichen Zeichen und einem ähnlichen Angebot wie Vincente Directori. Mit seinem Namen tritt Stähr nun allerdings nicht mehr öffentlich auf. Doch neben dem Gesetz hatte er auch Ärger in der Naziszene. So schrieb Stefan Müller in einem Bericht über den Prozess gegen den Nazibarden Frank Rennicke, ihm wäre nach dem Abspielen von Telefonmitschnitten klar, warum fast niemand Kontakt mit dieser unehrenhaften Person haben will.

Ein anderer Versand-Betreiber, der seine besten Zeiten schon hinter sich hat, ist André Goertz aus Halstenbek bei Hamburg mit seinem Nordversand. Der ehemalige Kader der verbotenen Freiheitlichen Arbeiter Partei (FAP) und Betreiber des Nationalen Info Telefons (NIT) trat von fast allen politischen Ämtern zurück, nachdem seine Kameraden ihn mieden und ihn aufgrund seiner Beziehung zu einer Türkin als „Türken-André" anfeindeten.

Auch Lars Georgi aus Hamburg mischte schon im letzten Jahrzehnt aktiv im Neonazi-Geschäft mit. Neben seinem TTV-Versand betrieb er den Zentralversand, der an das Magazin *Zentralorgan* der damaligen Hamburger Kader Thomas Wulff, Tobias Thiessen, Dirk Sukol sowie Klaus Bärthel aus Ludwigslust angegliedert war. Mit Wotan-Records schuf Georgi sich eines der größten Labels für Rechtsrock in Deutschland, das vor allem mit legalen

„Clever online kaufen & sparen!" heißt es auf der Webseite des Nordversandes, hier werden Sampler mit Namen wie „Best of NS 88" angeboten. Betreiber ist André Goertz aus Halstenbek bei Hamburg.

Der Versand „Ruf des Nordens" läuft offiziell über den Kieler Neonazi „Matze" Lehnecke. Antifaschisten bezweifeln diese Angabe jedoch, vermuten eher nur eine Strohmann-Rolle von Lehnecke.

Der Versand „V7-TTV" ist das Ergebnis einer Fusion von zwei Versandgeschäften. Besitzer Ingo Knauf freut sich über die Neuerscheinungen der Nazibands „Nordfront" und „Kraftschlag" und wünscht viel Spaß beim Besuch des virtuellen Shops.

RechtsRock

Neuauflagen von beliebten aber indizierten Tonträgern Geld scheffelte. Nach dem Vorwurf, er würde das Indizieren der Platten forcieren, indem er sie beim Staat ankreidet um an der Neuauflage zu verdienen, fiel auch er bei einigen Kameraden in Ungnade. So wurden immer wieder Stimmen laut, die ihn als Spitzel beschimpften. Georgi reagierte im Jahre 2002 damit, seine Geschäfte zu verschleiern und über Strohmänner laufen zu lassen. Dies war wohl auch einer der Gründe den TTV-Versand mit dem V7-Versand seines Kollegen Ingo Knauf zu fusionieren.

Trotzdem gelang es ihm seine Machenschaften weiter auszubauen und zu der wahrscheinlich einflussreichsten Person im deutschen Handel von Nazi-Merchandise aufzusteigen. Er hat seine Finger mittlerweile deutschlandweit in verschiedenen Kleidermarken und Läden von und für Neonazis und erweitert sein Angebot auch für vermeintlich unpolitische Rocker und Hooligans.

Ingo Knauf hingegen führt weiter ganz offen den größten norddeutschen Versand, der neuerdings versucht, Kunden mit einer Club-Mitgliedschaft zu binden. Allerdings ist er mittlerweile aus Halstenbek nach Plüschow in Mecklenburg-Vorpommern umgezogen.

Ein etwas jüngerer aber auch halbwegs professioneller Versand ist auf Philip Schlaffer aus Stockelsdorf bei Lübeck angemeldet. In dem H8store (H8 steht sowohl für das englische hate (Hass) als auch als Variante der 88 für Heil Hitler) können neben den üblichen Utensilien für rechte Skinheads auch T-Shirts für „Autonome Nationalisten" und CDs aus eigener Produktion bestellt werden. Das angeschlossene Label NorthX hat mittlerweile schon einige Platten auf den

Markt gebracht und wirbt laufend um neue Bands. Besonders unkonventionelle Musikrichtungen wie Hatecore (eine rechte Abwandlung des Hardcore) oder Metal wünschen sich die Produzenten. Da das amerikanische Label Panzerfaust Anfang des Jahres den Betrieb eingestellt hat, konnte NorthX sogar einige Bands der Konkurrenz übernehmen. Das Geschäft scheint zu florieren, was man auch daran erkennen kann, dass der Vertrieb sich eine kostenfreie 0700-Nummer für Bestellungen leisten kann.

Allerdings scheint auch Schlaffer, wie seine Kollegen, nicht überall beliebt zu sein. Nach seinem Umzug aus Lübeck nach Wismar im letzten Jahr traf er auf alte Bekannte. René Metz, ehemals aus Rümpel bei Bad Oldesloe, war in Lübeck im Umfeld des Kameradschaftsbundes mit Schlägereien und übermäßigem Alkoholkonsum aktiv. Nun wohnt er seit einigen Jahren in Wismar und betreibt dort den 0815store, einen Bekleidungsladen für Neonazis. In seinem virtuellen Gästebuch kommentiert ein User namens h8machine einen Streit mit Schlaffer: „moin metz,is ja n starkes stück was schlaffer sich da leistet, und daß er mal wieder zu feige ist sich wie ein wahrer deutscher zu stellen ist ja auch nix neues.man denke nur an seine zeit in lübeck wo er sich jahrelang versteckt hat.wie immer große fresse und nix dahinter.der typ is doch kein gegner für dich..."(Rechtschreibung im Original)

Warum Metz auf seiner Internetseite hingegen Harry (H8-Store) ausdrücklich grüßt ist fraglich, zumal der nächste Beitrag sogar eine körperliche Auseinandersetzung abfeiert: „lalala ... schlaffer du heimatloser,hat's weh getan?hahahaha gibt bestimmt noch'n nachschlag,wenn du mal höflich nachfragst ... kicher kicher is ja auch egal,dann wechselst eben mal wieder die stadt,laberst über die leute,wie scheisse die doch alle waren und schon ist wieder alles in butter! In diesem sinne ... fick dich!"

Philip Schlaffers Pseudonym „Harry A." schreibt viele Texte für die regelmäßig per Post versandte Bestellliste sowie den Internetshop und fungiert als Kontaktperson der Versandseite.

Für Reibung sorgte eventuell auch die Ankündigung eines eigenen Versandes von René Metz, dem Brightsite-Versand, mit dem er zur direkten Konkurrenz für den H8store würde. Dass der Vertrieb immer noch nicht eröffnet hat liegt aber wahrscheinlich primär an einem Haftantritt des Neonazis. Somit steht auf der Internetseite seit einem knappen Jahr der Verweis, es würde die Tage losgehen.

Dagegen schon etwas weiter aber auch noch im Aufbau ist der Nordic-Hammer-Versand aus Stapelfeld im Nordosten Hamburgs. Der Betreiber der Website, Sascha Keller, der bis April 2004 bei der Burschenschaft Germania wohnte, handelt mit Waffen vom germanischen Speer bis hin zu Teleskopschlagstock und Pfefferspray sowie vielen Flaggen, Blechschildern und ähnlichen Nostalgie-Accessoires. Für das perfekte Nazi-Feeling gibt es dann auch die passende Tarnkleidung Modell Wehrmacht oder „Waffen-Elite".

Neben den Kontakten in die Burschenschafts-Szene pflegt der Versand Verbindungen zu den „Freien Nationalisten" aus Neumünster: Über Nordic Hammer wird das Merchandise des Club88 vertrieben und auch Martin Engelbrecht, Anti-Antifa aus dem Umfeld des Clubs und ehemaliger Stützpunktleiter des Kampfbund Deutscher Sozialisten soll schon im Transporter des Versands gesehen worden sein.

Ein weiterer Versand aus dem Umfeld der Schleswig-Holsteiner Kameradschaften ist der „Ruf des Nordens". Als Inhaber zeichnet sich „Matze" Lehnecke mit einem Postfach in Kiel verantwortlich. Gehandelt wird mit einem großen Angebot von Bekleidung, Tonträgern, Schmuck mit rechten Zeichen und Ähnlichem. Auch die Klamottenmarken von Lars Georgi, wie „H8wear" oder „Sport Frei" sind im Angebot zu finden.

Ob Lehnecke tatsächlich in der Lage ist einen solchen Vertrieb zu führen ist zumindest laut örtlichen AntifaschistInnen fraglich. Vermutlich gibt er nur als Strohmann seinen Namen.

Im Impressum des Versands übernimmt er auch die Verantwortung für die Internetdomain „Kameradschaft-SH". Die Netzpräsenz mit Informationen für das Kameradschaftsspektrum des nördlichsten Bundeslandes ist registriert auf den Geesthachter Kai Korsig. Im Frühling stellte die Seite ihre Aktivitäten allerdings schon wieder ein. Nur das zugehörige Online-Radio ist noch aktiv.

Schon an der Zahl der explizit neonazistischen Versände allein im Norden wird ersichtlich wie lukrativ das Geschäft mit der extremen Rechten sein muss. Versände haben den großen Vorteil, dass über Listen oder das Internet eine Zielgruppe in ganz Deutschland erreicht werden kann und die Kundschaft verstreut genug ist, damit regionale Anfeindungen nicht wirklich die Existenz gefährden. Außerdem kann ein Versand von überall seine Ware verschicken, die Ausgaben sind extrem gering. Es muss kein Laden gemietet und keine teure Einrichtung gekauft werden. Wenn so keine konkreten Orte vorliegen und die Akteure sich nicht in der Öffentlichkeit zu erkennen geben müssen, fallen Proteste von Anwohnern weg und auch für Antifaschistische Initiativen ist es schwer zu intervenieren.<<

Nach den Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen:

NPD: Eigene Erwartungen verfehlt – jetzt mit Direktmandat in den Bundestag?



Nachdem die NPD im September 2004 mit 9,2% der Stimmen in den sächsischen Landtag eingezogen war, überschlug sich das Monatsblatt der extremen Rechten, *Nation & Europa*, vor Begeisterung, war doch die SPD knapp unter der 10%-Marke geblieben, so dass man sich schon auf ‚gleicher Augenhöhe' mit der Kanzlerpartei sah. Da auch der zeitgleiche Einzug der DVU in den Landtag von Brandenburg die Hoffnung der extremen Rechten wachsen ließ, man könne sich nun dauerhaft in den Landesparlamenten und möglicherweise auch im Bundestag festsetzen, wurde flugs eine ‚rechte Volksfront' ausgerufen.

Thomas Wulff versucht vor dem Stadion des VfB Lübeck für die NPD zu werben. Im Hintergrund von links: Die NPDler Jens Lütke (Selent/Plön) mit Peter von der Born (Kiel).

Dieser schlossen sich die DVU und die NPD sowie Teile der sog. „Freien Kameradschaften" an; vereinbart wurde, welche Partei bis 2007 jeweils an den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen teilnimmt – gegenseitige Unterstützung inklusive. Feierlich wurde der sog. ‚Deutschlandpakt' Mitte Januar 2005 beim DVU-Bundesparteitag bekannt gegeben.

Die nächste Gelegenheit bot sich Anfang 2005 in Schleswig-Holstein. Vom NPD-Vorsitzenden Udo Voigt mit der Parole versorgt, der Weg in den Berliner ‚Reichstag' führe über Kiel, waren die Erwartungen bei manchen Neonazis hoch gesteckt und einige der im Norden aufgestellten Kandidaten mögen sich bereits als gut dotierte Redner im Landesparlament gesehen haben. Dort war die NPD bereits Ende der 1960er Jahre für eine Legislaturperiode vertreten; zuletzt war es der DVU 1992 gelungen, einige Abgeordnete dorthin zu entsenden. Dass kurz vor der Wahl der bisherige Landesvorsitzende der Schill-Partei, Kay Oeckel, zur NPD übertrat, wurde als Zeichen einer aussichtsreichen Kandidatur gewertet. Noch in der Februar-Ausgabe der Parteizeitung wurde über einen gut laufenden NPD-Wahlkampf berichtet.

Mit dem Wahlergebnis von 1,9 Prozent waren dann jedoch weder die NPD noch die sog. „freien Kameradschaften" zufrieden, auch wenn mit 27.676 Stimmen sowohl gegenüber der Landtagswahl 2000 (1.405 Stimmen) als auch der Bundestagswahl 2002 (2.057 Stimmen) ein beträchtlicher Zuwachs zu verzeichnen war. Berücksichtigt man des weiteren, dass die Gewalttätigkeit der Nazis, wie sie sich anlässlich antifaschistischer Proteste gegen eine NPD-Veranstaltung in Steinburg zeigte (siehe Artikel „Der Feind steht eben immer noch links ..."), das mediale Bild der NPD stark prägten, so kann von antifaschistischer Seite keine Entwarnung gegeben werden.

Dass die NPD in Schleswig-Holstein deutlich schlechter als in Sachsen abschnitt, hat nicht nur mit den gering(er)en finanziellen und personellen Ressourcen zu tun, die im Norden zu finden sind und die auch nicht durch Mittel der Parteizentrale vollständig ausgeglichen wurden – denn sonst hätte es nahegelegen, auch die sog. ‚Visa-Affäre' noch kurzfristig politisch auszuschlachten und hierzu flä-

Mit Nazibarde Frank Rennicke als Werbeträger versuchte die NPD in Schleswig-Holstein gerade auch „freie Nationalisten" und partei-uninteressierte Neonazis für sich zu gewinnen.

Große Wahlkampf-veranstaltungen
in Schleswig-Holstein

mit dem nationalen Liedermacher

Frank Rennicke

13.01.2005: Raisdorf (bei Kiel)
Treffpunkt vor dem Bahnhof 18.30–19.00 Uhr
Beginn: 19.30 Uhr

14.01.2005: Bredstedt (bei Husum)
Treffpunkt vor dem Bahnhof 18.30–19.00 Uhr
Beginn: 19.30 Uhr

15.01.2005: Heilshoop (bei Lübeck)
Landhaus Heilshoop
Beginn 19.30 Uhr

16.01.2005: Itzehoe
Treffpunkt vor dem Bahnhof 13.00–13.30 Uhr
Beginn 14.00 Uhr

Eintrittspreis jeweils 5,00 Euro

NPD-Landesverband Schleswig-Holstein
Postfach 35 24, 24034 Kiel
Kontakt-Telefon: 0163-8301284
NPD
Die Nationalen

chendeckend Flugblätter o.ä. zu verteilen. Zutreffend dürfte sein, dass es in Westdeutschland noch weniger einfach ist, sich als Faschist öffentlich zu bekennen, und dass es – wie in einer Wahlnachlese der Zeitschrift *Nation & Europa* bemerkt, in Schleswig-Holstein kaum „Nationaldemokraten zum Anfassen" gebe. Im selben Beitrag wurde auch daran erinnert, dass die WählerInnen insbesondere an „einem zentralen Programmpunkt: Bekämpfung des Asylmissbrauchs, Verhinderung weiterer Masseneinwanderung" die Kompetenz der extremen Rechten festmachen würden. Als strategische Orientierung gab der Autor daher aus: „Meinungsführerschaft in der Ausländerpolitik, Kompetenzerwerb in der Wirtschaftspolitik, organisatorische Restrukturierung in den Westländern". Geschehe dies, so seien auch Rückschläge verschmerzbar.

Einen solchen erlebte die NPD auch bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Dort trat sie in 109 von 128 Wahlkreisen an; im Wahlkampf wurde sie von Teilen der sog. „Freien Kameradschaften" unterstützt. Auch der Hamburger Nazi Thomas Wulff hatte im Vorfeld die ‚Kameradinnen und Kameraden' dazu aufgerufen, sich an dem „großangelegten Angriff in NRW" zu beteiligen. Schließlich wurden mit Christian Malcoci und Daniela Wegener zwei bekannte Figuren der parteiungebundenen Neonazis auf der NPD-Landesliste platziert. Hartnäckig hielten sich Gerüchte, dass die sog. „Freien Kameradschaften" für die von ihnen im Wahlkampf geleistete Unterstützung im Gegenzug auch einen Teil der Wahlkampfkostenerstattung erhalten sollten. Dies hatte der Hamburger Neonazi Christian Worch in die Diskussion eingebracht als Vertreter einer Strömung, die der gegenwärtigen Form der Kooperation mit der NPD kritisch gegenübersteht.

Hatte Parteisprecher Klaus Beier noch das Ergebnis einer Forsa-Meinungsumfrage von Anfang Mai wohlwollend zur Kenntnis genommen, derzufolge 2 Prozent der WählerInnen ihre Stimme der NPD geben würden, so brachte der Wahlabend die Ernüchterung. 0,9 Prozent entfielen auf die NPD, d.h. 73.959 Stimmern. Das sind deutlich mehr als bei der vorangehenden Landtagswahl 1990 (0,0/2.357), der Europawahl im Juni 2004 (0,6/31.638) und der Bundestagswahl im September 2002 (0,2/25.883), reichte jedoch nicht zur Wahlkampfkostenerstattung. Deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte die NPD in Duisburg und in Bochum-Herne.

Während die REP in Schleswig-Holstein gar nicht antraten, erreichten sie in Nordrhein-Westfalen 0,8 Prozent (67.282). Die Zerfallserscheinungen bei den REP setzen sich derweil fort, u.a. in Hamburg und in Berlin, wo die langjährigen Funktionäre Detlef Britt, Sven Thomas Frank, Günter Reich und Konrad Voigt die Partei verließen. Der Chef der Deutschland-Bewegung, Alfred Mechtersheimer, kommentierte in der Zeitschrift *Nation & Europa*, dass „die Chance für eine ‚gemäßigte' freiheitlich-nationale Partei vorbei" sei; nun sei eine „andere Gangart" einzuschlagen. Beim letzten REP-Bundesparteitag im bayerischen Veitshöchheim war zwar der Vorsitzende Rolf Schlierer bestätigt, zugleich jedoch auch der im Juli 1990 beim Parteitag in Ruhstorf gefasste Abgrenzungsbeschlusses gegenüber NPD und DVU aufgehoben worden.

Da die NPD derzeit sowohl durch Eintritte bisher nicht parteimäßig organisierter Neonazis als auch durch Übertritte früherer REP-Mitglieder gestärkt wird und dank der ihr nach dem Wahlerfolg in Sachsen zufließenden Gelder mit einer Infrastruktur und bezahlten Jobs aufwarten kann, stellt sie momentan das Zentrum der ‚rechten Volksfront' dar. In einer Erklärung des NPD-Präsidiums wurde für den beginnenden Bundestagswahl eine inhaltliche Schwerpunktsetzung „bei der in Westdeutschland immer stärker um sich greifenden Überfremdung, dem drohenden EU-Beitritt der Türkei, vor allem aber bei den Themen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und der zunehmenden Abtretung von Souveränitätsrechten an die EU" angekündigt. Da die NPD nicht damit rechnen kann, bundesweit über 5 Prozent der Stimmen zu bekommen, setzt sie darauf, in Sachsen Direktmandate zu erringen um so doch noch in den Bundestag einzuziehen.

Karl-Friedrich Baus

Über 400 Korporierte und Innenminister Schönbohm träumten von alten Zeiten

Mit Burschenband für Großdeutschland



Die selbsternannte Elite präsentiert sich in „vollem Wichs" mit Schärpe und Degen. Dabei darf ein Bier natürlich nicht fehlen ...

Ein Großaufgebot der Hamburger Polizei inklusive drei Wasserwerfern verhinderte zwei Wochen vor dem Tag der Befreiung eine antifaschistische Kundgebung ausgerechnet auf dem Platz der Jüdischen Deportierten, von dem aus Tausende von HamburgerInnen in die nationalsozialistischen Vernichtungslager deportiert wurden. Genau gegenüber feierten dagegen diejenigen, welche den 8. Mai nicht als Befreiung, sondern als Untergang, Niederlage und Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete empfinden.

Der „Hamburger Waffenring" (HWR), ein Zusammenschluss der örtlichen, schlagenden Verbindungen, hatte in Zusammenarbeit mit der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* – früher *Das Ostpreußenblatt* zu einem Festkommers anlässlich des 750-jährigen Bestehens Kaliningrads geladen. Für die rechten Inhalte vor über 400 Waffenstudenten, darunter viele in Uniform und mit Paradedegen, sorgte der Festredner des Königsberg-Kommerses, Jörg Schönbohm, Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident von Brandenburg. Der ehemalige General gehört dem Stahlhelm-Flügel der CDU an und versucht mit rechter Propaganda seit Jahren dafür zu sorgen, dass rechts der Union kein Platz für eine Partei bleibt. Kritik der SPD-Abgeordenten Luisa Fiedler und des Rechtsextremismusexperten Prof. Wolfgang Gessenharter an Schönbohms Auftritt störte den Innenminister erwartungsgemäß nicht. Er lobte hingegen in seiner Laudatio das Waffenstudententum als „anschauliches Beispiel für deutsche Traditionspflege", nahm es gegen

die früher selbstver-
n, völlig in Frage" stelle.

ologischen Hintergrund
n die Germania Anfang
an der NPD und es gab
rschneidungen zu dem
fnungsträger der extre-
Mit dem Scheitern der
esebene wurde erst wie-
0er Jahre mit den Repu-
Partei attraktiv für die
udenten. In den 90er
sich die Germania stär-
uen Rechten zu. Der
serkreis der *Jungen*
er sog. Hamburger Kreis
egelmäßig im Germa-
ıd namhafte Referenten
echten zu Schulungen
ere die radikale Ent-
Hamburger Leserkreises
achtung durch den
fassungsschutz (VS)
ss sich die *JF* von ihrer
ltur formell trennte.
t zu unterschätzenden
ng für neofaschistische
ourg, gab es in bei der
n 90er Jahren auch
neonazistischen Flügel.

r Jahre lud André
vorsitzender der inzwi-
en FAP, mit „Heil Euch
Treffen in das Germa-
ber ein Komitee für
ervistenarbeit Nord
Burschenschafter, auch
nia, an Wehrsportübun-
lls in dieser Zeit war
ursche in der Sierichstr.
ch Mitarbeiter des
azianwalts Jürgen Rie-
t er als Jurist und Alter
sgeschäfte seiner Bur-

t es Anzeichen dafür,
ermania wieder der
Im Jahr 2000 empfahl
nal gesinnten Studen-

Über 400 Teilnehmer feierten ein Festkommers anlässlich des 750jährigen Bestehens von „Königsberg". Die Veranstaltung fand in den Mozart-Sälen des Freimauerordens am Dammtor statt.



ten" die Mitgliedschaft in der Germania und diese wiederum sandte potenziellen NPD-Mitgliedern Informationsmaterial zu. Bis April 2004 wohnte der Betreiber des neonazistischen Nordic-Hammer-Versandes, Sascha Keller in der Sierichstr., er unterstützt das „Projekt Schulhof" aus dem Kreis der militanten „Freien Kameradschaften". Auch ein Vortragsabend der Germanen im vergangenem Dezember richtete sich explizit an Interessierte aus NPD und „Freien Kameradschaften": „60 Jahre Kesselschlacht in Halbe" war das Thema.

Trotzdem schaffte es ein Germane in die Bürgerschaft zu kommen. Christian Brandes konnte als hochschulpolitischer Sprecher der Schill-Partei bis 2004 die Bürgerschaft als Tribüne für seine anti-egalitäre und reaktionäre Propaganda benutzen. Über ihn ist seine Burschenschaft auch mit dem „Verein für Denkmalerhaltung" und dem vorstandsidentischen „Verein zur Erhaltung des 76er Denkmals" vernetzt. Das 76er Denkmal am Dammtor-Bahnhof in Hamburg, bundesweit eher als Kriegsklotz bekannt, wurde von den Nazis erbaut und trägt die Inschrift „Deutschland muss leben – und wenn wir sterben müssen".

Burschenschaft Hansea-Alemannia (DB)

Die Hansea nahm die Mitglieder der schon im Ersten Weltkrieg vertriebenen „Alten Straßburger Burschenschaft Alemannia" auf und steht nicht ganz so weit rechts wie die Germania Hamburg, pflegt aber enge Kontakte zu dieser. Ihr Mitglied Patrick Martens organisierte in den 90ern mehrere Veranstaltungen in seinem Burschenschaftshaus zu Themen der „Neuen Rechten" u.a. mit Karlheinz Weißmann. Martens publizierte in dem Sammelband *Wir 89er* aus dem Umfeld der *JF* und ist Bewunderer des Konservativen Revolutionärs Ernst von Salomon. Der ehemalige Freicorpskämpfer Salomon war an der Ermordung des jüdischen Außenministers Rathenau in den 20er Jahren beteiligt.

Beziehungen in völkisch-pagane Kreise bestanden in den 90er Jahren über den Hansen Sven-Onnen Fischer zum „Heidenkreis Hamburg e.V." In dem Verein sitzen auch Korporierte aus anderen Verbänden und Mitbegründerin Iris-Kathrin Fischer, Schwester von Sven, trat unter dem Pseudonym Swantje Swanhwit als Nazi-Bardin auch vor Jürgen Riegers Kreisen auf und ist Zeichnerin für die *JF*.

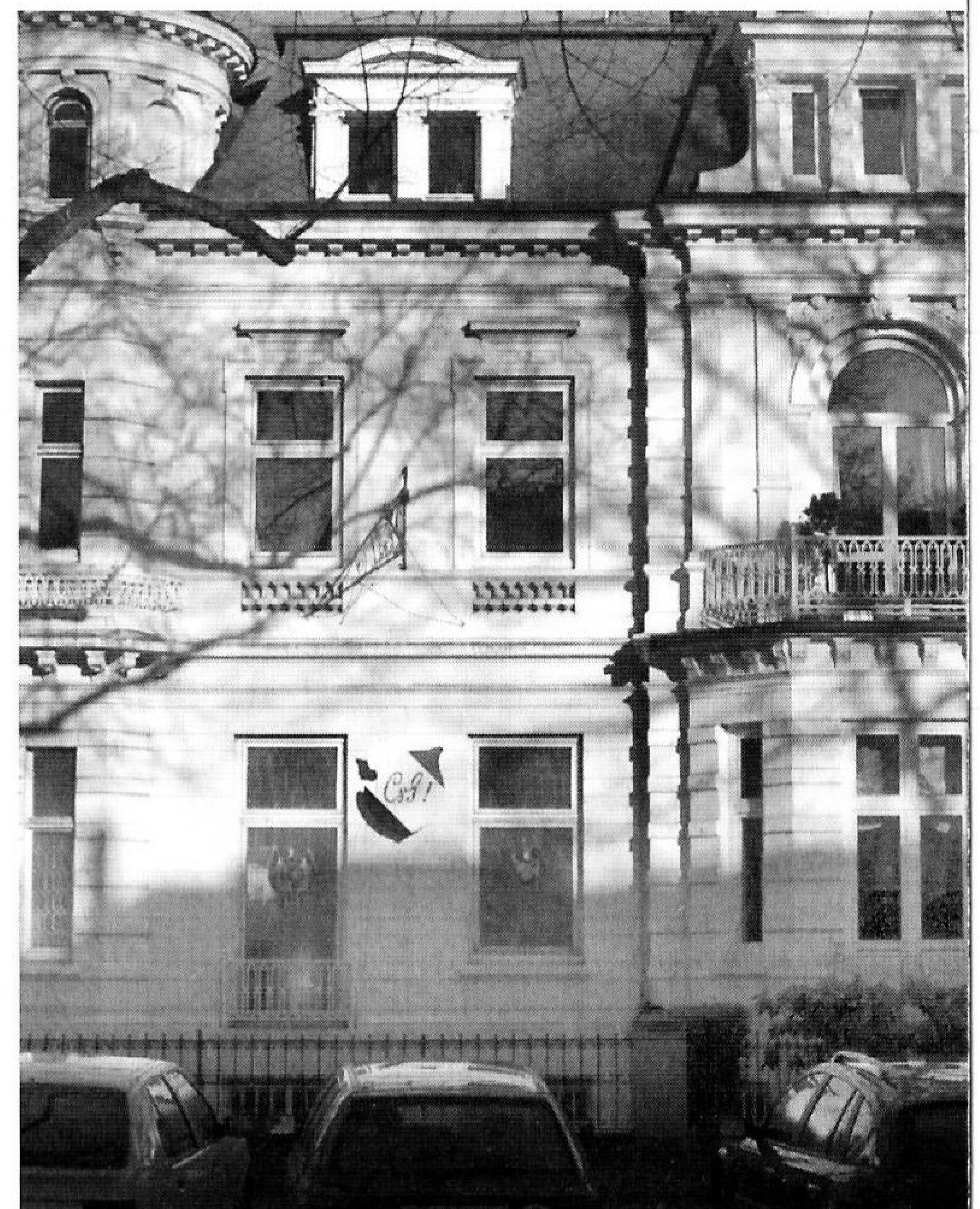
Burschenschaft Germania-Königsberg (DB)

Schon der Name verdeutlicht, dass man von alten Gebieten nicht lassen will. Bis 1997 stellten die Königsberger ihr Haus der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), damals Jugendorganisation der LO zur Verfügung. In dieser Zeit geriet die JLO unter Beobachtung durch den VS und spaltete sich in den Bund Junges Ostpreußen (LO-nah) und die heutige JLO, welche alljährlich den Naziaufmarsch in Dresden organisiert. Der Burschenschafter Bernhard Knappstein, damals JLO-Schriftleiter organisierte übrigens den Königsberg-Kommers am 22. April. Seit Jahren trifft sich jedoch noch immer die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft" in den Räumen der Germania-Königsberg – obwohl dem Hamburger VS-Vize Manfred Murck „personelle Überschneidungen zu rechtsextremistischen Organisationen bekannt"sind. Laut Prof. Wolfgang Gessenharter ist die SWG ein wichtiges Scharnier zwischen Konservativen und Rechtsextremisten. Die SWG wurde vor über 40 Jahren von ehemaligen Nazis gegründet und hat seitdem Dutzenden von namhaften Alt- und Neonazis, Vertriebenen, Geschichtsrevisionisten, „Neuen Rechten" bis hin zu CDU-Funktionären ein Forum geboten. Im letzten Jahr trat z.b. der ehemalige Brigadegeneral Reinhard Günzel mittels der SWG bei den Königsbergern auf. Näheres zur SWG siehe Artikel „SWG gewinnt an Bedeutung". Günzel wurde aus der Bundeswehr entlassen, weil er sich mit dem Antisemiten Martin Hohmann solidarisiert hatte. Medienbeauftragter der SWG ist, wen wundert's, Bernhard Knappstein.

Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock (CC)

Weder örtlich (ebenfalls Sierichstr.) noch ideologisch sind die Meckis weit von der Germania-Hamburg entfernt, man pflegt auch hier einen völkisch-großdeutschen Vaterlandsbegriff. Eine Rede ihres Alten Herren Prof. Dieter Wiebecke's sorgte 1993 selbst innerhalb des CC für einen Eklat, weil er die beispiellose Hingabe und Opferbereit-

Ähnlich vieler anderer Burschenschaften residiert auch die „Germania-Königberg" in einem ansehnlichen Haus nahe der Uni. Seit Jahren trifft sich auch die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft" in den Räumen dieser Burschenschaft. Die SWG gilt als wichtiges Scharnier zwischen Konservativen und extremen Rechten.



schaft der 6. Armee in Stalingrad 1943 als Vorbild für die heutige Jugend bei einer militaristischen Totenehrung in Coburg lobte. Als quasi programmatisch steht die Rede bis heute auf den Internetseiten der Mecklenburgia. Bekanntester Alter Herr in neofaschistischen Kreisen dürfte jedoch Emil Schlee, ehemaliger Europaabgeordneter der REP und Multifunktionär in völkischen Kreisen, sein. Ein weiterer nicht ganz so alter Herr ist Hanno Borchert, er war der Kopf des Hamburger Kreises und fand 1997 eine namentliche Eintragung im Hamburger VS-Bericht. Er engagierte sich auch bei der nationalrevolutionären Zeitschrift *wir selbst* und bei den völkischen „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" sowie dem Heidenkreis Hamburg. Von diesem Verein kommt auch der Alte Herr Daniel Junker, welcher in seinem Verbindungshaus 2003 den Vortrag „Restauration der Götter. Völkische Religiosität in der Weimarer Republik" hielt. Andere Vorträge bei den Meckis hielten u.a. Reinhard Günzel (s.o.), Dieter Stein (Herausgeber der JF), Reinhard Uhle-Wettler, (Vorsitzender der SWG), aber auch Professoren der Hamburger Uni und der Wirtschaftssenator von Hamburg Gunnar Uldall.

Nicht ganz so weit rechts wie die Meckis, aber stockkonservativ, sind die beiden anderen schlagenden Verbindungen aus dem CC in Hamburg. Die Landsmannschaft Hammonia – Marko Natangia übernahm 1953 die übergesiedelte Königsberger L. Marko Natangia und gehörte schon 1990 zu den Abonnenten der *JF*. Diese rechtsextremistische Zeitung las man auch schon früh in der Turnerschaft Slesvigia-Niedersachsen, welche ebenfalls seit 1954 mit der T. Franconia Königsberg Vetriebene in ihren Reihen hat. Hier war laut waffenstudentischen Kreisen auch Ronald Schill, ehemaliger Innensenator Hamburgs, korporiert, bis er angeblich aus Angst vor Schmissen die Verbindung verlies – er arbeitete damals als Model. Aus der gleichen Turnerschaft kommt auch Marc März, früher für die Schill-Partei, heute für ein großes Unternehmen als Pressesprecher tätig.

Corps Irminsul (WSC)

Gingen die konservativ, elitären Corps aus KSCV und WSC in den letzten Jahren auf Distanz zur Deutschen Burschenschaft, ja kündigten die Zusammenarbeit mit Verweis auf deren offene Flanke zum Rechtsextremismus in vielen Bereichen gänzlich auf, so trifft dieses nicht auf das Hamburger Corps Irminsul zu. Das älteste Hamburger Corps pflegt seit längerem gute Kontakte zu den Hamburger Burschenschaften und man kandidierte mit Waffenstudenten aus DB und CC auf gemeinsamen Listen zum Studierendenparlament. Millionärssohn Sebastian Greve lobte im Studierendenparlament die Kriegsheldentaten seines ritterkreuztragenden Großvaters und sitzt gemeinsam mit Roger Zörb nicht nur als Alter Herr im Corps Irminsul, sondern auch im Vorstand des „Bismarckbundes e.V." Dieser Verein alter Monarchisten, Preußenfans und Revanchisten um Schirmherr Ferdinand Fürst von Bismarck hält alljährlich Reichsgründungsfeiern im Sachsenwald ab und zeichnet am 3. Oktober "verdiente" Rechte mit einer Bismarckmedaille aus. Zörb ist darüber hinaus noch im Aktuellen Vorstand der SWG, was seiner Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Mittelstands-Vereinigung jedoch keinen Abbruch tut. Im Juni 2003 referierte übrigens der heutige Innensenator Hamburgs, Udo Nagel zum Thema „Innere Sicherheit in Hamburg" bei den Irminsulern.

Nicht eingegangen werden kann in diesem Artikel auf die Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg, welche eindeutig neofaschistisch ist, enge Verbindungen zum HWR pflegt und neben Studenten und Auszubildenden hauptsächlich Schüler ansprechen will. Sie wird inzwischen auch offiziell als rechtsextremistisch eingeschätzt.

Zur weiteren Information sehr zu empfehlen: "Falsch verbunden - Reader zum Verbindungs(un)wesen in Hamburg", A4 38 Seiten. reihe antifaschistische texte (rat), c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, Schutzgebühr für ein Exemplar 2 Euro plus 1 Euro Versand, also 3 Euro, 10 Exemplare 12 Euro inkl Versand, nur gegen Vorkasse.

Felix Krebs



Der 8. Mai in Berlin

Monatelange hatte der für den 8. Mai von der Jugendorganisation der NPD angekündigte Marsch von Faschisten durch Berlin einen gewichtigen Platz in der öffentlichen Debatte; mit deutlicher Mehrheit wurde schließlich noch das Versammlungsrecht geändert, um den Nazis das Vorbeiziehen am Denkmal für die von den Nazis ermordeten Juden verbieten zu können. Der Berliner Senat organisierte noch ein ‚Fest für Demokratie' am Brandenburger Tor, an dem sich alle im Bundestag vertretenen Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Initiativen beteiligten. Mit dieser Veranstaltung sollte nicht nur das Brandenburger Tor als Symbol des deutschen Nationalstaats vor der NPD gerettet, sondern auch eine Alternative zur antifaschistischen Demonstration angeboten werden, die bereits früh angekündigt hatte, einen NPD-Aufmarsch entschlossen verhindern zu wollen.

Zahlreiche geschichtspolitische Deutungen prägten die politischen Diskussionen in den Wochen vor dem 8. Mai. Kaum eine Tageszeitung, die nicht mit einer eigenen Artikelserie der ,letzten Tage des Dritten Reiches' gedachte, kaum ein Fernsehsender, der nicht Dokumentationen, Spielfilme oder Zeitzeugen-Gespräche ausstrahlte. Häufig wurde an eine Passage der Rede des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1995 erinnert, in der er davon gesprochen hatte, dass dieser Tag ein ,Tag der Befreiung' gewesen sei und die Ursache für ,Flucht und Vertreibung und Unfreiheit' nicht mit dem Kriegsende, sondern mit dem Beginn der NS-Diktatur zu setzen sei. Diese allgemein als Meilenstein gewertete Rede wiederholte jedoch auch Interpretationen, nach denen „das ganze Volk zum Werkzeug" Hitlers geworden sei und schlug vor, jeder der Beteiligten solle sich fortan „selbst im Stillen fragen", ob er Schuld, Verantwortung oder Erinnerung zu tragen habe. An eine Formulierung, in der er die Deutschen pauschal „zu Opfern unseres eigenen Krieges" erklärte, schloss nun in diesem Jahr Bundespräsident Köhler an. Er verwischte in seiner Rede zum 8. Mai einmal mehr die Täterschaft und die Opfer des deutschen Faschismus, indem er unterschiedslos aller Opfer gedachte. Besonders bemüht war er zudem, die Deutschen als lernfähig zu charakterisieren: sie hätten eine „Begabung zur Freiheit" und dürften auch stolz auf ihr Land sein, nicht zuletzt auf die Bundeswehr, die weltweit helfe, den Frieden zu sichern und die Menschenrechte zu wahren. Ähnlich hatte auch die CDU-Vorsitzende Merkel in einem Interview in der *Zeit* deutlich gemacht, dass die Übernahme von „Verantwortung auch für die schrecklichen Phasen unserer Geschichte" die „Voraussetzung für selbstbewusstes Handeln als Deutsche heute" sei.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), das Selbstverständigungsorgan der deutschen Bourgeoisie, streute anlässlich des Erinnerns an das Ende des deutschen Faschismus zahlreiche Hinweise darauf aus, dass der Kommunismus doch für mindestens ebenso große Verbrechen verantwortlich gewesen sei wie Hitler. So wird der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz nicht zum Anlass, den Anteil der Roten Armee an der Zerschlagung des nationalsozialistischen Deutschland zu würdigen, sondern bietet Gelegenheit, an die Enteignung der Großbauern in der Sowjetunion und dem „Massenmord an ihnen" zu erinnern. An anderer Stelle empfahl die *FAZ* auch das neue Buch des Göttinger Gymnasiallehrers Karlheinz Weißmann, der eine führende Rolle beim extrem rechten Institut für Staatspolitik im Umfeld der *Jungen Freiheit* spielt.

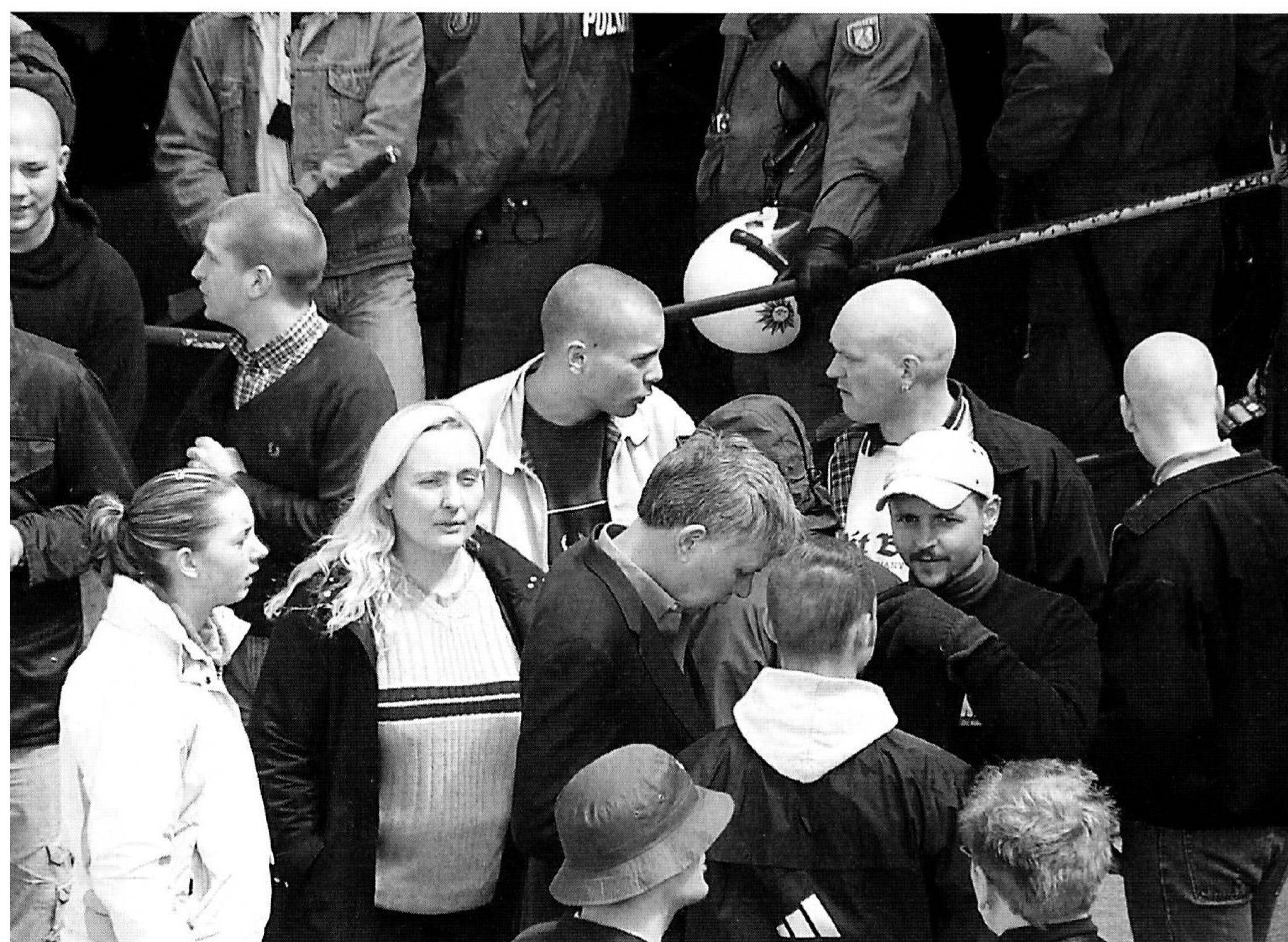
Insbesondere mit Blick auf die internationale Beachtung, die der 60. Jahrestag und der Umgang mit ihm fand, war die politische Klasse darauf bedacht, ein Bild zu vermitteln, demzufolge die Deutschen ,aus der Vergangenheit gelernt' hätten, ja zu den Experten in Sachen Bekämpfung von Fanatismus und Verteidigung demokratischer Grundwerte geworden seien. Da passte der Aufmarsch der NPD so gar nicht ins Konzept, die mit wehenden Fahnen durch das Brandenburger Tor und am Holocaust-Mahnmal vorbeimarschieren wollte. War lange Zeit nur eine ordnungsstaatliche Antwort (Änderung des Demonstrationsrechts) auf dieses Vorhaben diskutiert worden, so setzte sich schließlich die Idee durch, an zentraler nationalpolitisch bedeutsamer Stelle (Brandenburger Tor) eine Bürgerfest für Demokratie zu veranstalten. Eine ursprünglich von der Initiative Europa ohne Rassismus geplante Veranstaltung wurde damit auch gleich noch verdrängt. Angesichts einer wachsenden allgemeinen Empörung gegen die NPD-Faschisten sollte ein breiter Bürgerprotest dazu dienen, öffentlichkeitswirksam zu zeigen, dass es reges Widersetzen gegen die Nazis gibt.

In den Berichten und Kommentaren der in Berlin erscheinenden Zeitungen war die politische Linie dieses Tages bereits vor dem 8. Mai erkennbar. So verkündete der *Berliner Kurier* zwei Tage zuvor: ,Die ganze Welt soll es sehen: Berlin ist keine Nazi-Stadt!'; und der *Tagesspiegel* sagte – was auch als Gebrauchsanleitung zu lesen war – voraus, dass es angesichts massiver Proteste immer unwahrscheinlicher werde, dass die NPD auch nur einen Meter marschieren könne: „Wenn bis zu 10.000 Gegendemonstranten sich unter den Linden und Karl-Liebknecht-Straße sammeln, wäre es den über 6.000 eingesetzten Beamten nicht mehr möglich, die gesetzlich vorgeschriebene Demonstrationsfreiheit der NPD durchzusetzen", schrieb das Blatt. So kam es denn auch. Am frühen Vormittag startete eine von über 10.000 Leuten getragene kämpferische antifaschistische Demonstration, die an den Polizeiketten am Alexanderplatz, wo die Nazis sich bereits sammelten, ihr Ende fand.

Zeitgleich fand am Brandenburger Tor ein ,Fest der Demokratie' statt. In dem Aufruf, der nicht zufällig von einem schwarz-rot-gelben Klecks mit dem Brandenburger Tor illustriert wurde,

Zahlreiche Neonazis aus Schleswig-Holstein beteiligten sich bei der NPD-Demo in Berlin. So war auch Club88-Frontfrau Christiane Dolscheid (Mitte, offene Haare) mit von der Partie.

Antifa-Demonstration



war zwar von der ,Befreiung vom Faschismus' die Rede, zugleich aber auch von der ,Befreiung der DDR von der Diktatur'. Statt konkret auf die Befreiung von Krieg und Faschismus einzugehen und deren Profiteure und Täter zu nennen, wurde allgemein von ,Demokratie' gesprochen. So dürften denn am 8. Mai auch einige Zehntausend Menschen an diesem Fest teilgenommen haben, die meisten eher randständig interessiert an den dort angebotenen Informationen.

Mit einer Aktion beim ,Tag der Demokratie' intervenierte Avanti – Projekt Undogmatische Linke gegen eine solche Geschichtspolitik, die den 8. Mai als Befreiung feiert, dabei aber letztlich nur die Befreiung von der eigenen ,Last der Vergangenheit' meint. Mit einem riesigen Transparent, das unübersehbar neben der Bühne am Brandenburger Tor aufgestellt wurde, und mit zahlreichen Flugblättern wurde gegen die standort-nationalistische Inszenierung protestiert. Wie viel Selbstgefälligkeit in der neuen deutschen Gedenk- und Geschichtspolitik steckt, machte die folgende Passage aus dem offiziellen Aufruf des Berliner Senats deutlich: „Für Millionen Menschen war der 8. Mai ein Tag der Hoffnung und der Zuversicht. Ihre Hoffnung ist aufgegangen in einem zusammenwachsenden, friedlichen Europa und einem demokratischen, vereinigten Deutschland." Das wiedervereinigte Deutschland, auf dessen Straßen wieder die Nazis marschieren, dessen Armee wieder im weltweiten Einsatz ist und das sich seiner scharfen Abschiebepolitik rühmt, reklamiert für sich, die Erfüllung der Hoffnungen der Menschen zu sein, die am 8. Mai 1945 vom deutschen Faschismus befreit wurden – wie verlogen und anmaßend ...

Der Nazi-Aufmarsch konnte nicht stattfinden – ein Erfolg ?!

Dass die Faschisten am 8. Mai mit mehreren Tausend Leuten nicht durch Berlin ziehen konnten, ist ein Rückschlag für deren Bestrebungen, sich jederzeit ohne Einschränkungen zu Propagandaveranstaltungen sammeln zu können. Entsprechend fielen auch die meisten Kommentare der Neonazis aus; der Verlauf des Tages hat für weiteren Streit innerhalb der Nazi-Szene gesorgt. Während die NPD selbst versuchte, den Flop von Berlin als Erfolg zu verkaufen, da das Zusammentreffen von 2.500 Faschisten ein „politischer Erfolg" gewesen sei, wurde ihr in zahlreichen neonazistischen Internet-Diskussionsforen vorgeworfen, sie habe nur den Medienrummel gesucht und am Versammlungsort nicht mit einer Eskalation der Lage gedroht, um den Marsch durchzusetzen.

Der Rückschlag für die Neonazis bedeutet nicht automatisch, dass es sich dabei um einen Erfolg der antifaschistischen Bewegung handelt, auf den umstandslos aufzubauen wäre. Tatsächlich ist es zunächst als positiv zu werten, dass sich weit über 10.000 Menschen an der antifaschistischen Demonstration beteiligt haben und der deutliche Wille zu spüren war, den Faschisten den öffentlichen Raum nicht ohne Widerstand zu überlassen.

Um das politisch gewünschte Bild produzieren zu können, sah das Einsatzkonzept der Polizei offenbar vor, die linken AntifaschistInnen durch starke Polizeikräfte zu binden und ein direk-

tes Aufeinandertreffen mit den Nazis weiträumig unmöglich zu machen; gleichzeitig war der Weg vom Demokratie-Fest am Brandenburger Tor auf die Route der Nazi-Demonstration frei und viele BürgerInnen setzten dort - von der Polizei unbehelligt - ihren Spaziergang fort. Auf dieser Grundlage konnte die Polizei argumentieren, dass die Strecke der Nazis ‚besetzt' sei; die organisierten Antifa-Gruppen erschienen erst vergleichsweise spät am Ort des Geschehens, d.h. an der Blockade/Polizeiabsperrung auf der Schlossbrücke.

Anders als bei vielen anderen Gelegenheiten war es an diesem Tag politisch gewollt, dass eine Bürgeraktion stattfindet, mit der die Untersagung des Nazi-Aufmarsches begründet werden konnte. Anders als bei den Blockaden der Nazi-Aufmärsche in Kiel (1999/2005) und Neumünster (2000) ist in Berlin das Scheitern des Nazi-Aufmarsch nicht gegen die Polizei durchgesetzt worden. Insofern erscheint es zweifelhaft, ob die Mehrheit jener BürgerInnen, die am Sonntag Nachmittag schlendernd die Straße ‚Unter den Linden' bevölkerten, eine Erfahrung mitgenommen haben, die in den bisherigen und zukünftigen Auseinandersetzungen mit den Faschisten bedeutsam ist, nämlich dass die Polizei regelmäßig mit schwerem Gerät und Gewalteinsatz Nazi-Aufmärsche gegen protestierende AntifaschistInnen durchsetzt und daher die Verhinderung solcher Propagandaaktionen im Regelfall nur in Konfrontation mit der Polizei (damit sind nicht in erster Linie militante Auseinandersetzungen gemeint) zu erzielen ist. Das verringert nicht den Wert des Engagements der vielen Tausend Antifas, sollte jedoch vor einer Überbewertung des verhinderten NPD-Aufmarsches schützen. In jedem Fall hat der Verlauf des Tages gezeigt, dass die Frage, ob die Nazis in diesem Land ungehindert ihre Aufmärsche durchführen können, keine ist, die unverrückbar durch Gesetzeslage oder Gerichtsurteile bestimmt ist, sondern politischem Kalkül unterworfen ist. Die antifaschistische Bewegung ist nun aufgerufen daran zu arbeiten, eine Situation herzustellen, bei der Nazi-Aufmärsche nicht mehr aus Rücksicht auf die Staatsräson nicht mehr stattfinden, sondern weil eine starke Bewegung dies erzwingt. Der Verlauf muss also auch dazu genutzt werden, die Legitimität von (Massen)Blockaden offensiv zu vertreten.

Bengt



Am 8. Mai wurde zeitgleich auch in Dörverden/Niedersachsen gegen das Nazizentrum „Heisenhof" demonstriert.

HIAG-Treffen in Büchen mit 300 Gästen

Alte Waffen-SS-Kämpfer feiern

Am 28. Mai kamen östlich von Hamburg in Büchen etwa 300 Gäste zur Vereinsfeier der besonderen Art. Die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS« (HIAG e.V.) konnte ihr nunmehr 55-jähriges Bestehen verzeichnen.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der HIAG stand zunächst nach der offiziellen Gründung 1951 die rechtliche und politische Rehabilitierung der Waffen-SS, die im Nürnberger Prozess zur »verbrecherischen Organisation« erklärt worden war. Nachdem die Versorgungsrechte der ehemaligen SS-Angehörigen abgesichert waren und es von mehreren bedeutenden Politikern »Ehrenerklärungen« für die Waffen-SS gegeben hatte, wandte sich die HIAG stärker der Verbreitung geschichtsrevisionistischer und sozialdarwinistischer Propaganda zu. Angesichts der altersbedingten Reduzierung des Mitgliederbestandes wurde zum Jahresende 1992 der HIAG-Bundesverband aufgelöst; bedeutendstes Verbindungsglied ist seitdem die bereits seit 1955 erscheinende Zeitschrift *Der Freiwillige*. Diese wird seit einigen Jahren von Ralph Tegethoff betreut, der sich inzwischen auch für die NPD engagiert.



Die Zeitschrift *Der Freiwillige* gilt als wichtiges Kommunikationsorgan der Waffen-SSler, nachdem 1992 die Bundesstruktur der HIAG aufgelöst wurde. Im Heft 1/2005 wird zunächst klargestellt, das für »alle wahrheitsliebenden Menschen in Deutschland« am 8. Mai gilt: »Wir feiern nicht!«. Des weiteren werden in der Zeitung immer wieder Verbrechen der SS verharmlost und deren Soldaten in den höchsten Tönen gelobt.

An die »Kameradenfrauen und Kameraden« hatte der Sprecher des HIAG-Landesverband Hamburg, Fritz Schmitz, die Einladungen verschickt; kommen durften aber neben den unverbesserlichen SS-Soldaten mit ihren Ehefrauen auch Burschenschaftler, die in voller Montur der Saalveranstaltung beiwohnten. Selbst aus Österreich waren Angehörige der Eliteeinheit des »Dritten Reiches« angekarrt worden. Ein Bundeswehrsoldat der Fallschirmjäger-Kameradschaft, Werner Zimmermann, hielt eine Laudatio auf die alten Kämpfer.

War dem Verein ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und ein demonstrativer Schulterschluss mit jüngeren »Neurechten« besonders am Herzen gelegen, so galt die Sympathie eindeutig nicht der Öffentlichkeit.

Pressevertreter waren auf der Vereinsfeier gänzlich unerwünscht und wurden teilweise von den Altnazis bespuckt, attackiert und beschimpft.

Ein Reporterteam konnte später auch den entscheidenden Grund der Öffentlichkeitsscheu der HIAG-Mitglieder mit der Videokamera dokumentieren: Mehrmals hoben alte Damen in bedenklicher Weise den rechten Arm, auch »Sieg Heil« war aus der Menge zu hören. Dabei hatte Schmitz gegenüber Journalisten versichert: »Wir halten nicht die Reden und singen nicht die Lieder, die Sie erwarten.«

Auf konkrete Verbrechen des »Dritten Reiches« angesprochen, wiegelten die versammelten Veteranen ab: Vom Holocaust habe man selbstverständlich nichts gewusst, man wollte eben als SSler für das Vaterland kämpfen. »Soldaten der Waffen-SS waren Soldaten wie alle anderen auch«, erboste sich einer der SS-Kämpfer.

Ähnlich geschichtsblind erklärte bereits Vereinsfunktionär Schmitz in der Vergangenheit bereitwillig den Überfall auf die Sowjetunion: Man sei »dem Überfall der Roten Armee durch unseren Angriff« eben zuvor gekommen und habe »dadurch Europa vor dem Bolschewismus bewahrt.« Interessant, wie weit historische Wirklichkeit und manches Wunschdenken auseinander driften können ...

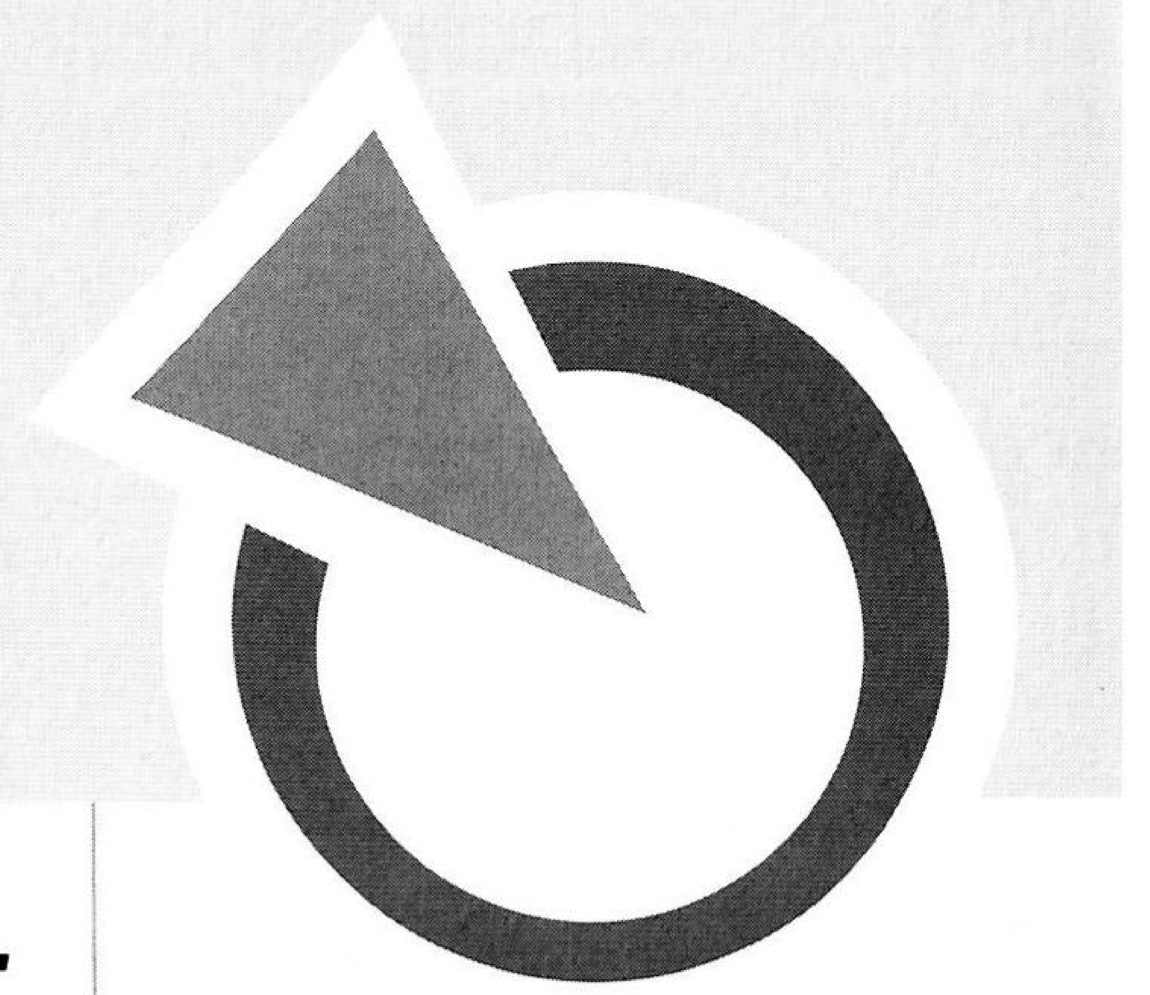
Jürgen Schnürle, Chef der Waldhalle, in der die SSler feierten, will im Voraus nicht gewusst haben. Als irgendeine ganz normale Seniorenversammlung sei das Ganze angemeldet worden.

Mittlerweile sehen sich Lokalpolitiker genötigt, solch ein SS-Veteranentreffen nicht noch mal stattfinden zu lassen. Dabei scheint es jedoch traurigerweise fast ausschließlich darum zu gehen, den »guten Ruf der Stadt Büchen« zu erhalten und nicht Altnazis generell eine Absage zu erteilen.

Auch wenn in absehbarer Zeit die letzten ehemaligen Angehörige der Waffen-SS verstorben sein werden, so hat die SS mit ihrem elitären Status für die heutigen faschistischen Organisationen und nazistisch orientierte Jugendliche noch immer große Faszination. Nicht zufällig werden diese Verbrecher bei zahlreichen Aufmärschen als ›Helden‹ gefeiert.

rundbrief des apabiz e. v. | nr. 21, juli 2005

monitor



Aus der Mitte der Gewerkschaft

Hintergrund ➲ Studie zu Rechtsextremismus in den Gewerkschaften

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 030.6116249

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 3320800
blz: 10020500
bank für sozialwirtschaft

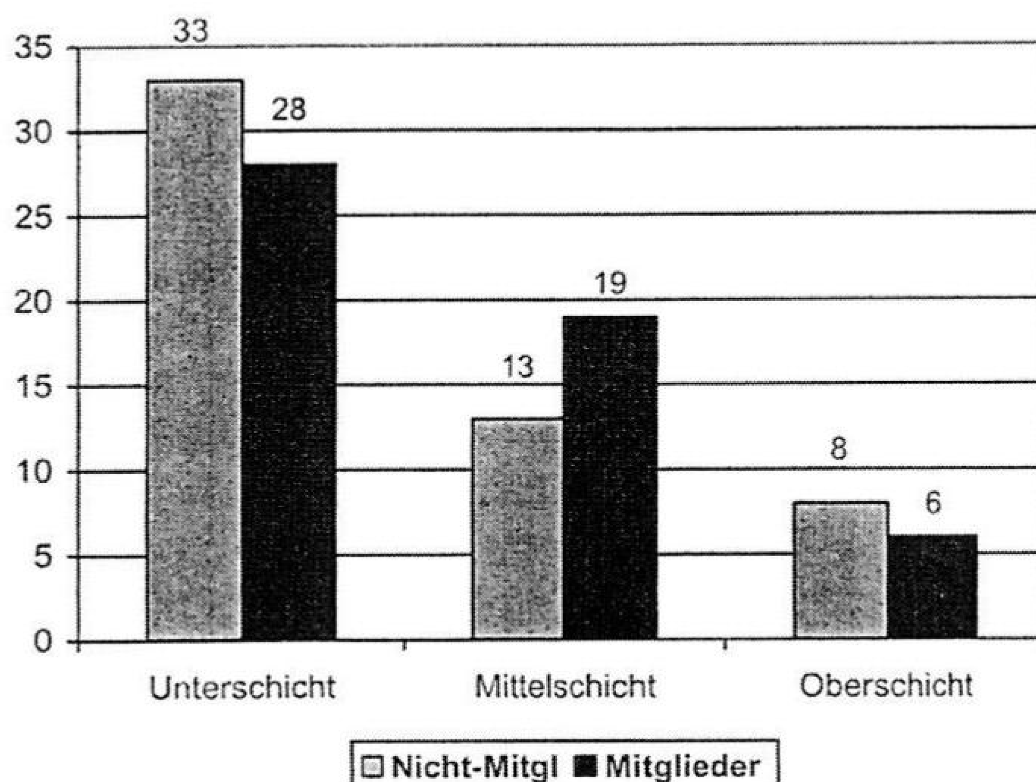
monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

•

Eine Anfang Juni veröffentlichte Studie hat Gewerkschaften und Öffentlichkeit bisher nur in geringem Maße alarmiert, obgleich das Ergebnis der Untersuchung lautet: Die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer haben ein noch größeres Problem mit extrem rechts eingestellten Mitgliedern als befürchtet. »Wie findet Rechtsextremismus Eingang in die Gewerkschaften?« So lautet die Leitfrage der 600 Seiten starken, repräsentativen Untersuchung von Wissenschaftlern der Freien Universität Berlin im Auftrag der Otto-Brenner- und der Hans-Böckler-Stiftung. Zur Beantwortung dessen waren 4000 Menschen befragt worden – je zur Hälfte Gewerkschaftsmitglieder und solche, die nicht Mitglied sind.[1] Die Ergebnisse der zweijährigen Arbeit entsprechen zum Teil den Erwartungen der Macher und Auftraggeber – teilweise überraschen sie jedoch auch; einige treffen das Selbstverständnis der Gewerkschaft in ihrem Kern. Zugleich bietet die Studie Hinweise für eine offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus insgesamt.

Auf die zentrale Frage der Studie, inwieweit extrem rechte Einstellungen in den Gewerkschaften verbreitet sind, liefert die Untersuchung ein differenziertes Bild. Insgesamt betrachtet liegen die Arbeitnehmervertretungen mit nur leichten Abweichungen im gesellschaftlichen Trend, der sich auf hohem Niveau stabilisiert hat: 19 Prozent der Gewerkschafter sind rechtsextrem eingestellt, bei den Nicht-Mitgliedern sind es 20 Prozent.

Betrachtet man die Ergebnisse indes differenziert nach sozialen Schichten, so ergibt sich ein deutlich anderes Bild. Zwar sind Gewerkschaftsmitglieder aus der Unterschicht und aus der Oberschicht seltener rechtsextrem eingestellt als die Nicht-Mitglieder der jeweiligen Schicht.[2] Jedoch haben die Gewerkschaften ein spezifisches Mittelschicht-Problem. Diese Gruppe – zu der Facharbeiter und qualifizierte Angestellte gezählt werden – ist innerhalb der Gewerkschaft öfter rechtsextrem



Quelle: Studie, S. 439.

eingestellt als unter den Nicht-Mitgliedern, und das massiv: 19 Prozent der gewerkschaftlichen Mitte besitzen rechtsextreme Einstellungen, bei Nicht-Mitgliedern sind es nur 13 Prozent. Dieses Ergebnis muss alarmieren, da es gerade die Mittelschichten sind, die sich von den Gewerkschaften angezogen fühlen. Immerhin 50 Prozent der Mitglieder und 43 Prozent ihrer Funktionäre stammen aus dieser Gruppe. Die Studie stellt daher fest, dass die maßgeblichen Trägergruppen der Gewerkschaften besonders wenig immun gegen rechtsextreme Ideen sind: »Gewerkschaften sind also stark durch die Mittelschicht geprägt, und sie üben auf rechtsextreme Arbeitnehmer aus der Mittelschicht besondere Anziehungskraft aus.«[3]

Ergebnisse im Detail

Dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht gegen extrem rechte Einstellungen feit, war schon länger bekannt. In den vergangenen Jahren bemühten Verantwortliche gerne eine Erklärung, die von der Studie »Spiegelbildthese« getauft wurde: Wenn die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt ein Problem mit Rechtsextremismus habe – so die bisherige Lesart –, dann spiegele sich das eben auch in den Gewerkschaften wider. Eine gewerkschaftstypische Ausprägung des Rechtsextremismus soll es demnach nicht geben.[4]

1) Stöss, Richard; Michael Fichter; Joachim Kreis; Bodo Zeuner: »Abschlussbericht Projekt 'Gewerkschaften und Rechtsextremismus'.« Berlin, Dezember 2004. Im Folgenden zitiert als Studie. Die Untersuchung ist im PDF-Format unter http://www.polwiss.fu-berlin.de/ erhältlich.
2) Ebd., S. 438 f.
3) Ebd., S. 439.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im *monitor*, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.

monitor – rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v. | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: alle zwei monate |



Bayerische Art I

Bundesweit • Im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen Nachfolgeorganisationen des Europäischen Darstellungsvereins für lebendige Geschichte (EDLG) durchsuchte die Polizei am 27. April 19 Objekte vor allem in Bayern, aber auch in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Österreich. Dabei wurden erhebliche Mengen an Waffen – 1,1 Kilogramm TNT-Sprengstoff, vier Maschinengewehre, sieben Maschinenpistolen, Dutzende Gewehre, scharfe Handgranaten – Munition, NS-Uniformteile und Propagandamaterial beschlagnahmt. Betroffen war auch ein Kasernengelände in Meitingen im Landkreis Augsburg. Gegen vier Männer im Alter zwischen 25 und 52 Jahren ist Haftbefehl erlassen worden. Hauptbeschuldigter ist ein 38-jähriger Mann aus Augsburg. Der Verein EDLG wurde ursprünglich in Nordrhein-Westfalen gegründet und war dort von Behörden bereits aufgelöst worden. Ziel der Aktivisten ist es, Schlachten insbesondere aus dem Zweiten Weltkrieg originalgetreu nachzustellen. Der nun in Bayern durchsuchte Ableger spezialisierte sich hierbei auf Kämpfe der »Leibstandarte Adolf Hitler«. Die Schlachten wurden vornehmlich in Tschechien nachgestellt, wo die Gruppe auch über Panzer verfügen soll. ◂

Bayerische Art II und III

Bayern • Am 10. Mai führte die Polizei im Zusammenhang mit der Kameradschaft Niederbayern-Oberpfalz Durchsuchungen in Amberg, im Raum Regensburg, in Kehlheim und in Ulm durch. Anlass waren »Straftaten des schweren Raubes, der gefährlichen Körperverletzung, der Bedrohung sowie des Diebstahls und der Sachbeschädigung aus der genannten Gruppe heraus« gewesen, wie es in der Presseerklärung der Staatsanwaltschaft Regensburg heißt. Gegen drei Personen im Alter von 16, 22 und 26 Jahren wurden Haftbefehle erlassen. Sichergestellt wurden u.a. geklaute Gegenstände, Logos der Kameradschaft, Propagandamaterial, CDs und Waffen, wie Totschläger und Wurfsterne. Der Durchsuchung vorausgegangen war eine Razzia in der Regensburger Kneipe VALHALLA, die als Stammkneipe für Neonazis gilt. Eine weitere Durchsuchungsaktion bei sieben Tatverdächtigen im ▸

Die Untersuchung stellte daher die Frage: »Bilden Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft, weil sie genauso den globalen ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt sind wie Nicht-Mitglieder und daher genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Unorganisierte, oder organisieren Gewerkschaften vorrangig bestimmte soziale Gruppen bzw. Mentalitäten, die Rechtsextremismus konstitutionsbedingt eher anziehen bzw. eher abwehren?«[5] Zur Beantwortung dessen werden differenzierte Angaben über die verschiedenen Teilgruppen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften geliefert.[6] Danach streben Gewerkschaftsmitglieder zwar deutlich häufiger nach »sozialer Gerechtigkeit«, lehnen neoliberale Orientierungen eher ab und stufen sich häufiger als »links« ein. Indes weisen viele Mitglieder zentrale Faktoren auf, die extrem rechte Einstellungen befördern, wie ein restriktives Demokratieverständnis, »autoritäre Persönlichkeitseigenschaften« und ein »traditionalistisches Sozialismusbild«.[7] Man könnte also sagen, dass das linke Selbstbild der Gewerkschaften weiterhin dominant ist, aber keine Hegemonie entfaltet.[8]

Die passiven Mitglieder, zu denen die Studie zwei Drittel zählt, sind besonders anfällig für rechtsextreme Einstellungen; dies gilt insbesondere für solche aus dem Westen. Dagegen wehren die Aktiven extrem rechte Tendenzen deutlich ab: »Eigenaktivität bzw. die Förderung einer partizipatorischen Orientierung [hat] sich in unserer Untersuchung als besonders starkes Bollwerk gegen rechtsextreme Einstellungen erwiesen (...)«.[9] Unter den Nicht-Mitgliedern ist die Gruppe von Gewerkschafts-Sympathisanten ebenfalls wenig anfällig, am stärksten dagegen unorganisierte Gewerkschaftsgegner. Geradezu immun gegen extrem rechte Einstellungen sind Funktionäre aus dem Osten.

Dabei besitzen die Gewerkschaften trotz aller Veränderungen, trotz ihres vielbeschworenen Bedeutungsverlustes und selbst entgegen aller rechtsextremen Anteile noch eine deutliche linke und demokratische Ausstrahlung. Ein Image, das weit über die eigene Mitgliedschaft hinausreicht, wie die Studie eindrucksvoll belegt. Die Gewerkschaft als »Wertegemeinschaft«, die ihre Mitglieder auf bestimmte Einstellungen verpflichtet, funktioniert unter den Aktiven in und den Sympathisanten außerhalb der Gewerkschaft gut.

Schlussfolgerungen

Die Autoren der Studie liefern einige »Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Praxis«[10], die für eine weitere Diskussion äußerst hilfreich sein könnten. Zunächst sind die Auswirkungen des ökonomischen Status' auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen deutlich geringer, als es die politische Debatte um Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus andauernd wiederholt. Ein Aspekt, der für das grundsätzliche Verständnis des Rechtsextremismus in Deutschland wesentlich ist. Die Studie stellt hierzu unmissverständlich fest: »Ungesicherte und unmoderne Verhältnisse im Arbeitsleben tragen wenig zur Erklärung von Rechtsextremismus bei. (...). Den Nährboden für Rechtsextremismus

4) Die Ergebnisse der Kommission Rechtsextremismus aus dem Jahr 2000 sprachen davon, dass fremdenfeindliche Einstellungen »gewissermaßen im Trend« lägen und somit »die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur« spiegelten (zitiert nach Studie, S. 16).
5) Studie, S. 22.
6) Hier können nur wenige Details genannt werden. Eine umfangreiche Zusammenfassung der Studie ist in Planung.
7) Ebd., S. 439 ff.
8) Andererseits ist das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, wie andere Faktoren auch, kein »linker Wert« an sich.
9) Ebd., S. 459.
10) Ebd., S. 458 ff.

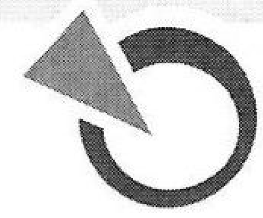
An dieser Stelle berichten wir in jeder Ausgabe über einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. aus dem Archiv des *apabiz*, um so einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.

archiv en detail Antifaschistische Periodika aus ganz Europa

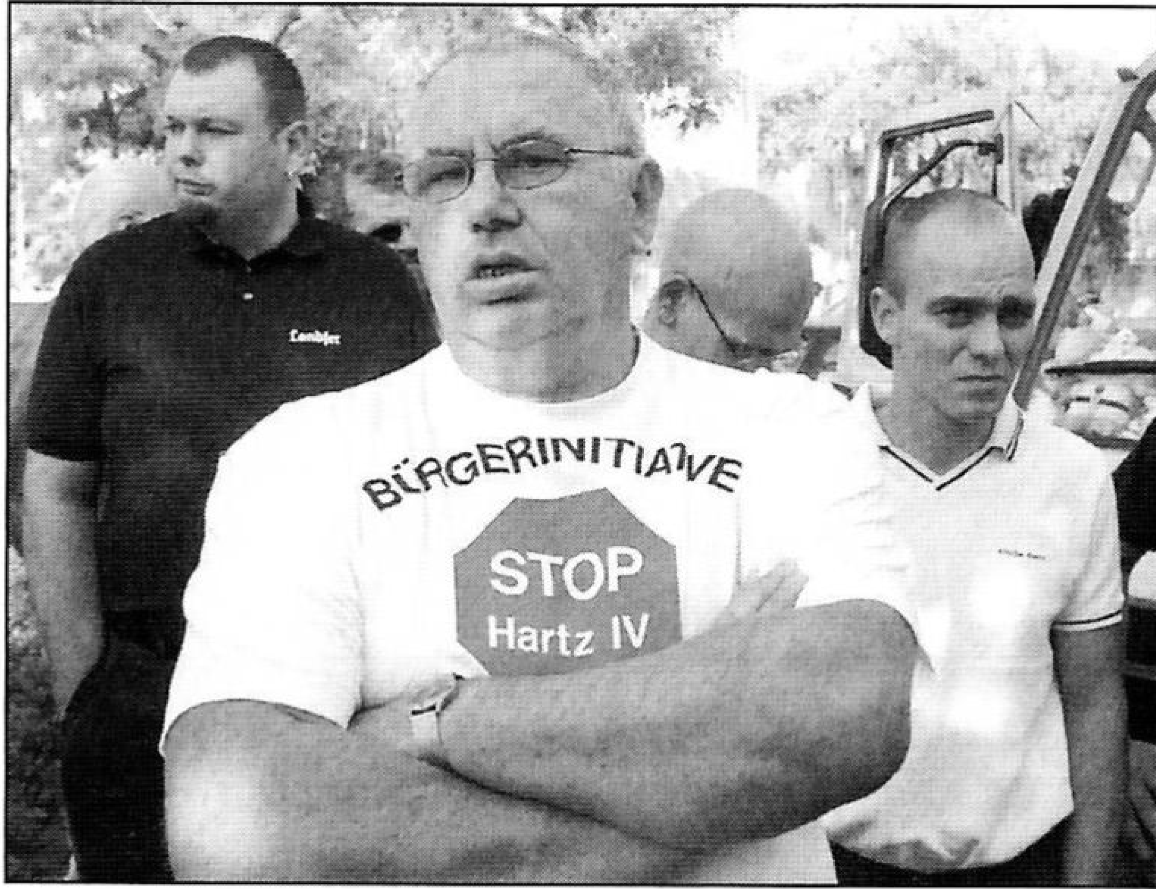
Stand der Bewegung

Eine der ersten Anlaufstellen in unserem Archiv für Recherchen über die extreme Rechte ist die Sammlung von über 80 Periodika zum Thema, die aus nahezu allen gesellschaftlichen Spektren stammen: Von Gewerkschaften über Parteien bis hin zu linksradikalen Gruppen. Neben den großen bundesweit erscheinenden Fachblättern wie dem *Antifaschistischen Infoblatt, Der rechte Rand, blick nach rechts* und *Antifa* haben wir auch diverse regional erscheinende Zeitschriften wie die *Lotta* aus Nordrhein-Westfalen oder die *enough is enough* aus Schleswig-Holstein archiviert. Darüber hinaus führen wir zahlreiche Zeitschriften aus ganz Europa in unserem Bestand, darunter neben der englischsprachigen *Searchlight* Magazine aus den Niederlanden, Frankreich, Polen, Dänemark, Schweden, Österreich, Norwegen und der Schweiz.

Die Periodika geben in ihrer Gesamtheit einen hervorragenden Überblick über die Entwicklung der extremen Rechten. Darüber hinaus lassen sich Debatten der antifaschistischen Bewegung nachvollziehen. Alles in allem spiegelt die Sammlung den Erkenntnisgewinn und die Geschichte des Antifaschismus der letzten 25 Jahre wider. ◂



bilden mithin weniger der *objektive* soziale Status und die daraus erwachsenden Probleme, sondern vor allem das Zusammenwirken von Autoritarismus, Kapitalismus- und Demokratiekritik und von Unzufriedenheit. Eingedämmt wird Rechtsextremismus kaum durch einen gehobenen sozialen Status, durch Arbeitsplatzsicherheit oder durch Teilhabe am Modernisierungsprozess, sondern durch steigende Bildung und – in erster Linie – durch ein linksgerichtetes politisch-demokratisches Repertoire, das auf selbstbewusste Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zielt.«[11]



Inhaltlich anschlussfähig: Am 23. August 2004 demonstrierten in Köthen (Sachsen-Anhalt) Gewerkschaften, die rechtspopulistische Bürgerinitiative gegen staatliche Abzocke – Stop Hartz IV, Republikaner und örtliche Rechtsextremisten zusammen gegen Hartz IV.

Auch ein weiteres Ergebnis der Untersuchung deutet weit über die »differenzierte Teilgesellschaft« Gewerkschaft hinaus: Rassisten sind fast immer auch Rechtsextremisten: »Bei Personen, die besonders fremdenfeindlich eingestellt sind, besteht auch eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, dass sie z.B. antisemitisch denken, den Nationalsozialismus verharmlosen und nach einem starken Führer rufen. Es gibt keine arbeitswelt- oder gewerkschaftsspezifische 'Light'-Version des Rechtsextremismus, die sich auf 'Ausländerfeindlichkeit' konzentriert und hinsichtlich der übrigen Dimensionen eher harmlos ist.«[12] Was das zukünftig für die Auseinandersetzung mit Mitgliedern bedeutet, die sich zwar »mal rassistisch äußern«, ansonsten aber vorbildliche Gewerkschafter sein wollen, wird sich zeigen.

Die Äußerungen eines Oskar Lafontaine zum Thema »Arbeit und Zuwanderung« allerdings belegen, wie gering das Problembewusstsein in der traditionalistischen Linken insgesamt ausgeprägt ist. Solche Statements veranschaulichen das ganze Dilemma, in dem sich der Studie zufolge auch die Gewerkschaft befindet: »Der Schutz von [tariflichen und gesetzlichen, U.J.] Standards erfordert Marktzugangskontrollen, und die damit verbundene exklusive Solidarität der Nutznießer des Standards bietet Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Deutungen.«[13] Es kommt also nicht darauf an, die sozialen Fragen überhaupt aufzugreifen. Das macht die extreme Rechte ebenfalls, wie wir in unseren Vorträgen zeigen.[14] Maßgeblich ist, welche Vorschläge zu ihrer Behebung gemacht werden und in welcher Form sie vermittelt werden. Populistische Verkürzungen helfen bei diesem Thema in Deutschland nur der extremen Rechten.

Empfehlungen der Studie und Fazit

Die Studie empfiehlt, dass die Gewerkschaften im öffentlichen Diskurs die »Unterbietungskonkurrenz« offensiv zum Thema machen sollten und fordert die Internationalisierung der Gewerkschaftsarbeit. Als Gegenwehr regt sie an, »Aktivität und Selbstbewusstsein zu stärken und dabei Empörung nicht zu dämpfen, sondern ihr durch konsistente Deutungen und durch Bestärkung demokratischer Werte eine Richtung zu geben.«[15] Das ist eine Forderung, die an die gesamte gewerkschaftliche Bildungsarbeit gerichtet ist und eine Querschnittsaufgabe darstellt. Dieser Aufgabe haben sich in der Vergangenheit immer wieder Projekte in und bei den Gewerkschaften angenommen – wie etwa die Bausteine zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit.[16]

Doch auch die Autoren der Studie wissen, dass Bildungsarbeit allein nicht ausreicht. »Wenn es richtig ist«, so heißt es mit deutlich skeptischem Unterton, »dass die Arbeitnehmer und die Gewerkschaftsmitglieder nichts besser von rechtsextremen Deutungsangeboten und Versuchungen fernhält als die Erfahrung, durch eigene Tätigkeit und Mitbestimmung in Betrieb, Gewerkschaft oder Politik etwas bewirken, erreichen, verändern zu können, dann steht diese Erkenntnis quer zur von den meisten Funktionären beklagten und von vielen als unabänderbar angesehenen Praxis des Stellvertreterhandelns für passive und nur an individueller Nutzenmaximierung interessierte Mitglieder.«[17]

Es wäre wünschenswert, wenn die Ergebnisse der Studie in den nächsten Monaten die innergewerkschaftliche Debatte vorantreiben. Die Aktiven innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft sollten jetzt diskutieren, wie die wissenschaftlichen Erkenntnisse in gewerkschaftliches Handeln zu übersetzen sind. Dabei wird es nicht nur zu einer – überfälligen – Neubelebung des Bildungsangebotes kommen müssen. Die Gewerkschaften müssen sich auch der Tatsache stellen, dass sie eine Schlüsselposition in der gesellschaftlichen Debatte um den Sozialstaat besitzen. Ihr Gewicht alleine kann die politische Balance verändern – nach rechts oder nach links.

Ulli Jentsch

11) Ebd., S. 445 f. Hervorhebungen im Original.
12) Ebd., S. 415.
13) Ebd., S. 457.
14) Siehe *monitor* Nr. 17, S. 1 ff.
15) Ebd., S. 458.
16) Siehe http://www.baustein.dgb-bwt.de. Im Anhang 137 der Studie findet sich ein Überblick über gewerkschaftliche Projekte gegen Rechtsextremismus.
17) Studie, S. 459.

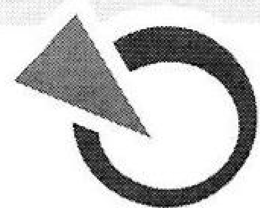
Alter von 20 bis 57 Jahren fand im Raum Rosenheim statt. Hier wurden sieben Gewehre, darunter drei scharfe Waffen, eine Pistole mit dazugehöriger Munition, eine Gaspistole, acht Messer und Bajonette, ein Totschläger, ein Schlagring, Hakenkreuzfahnen, mehrere hundert RechtsRock-CDs und sonstiges Propagandamaterial beschlagnahmt. ◂

Deutschlandtreffen der Ostpreußen

Berlin • Zum »18. Deutschlandtreffen« der Landsmannschaft Ostpreußen unter dem Motto »Im Dialog der Heimat dienen« trafen sich am 21. und 22. Mai mehrere 10.000 Personen. Auf der Rednerliste stand neben der BdV-Präsidentin Erika Steinbach und dem Landsmannschafts-Sprecher Wilhelm v. Gottberg auch der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt. Das offizielle Programm, das neben zahlreichen Reden auch aus kulturellen Beiträgen bestand, wurde ergänzt durch ein umfangreiches Parallelprogramm. Dabei trafen sich nicht nur die zahlreichen Heimatkreise, sondern die verschiedensten gewerblichen und ideellen Anbieter präsentierten sich an 49 Ständen. Unter anderem fanden die Besucher des Heimatkreistreffens zahlreiches NPD-Infomaterial zu rechten Aktivitäten zum 8. Mai vor. Mit einigen Vertreterinnen der rechten Frauengruppe Gemeinschaft Deutscher Frauen waren auch Exponenten dieses Spektrums vertreten. ◂

Haftstrafen für Brandanschläge

Potsdam • Wegen gemeinschaftlichen versuchten Mordes sind am 18. Mai 2005 Sebastian Dahl und Jeanine Paris zu fünf bzw. vier Jahren Jugendstrafe verurteilt worden. Das Potsdamer Landgericht sah es als erwiesen an, dass die damals noch Heranwachsenden 2001 einen Brandanschlag auf die Bühne eines antifaschistischen Musikfestivals in der Nähe von Königs-Wusterhausen verübt hatten. Auf der Bühne befanden sich mehrere Jugendliche, um diese zu bewachen, als die Täter mindestens vier Brandsätze schleuderten. Durch glückliche Umstände wurde niemand verletzt. Paris wurde außerdem wegen eines weiteren Brandanschlages auf ein Lager von französischen Romas in Wildau verurteilt. ▸



Bemerkenswert an dem Prozess war insbesondere, dass während der vier Verhandlungstage die Differenzen bei den Ermittlungsbemühungen zwischen Brandenburger und Berliner Polizei deutlich wurden: Während Brandenburg eine Soko bildete und akribisch ermittelte, verschleppten die Berliner Behörden den Prozess um mehrere Jahre. So stand DAHL die gesamte Tatzeit über unter vollständiger Bewachung durch die Polizei, die ihre Erkenntnisse aber erst verspätet nach Potsdam übermittelte. Auch mehreren V-Männern der Berliner Behörden, die Dahl als Täter für beide Brandanschläge nannten, wurde lange Zeit kein Glauben geschenkt.

Rechtes Gedenken

Berlin • Unter dem Motto »Trauer und Besinnung – Der 8. Mai 1945« veranstaltete das rechte INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK (IFS) am 7. Mai sein »9. Berliner Kolleg«. Der Einladung in die Spandauer Zitadelle folgten knapp 200 Teilnehmer, als Hauptredner trat ERNST NOLTE auf. Der Historiker verklärte in seiner Rede nicht nur den Nationalsozialismus im Sinne seines Buches »Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945«, sondern stellte auch den 8. Mai aufgrund des »zerstörten deutschen Nationalstaates« als einen Tag der nationalen Trauer dar. Diese Wahrnehmung wurde nicht nur vom Institutsgründer KARL-HEINZ WEIßMANN in seiner Ansprache deutlich aufgegriffen, sondern auch durch die abschließende Gedenkminute zelebriert, bei der die Anwesenden vor allem den Deutschen gedachten, von »Bombenopfern« bis zum deutschen Soldaten. Für den 8. Mai wurde vom Veranstalter als einzige würdige Veranstaltung an diesem Tage die Demonstration der »Besiegten« in Berlin-Mitte empfohlen; das Informationsmaterial dazu wurde von Mitgliedern des FREIBUNDES verteilt.

Weißer Wolf und Freyja gemeinsam

Neustrelitz • Die beiden neonazistischen Zeitungsprojekte DER WEIßE WOLF und FREYJA haben Ende Mai ein gemeinsames Heft herausgegeben. In der damit ersten Ausgabe des Frauenheftes FREYJA seit fünf Jahren ist neben szeneüblichen Politbeiträgen und vereinzelten Musikartikeln auch ein Interview mit dem LANDSER-

NPD-Volksfest stößt auf Widerstand statt Zuspruch

Bericht ➲ Tausende protestieren in Jena gegen einige Hundert sich langweilende Neonazis auf ihrem »Fest der Völker«

Mehr als 8000 Menschen haben nach offiziellen Angaben am 11. Juni in Jena gegen das von NPD und KAMERADSCHAFTEN organisierte »Fest der Völker« demonstriert. Nachdem das Oberverwaltungsgericht am Freitag Morgen ein Verbot der Veranstaltung aufgehoben hatte, besetzten über 500 AntifaschistInnen den Platz in der Jenaer Innenstadt. Daraufhin wurde die ungeliebte Veranstaltung in die kilometerweit entfernte Vorstadt Lobeda verlegt, wo die Kundgebung der etwa 500 angereisten Rechtsextremen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Die Polizei, die von einem friedlichen Verlauf des Tages sprach, nahm fünf Rechtsextremisten wegen des Tragens verbotener Symbole fest.



Auf dem »Fest« selber war die Stimmung der anwesenden Rechten alles andere als gut. Die aus ganz Europa angereisten Teilnehmer mussten erhebliche Strapazen bei der Anreise auf sich nehmen und steckten zum Teil stundenlang in Polizeikontrollen fest. Anschließend bot sich ihnen ein trostloses Bild: Ein tri-ster, von Pfützen und Matsch überzogener Sandplatz wurde mit Tischen und Bänken versehen und lediglich am Rand von einigen Informations- und Verkaufsständen gesäumt; über drei Stunden lang gab es keinerlei Durchsagen oder Musik zu hören.

Besonders negativ stieß dem großenteils aus rechten Skinheads bestehenden Publikum das Ausschankverbot für alkoholische Getränke auf. Auffallend waren auch mehrere Kameraden in Gummistiefeln und mit gelben Klebeband am ganzen Körper: Sie hatten gegen das Verbot verstoßen, bestimmte Symbole oder Springerstiefeln zu tragen.

Schlechte Laune

Als mit dreistündiger Verspätung die ersten Bands und Redner auftraten, wurde die Stimmung kaum besser: Die Sprecher aus verschiedenen europäischen Ländern betonten allesamt ihr Bekenntnis zu einen »Europa der Vaterländer« und stellten jeweils die überragende Bedeutung der eigenen Nation in den Mittelpunkt ihrer Beiträge. Redner aus Russland und den Niederlanden betonten gar, dass es in der Zeit des zweiten Weltkrieges schrekkliche Verbrechen von Deutschland an ihren Völkern gegeben habe. Diese von der NPD getragenen Inhalte gingen der Mehrzahl der anwesenden Neonazis viel zu weit, widersprechen sie doch dem Gedanken der Deutschen als überlegener Herrenrasse. Dementsprechend mager war der Applaus für die Beiträge, manchmal gab es sogar zaghafte Unmutsbekundungen. Lediglich extrem antisemitische Passagen oder die in jedem Beitrag vorkommende Hetze gegen einen EU-Beitritt der Türkei fanden breite Zustimmung.

Auch die zahlreich auftretenden Rechtsrock-Bands konnten die gedrückte Stimmung

Liebe LeserInnen, liebe FreundInnen und Antifas!

Hiermit haltet Ihr nunmehr unsere Sommerausgabe in der Hand. Wir hoffen, mit unserer Mischung aus Berichten und Hintergrundinformationen zur Entwicklung der extremen Rechten, antifaschistischen Aktivitäten sowie zur Arbeit des *apabiz* Euer Interesse zu finden. Zugleich müssen wir einen Nachtrag zur vorangegangenen Ausgabe des *monitor* bringen: Der dortige Aufmacher zur Gedenkpolitik anlässlich des 8. Mai ist aus einer Sonderausgabe des *Antifaschistischen Infoblattes* (*AIB*)hervorgegangen, die sich in Gänze diesem Thema widmet und beim *AIB* gegen 5 Euro bestellt werden kann (Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin). Hierauf vergaßen wir in der letzten Ausgabe hinzuweisen, wofür wir uns an dieser Stelle noch einmal audrücklich entschuldigen möchten. Viel Spaß beim lesen wünscht Euer apabiz.



Gute Stimmung kam beim »Fest der Völker« nicht auf: Statt in der Jenaer Innenstadt durften die Neonazis sich angesichts breiter antifaschistischer Intervention nur am Stadtrand versammeln, um dort auf einem regennassen Sandplatz der eher tristen und schlecht organisierten Veranstaltung von NPD und Kameradschaften zu lauschen.

nicht mehr heben. Die meisten Besucher blieben an ihren Tischen sitzen und nur wenige begaben sich auf den kleinen Platz vor der Bühne. Auf das größte Interesse stießen angesichts dessen noch zwei Verkaufsstände, an denen Steaks und Bratwürste angeboten wurden. Hier bildeten sich stets lange Schlangen. Als das »Fest« schließlich gegen 19.00 Uhr beendet wurde, war ein Großteil der Teilnehmenden bereits abgereist.

Fazit

Für die Führungsriege der NPD dürfte diese Veranstaltung einen wichtigen Meilenstein in ihrer europäischen Vernetzungsstrategie dargestellt haben. Es waren diverse Vertreter europäischer Nationalisten anwesend und Kontakte konnten intensiviert werden.

Dass diese Bestrebungen bei der Basis nicht angekommen sind und das »Fest« extrem schlecht besucht war, lässt eine erneute Ausrichtung gleichwohl eher fraglich erscheinen. Nichts desto trotz verkündete Organisator Ralf Wohlleben zu Beginn der Veranstaltung stolz, dass man dieses bereits für die kommenden zehn Jahre in Jena angemeldet habe.

Falco Schuhmann

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

bildung en detail ReferentInnenkoffer »Workshop Kampagnen«

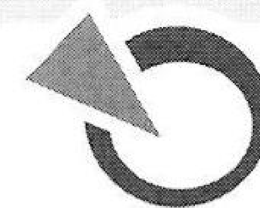
Wie Kampagnen erfolgreich werden

Im vergangenen Jahr hat das *apabiz* eine neues Instrument der Bildungsarbeit entwickelt: Unsere ReferentInnenkoffer sollen Interessierte in die Lage versetzen, selbst Workshops und Seminare zu bestimmten Themen veranstalten zu können, um auch andere weiterzubilden. Hierfür halten die Koffer alle notwendigen Materialien bereit. Sie können im *apabiz* gekauft oder gegen eine Schutzgebühr entliehen werden.

Neben anderen Themen haben wir auch einen ReferentInnenkoffer zu unserem »Workshop Kampagnen« erstellt. Kampagnen sind ein wichtiges Mittel antifaschistischer politischer Arbeit. Dennoch werden dabei oft Fehler gemacht und führen Kampagnen immer wieder nicht zum gewünschten politischen Erfolg; nicht selten auch, weil Grundkenntnisse fehlen. Der ReferentInnenkoffer beinhaltet mit einer Einführung, einem Skript, OH-Folien sowie Handreichungen und Arbeitblättern bzw. sonstigen Medien alles, was man zur selbständigen Durchführung eines Seminars oder Workshops zu dem Thema benötigt.

Politische Kampagnen sind nach dem Verständnis des Workshops Organisierungskampagnen, bei denen es darum geht, einen Prozess sowohl nach außen als auch nach innen in Gang zu setzen. Zum einen geht es um die Erreichung eines möglichst konkreten Ziels; zum anderen soll die Gruppe gestärkt werden durch neue Leute, aber auch durch eine weitergehende Entwicklung und Befähigung der Beteiligten. Zusammengenommen führt dies mittel- und langfristig zu einer politischen Stärkung der Gruppe auf ihrem Weg, ein wahrnehmbarer politischer (Macht-)Faktor in der Öffentlichkeit zu werden. Indes bedeutet dieser Weg keinen »Dauerzustand Kampagne«. Vielmehr stehen diese intensiven Phasen der politischen Stärkung im Wechselspiel mit der kontinuierlichen politischen Arbeit.

Diese Art von Kampagne erfordert eine intensive Vorbereitung sowie ein systematisches methodisches und strategisches Vorgehen, wofür der Workshop die notwendigen Kenntnisse vermitteln soll. Dabei werden in einem ersten, allgemeinen Teil zunächst die Merkmale einer Kampagne besprochen. Im zweiten Abschnitt werden sodann die wichtigsten Elemente einer Kampagne anhand eines konkreten Beispiels gemeinsam erarbeitet und durchgespielt: Analyse der Ausgangssituation, Zielbestimmung, Ausarbeitung der Strategie, Umsetzung und Auswertung. ◂

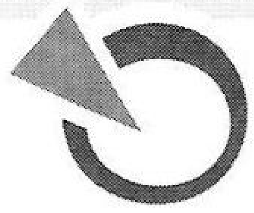


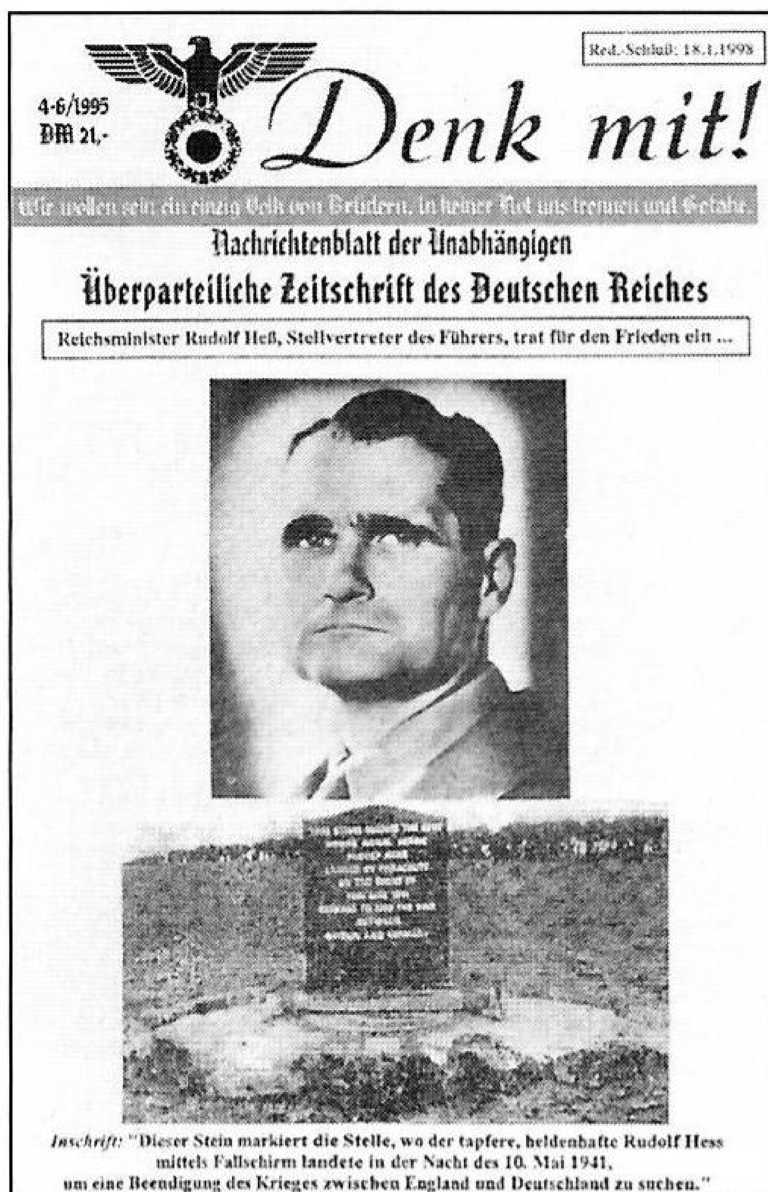


Sänger Michael »Lunikoff« Regener zu finden. Ebenso stellt sich die rechte Frauengruppe Aktive Frauen Fraktion einem Gespräch.
Der Herausgeber des Weißen Wolfes, David Petereit, beschränkt sich dagegen im Musikteil seines Heftes auf ein Interview mit der Berliner Rechtsrockband Deutsch, Stolz, Treue und verweist für aktuelle Informationen zur Musikszene auf seine umfangreiche Internetseite. Der Rest des damit zwanzigsten Weißen Wolfes besteht aus politischen Beiträgen, in denen u.a. die Aktionsform des sogenannten »führerlosen Widerstands« der Leserschaft vorgestellt wird. ◂

Neu in Walhalla

Nürnberg • Bereits am 9. März ist der Altnazi Klaus Huscher im Alter von 74 Jahren zur »großen Armee« abberufen worden. In den Nürnberger Nachrichten erschien eine Todesanzeige von »seinen Freunden«, die die Anzeige mit einem Gedicht des antisemitischen Aufklärungsgegners und »Ur-Burschenschaftlers« Ernst Moritz Arndt abrundeten. Huscher war Herausgeber der in Nürnberg erscheinenden Zeitschrift Denk Mit! – Nachrichten der Unabhängigen, dem Organ des ebenfalls in Nürnberg ansässigen Volksbund Deutsches Reich (VBDR), dessen selbsternannter »Führer« Huscher war. Von 1965 bis zu seinem Austritt im Jahr 1967 war er zudem Kreisvorsitzender der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher; 1977 plante er u.a. mit dem Auschwitzleugner Thies Christophersen einen »Auschwitz-Kongress« in Nürnberg. Zwei Jahre später bemühte er sich, das Schloss Illesheim im Landkreis Bad Windsheim für seinen Denk Mit-Verlag zu erwerben. Huscher zeichnete auch verantwortlich für den im ▸




4-6/1995
DM 21,-
Red.-Schluß: 18.1.1998
Denk mit!
Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.
Nachrichtenblatt der Unabhängigen
Überparteiliche Zeitschrift des Deutschen Reiches
Reichsminister Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, trat für den Frieden ein ...

Inschrift: "Dieser Stein markiert die Stelle, wo der tapfere, heldenhafte Rudolf Hess mittels Fallschirm landete in der Nacht des 10. Mai 1941, um eine Beendigung des Krieges zwischen England und Deutschland zu suchen."

Jahr 1997 verbreiteten Aufruf zu »Rettung des deutschen Volkes«, in dem »alle volkstreuen Deutschen« dazu aufgerufen wurden, »Notwehr« gegen den angeblichen amtlich geplanten »Völkermord am deutschen Volk« zu leisten. ◂

Rechte Schauspielkunst zum 8. Mai

Berlin • Parallel zur Großversammlung der NPD wollten am 8. Mai nur wenige Straßen weiter 70 »Vertriebene« im Durchschnittsalter von etwa 30 Jahren auf »stalinistischen Terror« und das »furchtbare Schicksal« der Vertriebenen aufmerksam machen. In Lumpen gehüllt, mit Ochsenkarren und verrosteten Milchkannen, zogen sie vom Checkpoint Charlie zum Brandenburger Tor und weiter zum Großen Stern. Was die Presse als »Laienschauspielgruppe« und einzelne Passanten gar als »Protest gegen Hartz IV« wahrnahmen, nannte sich »Aktion Gedenkzug« und wurde von völkischen Jugendgruppen organisiert. Beworben wurde die »Aktion« u. a. am Tag zuvor auf einer Tagung des Instituts für Staatspolitik, dessen Leiter Götz Kubitschek bei der Aktion dann auch anwesend war. Einzelne Teilnehmer mit organisatorischer Funktion schlossen sich später – selbstverständlich umgezogen – auf dem Alexanderplatz der NPD an. ◂

Broschüre zu Burschen

Hamburg • Im Mai ist unter dem Titel »Falsch verbunden – Reader zum Verbindungs(un)wesen in Hamburg« eine neue Broschüre des AStA der Uni Hamburg zum Thema ▸

Organisiertes Nazi-Gedenken

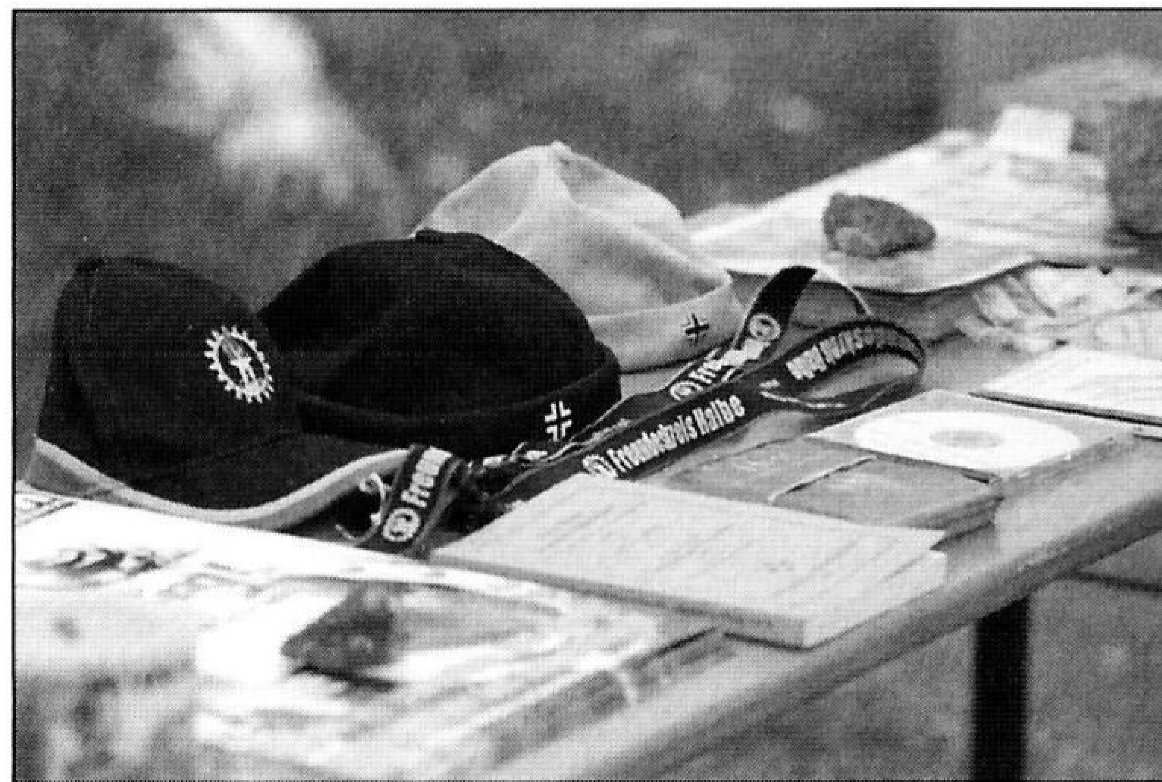
Profil ➲ Der Freundeskreis Heldengedenken in Halbe

Seit dem Jahr 2003 hat sich das Heldengedenken im brandenburgischen Halbe zu einer der wichtigsten Veranstaltungen der neonazistischen Szene entwickelt. Die organisatorische Hintergrundarbeit für die Aufmärsche in den vergangenen Jahren wurden vom Freundeskreis Heldengedenken in Halbe um den gebürtigen Rostocker Lars Jacobs geleistet.

Bereits 1990 und 1991 waren bis zu 1000 Neonazis in Halbe aufmarschiert, um dort am Volkstrauertag der deutschen Gefallenen der sogenannten Kesselschlacht von Halbe im April 1945 zu gedenken. Nach diesen Aktionen, die von Mitgliedern inzwischen verbotener neonazistischer Organisationen wie der Wiking Jugend (WJ) und der Nationalistischen Front (NF) dominiert waren, konnte in den folgenden Jahren kein Heldengedenken in Halbe mehr stattfinden.

Neubeginn

Als Neubeginn meldete dann im Jahr 2002 Lars Jacobs für den Freundeskreis Heldengedenken



Der Freundeskreis Heldengedenken in Halbe wirbt auf dem »Fest der Völker« am 11. Juni in Jena für seine Veranstaltung in dem brandenburgischen Dorf in diesem Jahr.

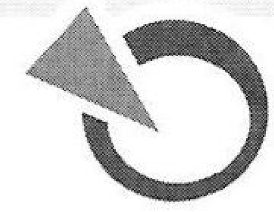
in Halbe eine Veranstaltung in dem brandenburgischen Dorf an, die jedoch aufgrund der »Störung des Charakters des Volkstrauertages« verboten wurde. Als Reaktion auf die Verbotsbegründung wurde das Heldengedenken des Freundeskreises 2003 für einen Tag vor dem eigentlichen Volkstrauertag angemeldet. Das Veranstaltungsprogramm bestand u.a. aus Reden von Christian Worch und Thomas Wulff sowie dem Auftritt zweier Liedermacher. Anschließend zogen etwa 500 Teilnehmer zum Waldfriedhof von Halbe, der einer der größten Soldatenfriedhöfe des Zweiten Weltkrieges in Deutschland ist.

2004 konnte der Freundeskreis Heldengedenken um Jacobs bereits etwa 1.600 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet nach Brandenburg mobilisieren, die abgeschirmt von der Polizei und somit ohne Störung durch die antifaschistischen Proteste ihren Demonstrationszug von Halbe zum nahe gelegenen Friedhofsvorplatz durchführten.

Der Freundeskreis

Im Vorfeld des diesjährigen Heldengedenkens in Halbe meldete der Freundeskreis für den 18. Juni unter dem Motto »Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten und den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft!« eine Demonstration an. Indes folgten nur etwa 100 Neonazis dem Aufruf des Vorbereitungskreises. Die Veranstaltung wurde von den Anmeldern aber trotzdem als Erfolg bewertet. Ging es doch vor allem darum, eine Demonstration trotz des neuen Gedenkstättenschutzgesetzes erfolgreich durchzuführen, um damit den Weg für das Gedenken zum Volkstrauertag am 12. November juristisch zu ebnen. Rechtliche Unterstützung erfährt der Freundeskreis um Jacobs, der auch das Freie Infotelefon Norddeutschland betreibt, vor allem durch Christian Worch.

Über Halbe hinaus beteiligt sich der Freundeskreis auch an zahlreichen sonstigen Neonazi-Veranstaltungen, um für seine Arbeit und die Demonstration in Halbe zu werben, wie z. B. beim »Fest der Völker« in Jena am 11. Juni (siehe Seite 4 f.). Insgesamt genießt der Freundeskreis im gesamten Neonazi-Spektrum deutliche Anerkennung für seine Rolle bei dem Versuch, das faschistische Heldengedenken in Halbe wieder zu etablieren. Patrick Schwarz



Schattenseiten einer historischen Meistererzählung

Rezension ➲ Perels, Joachim: »Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime«. Offizin Verlag, Hannover 2004. 384 Seiten.

Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes wird die Bewältigung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte tradiert. Keine andere Nation, so lautet das Narrativ, stelle sich so konsequent den Nachtseiten seiner Geschichte. Die deutsche Erinnerungskultur gilt manchem Kulturpolitiker als Exportschlager für Osteuropa. Der triumphalistische Unterton ist unüberhörbar. Die Aufsatzsammlung des Hannoveraner Professors Perels hingegen lotet die Untiefen dieser historischen Meistererzählung aus.

Reibungslose Integration und halbherzige juristische Aufarbeitung

Dass das Buch dem hessischen Generalstaatsanwalt und Initiator des Auschwitzprozesses, Fritz Bauer, gewidmet ist, darf als programmatischer Kompass für den Sammelband gelten. Denn ebenso wie Fritz Bauer geht es Perels darum, die kritische Selbstaufklärung über die NS- Vergangenheit im Hinblick auf eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft voran zu treiben.

Im mit »Verdrängung und Aufarbeitung der NS-Herrschaft« überschriebenen Einleitungsaufsatz zeichnet Perels detailreich nach, was in der Erzählung von der erfolgreichen Bewältigung der NS-Vergangenheit rasch aus dem Blick gerät: die nachhaltige und mit hohem juristischen und verwaltungsorganisatorischem Aufwand betriebene Integration von Akteuren des NS-Regimes in die Funktionselite aller gesellschaftlichen Sphären der Bundesrepublik. Sodann wendet er sich den Prozessen gegen Akteure der Massenmorde und Kriegsverbrechen in der Sowjetunion zu. Auf der einen Seite würdigt Perels das Engagement einzelner Staatsanwaltschaften für deren Zustandekommen ausdrücklich, auf der anderen Seite konstatiert er jedoch eine Unwilligkeit der Gerichte sich in die Lage der Opfer zu versetzen und eine Findigkeit in der Entwicklung juristischer Strategien zur Entlastung der Täter und ihrer Helfer. Dieses Faktum erscheint in einem umso grelleren Lichte, da Perels zuvor betont, mit welcher juristischen Sorgfalt und dem Ziel der Reetablierung rechtsstaatlicher Normen sich die Amerikaner zu Zeiten ihrer besatzungsrechtlichen Entscheidungshoheit um die Verfolgung von NS-Verbrechen bemühten. Dies steht im Kontrast zu den von hochrangigen NS-Funktionsträgern ins Werk gesetzten Amnestie-Kampagnen für Kriegsverbrecher, die ihren Niederschlag in der Amnestie-Gesetzgebung des Jahres 1954 und vieler nachfolgender parlamentarischer Kontroversen. Der juristische Zugriff des Autors auf diesen Komplex ist präzise und auch für den juristischen Laien eingängig lesbar. Doch die mentale Atmosphäre, in welcher sich die Integration der Täter und die Erinnerungsverweigerung der Mitläufer vollzieht, bleibt bei Perels merkwürdig unscharf. War die Erinnerungsabwehr doch die Voraussetzung für die Integration der Täter.

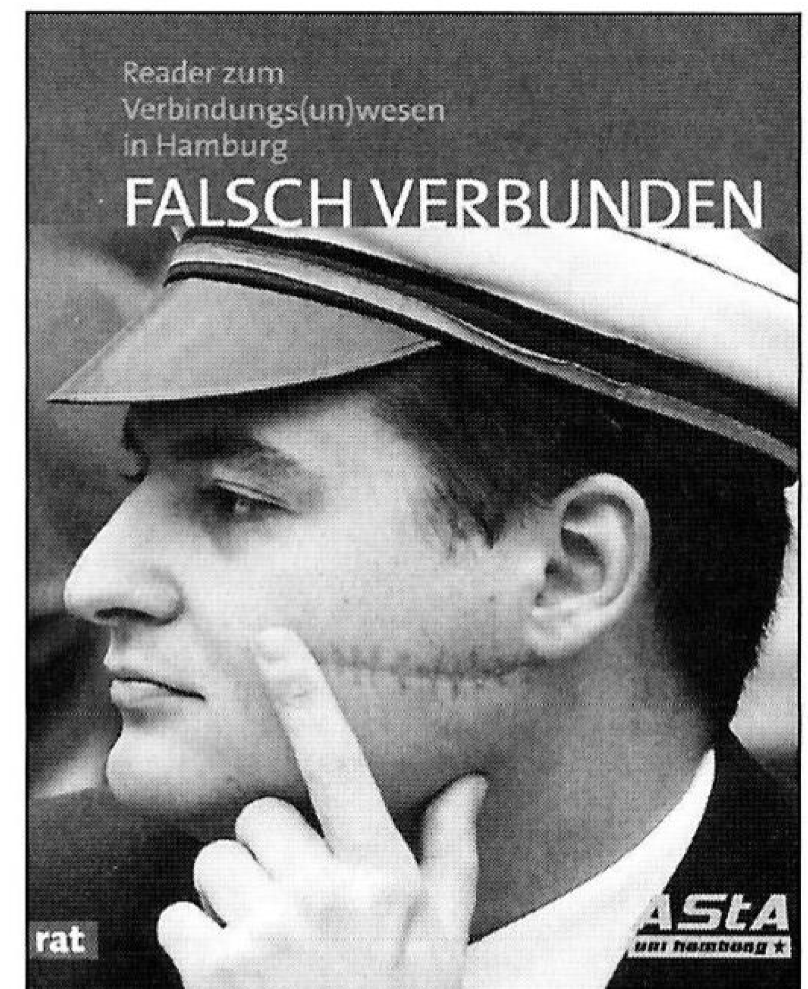
Dieser Eindruck relativiert die Lektüre des ebenfalls im Band enthaltenen Aufsatzes zur Auseinandersetzung der evangelisch-lutherischen niedersächsischen Landeskirche mit ihrer Rolle in der NS-Zeit. Hier geht Perels ausführlich auf die Wirkungsweise einer autoritären und antisemitischen religiösen Sozialisation von Akteuren ein.

Furchtbare Juristen

Im folgenden Kapitel steht die Praxis der systematischen Außerkraftsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien durch den NS im Mittelpunkt. Entgegen des Mythos von der Wehrlosigkeit der Justiz gegenüber der Entkernung des Rechtsstaates durch die NS-Herrschaft, betont Perels die ideologisch und organisationssoziologisch bedingte Bereitschaft einer Mehrheit im Justizapparat, sich den NS-Rechtsnormen in teilweise vorauseilendem Gehorsam anzupassen. Er bezieht sich in seiner Analyse auf die klassischen Arbeiten von Franz Neumann und Ernst Fraenkel zur Funktionsweise des NS-Staates, die er zurecht als Voraussetzungen für einen kritischen Rechtsstaatsbegriff nennt. Einen ganzen Abschnitt des Bandes widmet Perels dann dem Denken so unterschiedlicher Gegner des NS-Regimes wie dem evangelischen Theologen H. J. Iwand oder dem marxistischen Politologen Wolfgang Abendroth. Die Symphatie des Autors für seine intellektuellen Weggefährten ist dem Text anzumerken und motiviert zur erneuten Lektüre ihrer Schriften.

Der Band sollte als Einführung in den Themenkomplex der juristischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Kontext der bundesrepublikanischen Geschichte und als Plädoyer für eine radikaldemokratische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gelesen werden. Christian Grünert

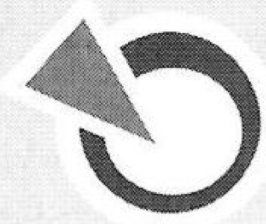
Burschenschaften und Studentenverbindungen in der Hansestadt erschien. Am Anfang des Machwerkes steht ein allgemeiner Teil, der sich ausführlich mit dem Innenleben sowie dem Welt- und Menschenbild solcher Studentenzusammenschlüsse auseinandersetzt. Im Folgenden werden sodann der Leserschaft die



unterschiedlichen Verbindungen Hamburgs vorgestellt. Als Abschluss der reich bebilderten Broschüre beziehen die Herausgeber schließlich Position gegen die rechten Zusammenschlüssen von Studenten an den Hochschulen Hamburgs. Bestellt werden kann das Werk bei: *rat – reihe antifaschistischer Texte*, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. ◂

ReferentInnen-Katalog neu erschienen

Berlin • Im Juni ist die siebte aktualisierte Auflage des *ReferentInnen-Katalogs* des *apabiz* erschienen. Der Katalog umfasst nunmehr 50 Vorträge, Seminare und Workshops zu verschiedenen Aspekten aus den Bereichen Rechtsextremismus, Jugendkulturen und Antisemitismus; von allgemein gehaltenen Überblicken bis zu Rand- und Detailthemen aus der extremen Rechten ist alles dabei. Noch stärker als bisher weisen wir in dem Katalog auf weiterführende Angebote unserer Kooperationspartner hin. So findet ihr erstmals bei uns das komplette Angebot des *Antirassistischen Bildungsforums Rheinland*, das detailliert über die Situation in Nordrhein-Westfalen aufklären kann. Andere Mitglieder aus dem Bildungs-Netzwerk *Argumente e.V.* vermitteln solche Angebote ebenfalls für ihre Regionen. Das aktualisierte Angebot gibt es auch im Web unter http://www.apabiz.de. ◂



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

▸ Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

▸ Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

✂ -

▸ Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich ________Euro (mind. 5 Euro).

▸ Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

○ einen Dauerauftrag eingerichtet.

○ einmalig ______Euro überwiesen.

Kontonummer: ____________________

Bank und BLZ: ____________________

____

Name/Organisation: ____________________

____

Adresse: ____________________

____

e-mail: ____________________

Unterschrift: ____________________

○ Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspender erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

- *Scheer, Regina: »Im Schatten der Sterne. Eine jüdische Widerstandsgruppe«. Aufbau, Berlin 2004.*

Im Mittelpunkt des Buch steht die sogenannte Herbert-Baum-Gruppe und die mit ihr eng verbundenen Freundeskreise. Die Autorin schildert eindrucksvoll auch ihre Begegnungen mit den wenigen Überlebenden sowie ihre eigene persönliche Annäherung an das Thema.

- *Brumlik, Micha: »Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen«. Aufbau, Berlin 2005.*

In der »Streitschrift für eine verantwortungsvolle Erinnerungskultur« stellt Micha Brumlik die Vertreibung der Deutschen nach Kriegsende als historisches Ereignis dar und zeichnet den Weg bis zum »Zentrum gegen Vertreibungen« nach. Die Betrachtung führt ihn zur Forderung nach einer Gedenkkultur frei von revisionistischer Geschichtspolitik und gegen eine Fokussierung auf die Vertreibung der Deutschen.

- *Rensmann, Lars: »Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland«. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005.*

Der Autor legt eine Untersuchung vor, die auf fünf seit 1989 durchgeführten Studien über den modernen Antisemitismus basiert, der in allen politischen Lagern existiert und sich vor allem aus dem Wunsch nach Schuldabwehr entwickelt.

- *Brück, Brigitte: »Frauen und Rechtsradikalismus in Europa – Eine Studie zu Frauen in Führungspositionen rechtsradikaler Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien«. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005.*

Brigitte Brück analysiert das Geschlechterverhältnis und das Frauenbild rechter Parteien anhand des geschlechterspezifischen Wahlverhaltens. Im empirischen Teil werden führende Vertreterinnen der beschriebenen Parteien interviewt.

- *Jahnel, Stefan: »Mythos Neonazi. Abrechnung eines Aussteigers«. Pro Literatur, Mammendorf 2004.*

Ein weiteres Buch aus der Reihe »Aussteiger schreiben über ihre Geschichte«. Jahnel war zehn Jahre in verschiedenen mittlerweile verbotenen Neonazi-Organisationen führend tätig.

- *Speit, Andreas: »Wir erobern die Städte vom Land aus!« (DVD) und »Mythos Kameradschaft. Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum« (Broschüre). Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen Ost und Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt, Braunschweig 2005.*

Die DVD zeigt das Portrait einer neonazistischen Keimzelle in Niedersachsen anhand von authentischen Videoaufnahmen. Dabei bilden der Aktionismus und die Versuche, sich im ländlichen Raum zu etablieren, den Hintergrund. Die Broschüre befasst sich mit ausgewählten Fällen gruppeninterner Gewalt in der rechten Szene.

- *Rheinisches JournalistInnenbüro: »‚Unsere Opfer zählen nicht'. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«. Assoziation A, Berlin 2005.*

Auf der Grundlage von langjährigen Recherchen und Interviews mit Veteranen, Zeitzeugen und Historikern in 30 Ländern wird ein Überblick über die Folgen des Zweiten Weltkriegs in der »Dritten Welt« gegeben. Dabei kommen nicht nur Opfer des Kolonialismus zu Wort, sondern auch das Verhalten von Kollaborateuren wird untersucht.

- *Bischoff, Joachim; Dörre, Klaus; Gauthier, Elisabeth: »Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien«. VSA, Hamburg 2004.*

Das Werk thematisiert Programme und Strategien europäischer rechtspopulistischer Parteien. Dabei wird auf Gemeinsamkeiten und Unterschieden eingegangen, um daraus Möglichkeiten einer Gegenstrategie zu entwickeln.

Wieder gelesen

An dieser Stelle besprechen wir Werke, die bereits länger auf dem Markt sind und aufgrund ihrer Qualität als »Klassiker« gelten.

- *Brüdigam, Heinz: »Der Schoß ist fruchtbar noch«. Röderberg, Frankfurt a. M. 1964.*

In der Literatur und Publizistik der frühen Bundesrepublik waren sie fast überall präsent: Die »zum Faschismus tendierenden« alten Autoren und Redenschreiber, die während des NS die Propagandamaschine bedient hatten. Grund genug für den Journalisten und Antifaschisten Brüdigam, 1964 ein Buch über »neonazistische, militaristische, nationalistische Literatur und Publizistik« zu veröffentlichen. Er beschreibt das Geflecht der Publizisten, die nach 1945 daran gingen, Literatur im Geiste der Zeit vor 1945 zu produzieren. Dabei stellt Brüdigam nicht – wie es andere Veröffentlichungen taten – die Kontinuität der (Täter-)Biografien in den Mittelpunkt seiner Untersuchung. Den überwiegenden Teil des Buches nehmen Profile von Zeitschriften und Verlagen ein. Es finden sich »alte Bekannte« wie die NATIONAL-ZEITUNG oder DER FREIWILLIGE, aber auch Überraschungen wie die Verlage MITTLER, KOEHLER oder J.F. LEHMANNS. Ein unverzichtbares Nachschlagewerk. Heinz Brüdigam, der langjährige Lektor beim Röderberg-Verlag, verstarb am 24. April 2003 im Alter von 73 Jahren. ◂

„Ich war Hitler-Junge": Als Reaktion auf den HJ-Vorwurf britischer Medien gegenüber dem Papst titelte die BILD am 22. April: „Ich war Hitler-Junge; Ich muss mich doch nicht schämen!" Dabei werden die Aussagen ehemaliger Mitglieder der HJ ins Felde geführt: „Die Hitler-Jugend hat mich sportlich weitergebracht und gefördert. Heute geht doch auch jeder in Vereine." Ein 78-jähriger aus Frankfurt darf auf der Titelseite feststellen: „Die Hitler-Jugend war eine schöne Zeit."

Ein deutscher Papst

Die extreme Rechte jubiliert

Nazi-Hetze gegen unseren Papst

Ich war Hitler-Junge

Ich muß mich doch nicht schämen!

Wilhelm Claussen (78) aus Bremen: „Damals war keine Zeit darüber nachzudenken, das haben alle gemacht. Und dazu stehe ich auch heute noch"

Karl-August Scholtz (84) aus Hamburg: „Ich hatte keine Wahl. Ich habe nie etwas Böses getan, nie etwas Böses befürwortet. Ich schäme mich nicht!"

Helmut Denker (74) aus Hannover: „An die Ideale, die uns vorgegaukelt ...

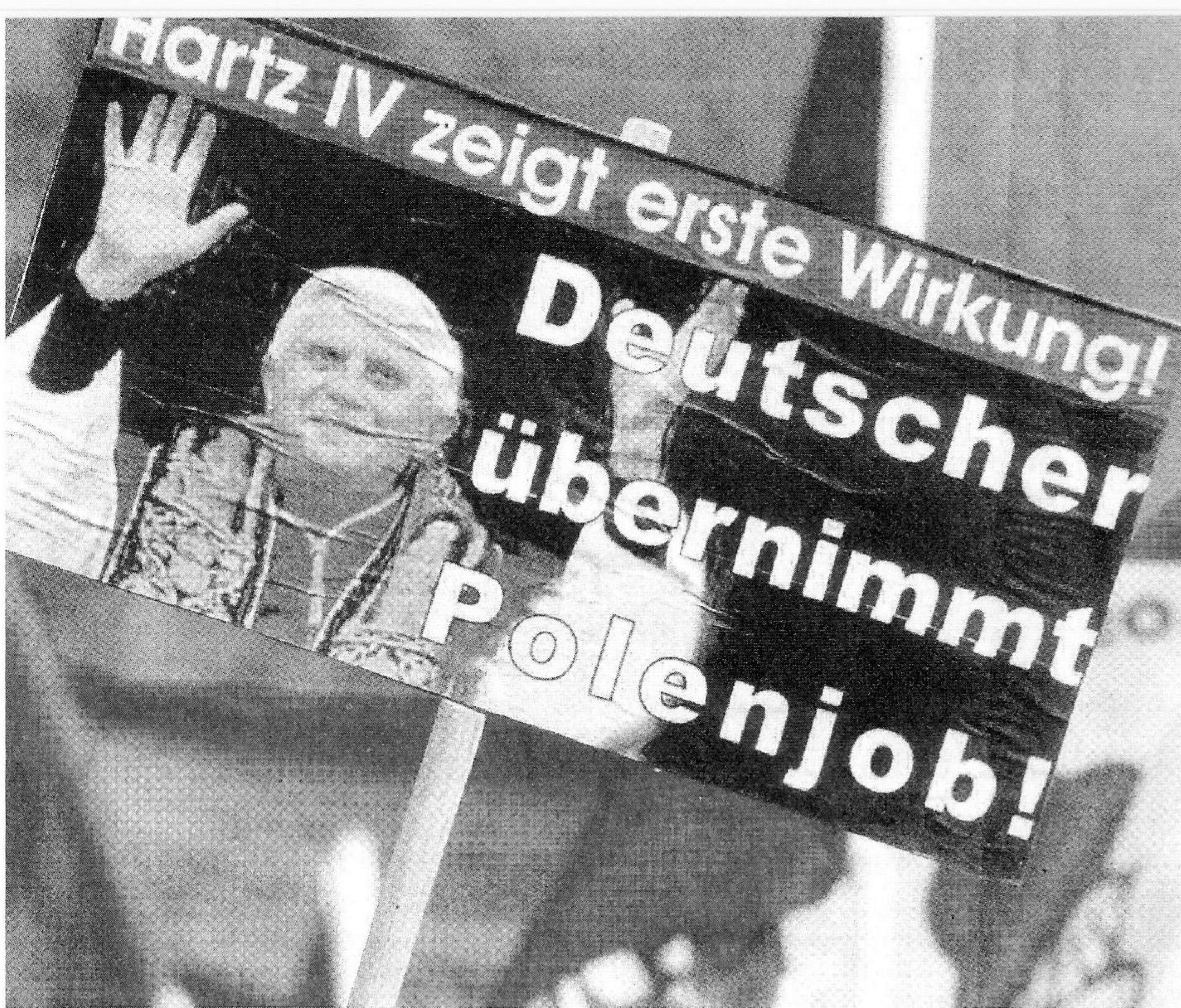
GANZ DEUTSCHLAND IST EMPÖRT über die unverschämten Attacken der ... neuen Papst Benedikt XVI. und seine angebliche Vergangenheit als Hitler-Jun... zeugen: „Wir waren Hitler-Jungen. Aber wir müssen ...

Kaum eine Buchhandlung, die sie nicht an prominenter Stelle zum Verkauf bereit hält, die Bücher von Kardinal Ratzinger, jüngst in Rom zum Papst gewählt und nun als Benedikt XVI. höchste katholische Kirchenautorität. Einige seiner insgesamt etwa hundertdreißig theologischen Werke haben es in den letzten Wochen in die Bestsellerlisten gebracht.

Seine Wahl wurde von der *BILD*-Zeitung zugleich nationalistisch mit der zentimeterdicken Überschrift „Wir sind Papst" verkündet. Was zunächst nur eine der üblichen *BILD*-Übertreibungen zu sein schien, erwies sich bald als Ausdruck der Stimmungslage in Kreisen, die sich selbst für Eliten in diesem Lande halten. Ob Präsident, Kanzler oder Oppositionsführung – alle wollten sie ein bisschen oder sehr „stolz" sein auf unser durch und mit Benedikt gesegnetes deutsches Vaterland. Dass englische Boulevardblätter an Ratzingers Mitgliedschaft in der Hitler-Jugend (HJ) erinnerten, ließ die *BILD*-Zeitungsredakteure nicht ruhen; nur einen Tag darauf verkündete der Bild-Aufmacher: „‚Hitler-Junge' – Engländer beleidigen deutschen Papst!". Und das Blatt bemühte sich um Richtigstellung, indem auf der Titelseite ein gutes Dutzend alte Männer, allesamt früher in der HJ, mitteilen konnten, dass das Mittun in dem Verband immer viel Spaß gemacht habe. Von einer kritischen Kommentierung dieser NS-Organisation, in der Jugendliche auf den Faschismus eingeschworen wurden, kein Wort. Stattdessen die lapidare Botschaft, dass die HJ nur von Hitler im Krieg missbraucht worden sei.

Auf Seiten der extremen Rechten findet sich weitgehende Freude über die Wahl Ratzingers. Die *National-Zeitung* (NZ) vermerkt zwar kritisch über das im Herder-Verlag erschienene Buch Ratzingers, dass dieser den Zweiten Weltkrieg aus alliierter Sicht als gerechten Krieg ansieht, hebt aber zugleich hervor, dass „Benedikt XVI., wenn er auf das NS-Regime zu sprechen kommt, seinen Bannstrahl ausschließlich auf die damalige Führung, nie auf ‚die Deutschen' richtet (...) Und bei seiner zeitgeschichtlichen Ursachenforschung, wie es denn überhaupt zu Hitler habe kommen können, betont der neue Papst den Zusammenhang mit der niederschmetternden Behandlung der Deutschen durch die Sieger des Ersten Weltkrieges". Dass nicht der Versailles Vertrag, sondern die Großmachtpläne des deutschen Bürgertums, der Großagrarier und Konzerne die Faschisten zur Macht brachten, wird einmal mehr verschwiegen.

Besonders erfreut zeigen sich die *NZ*-Faschisten, dass der Papst sich „fern jeder Verdammung (...) auch über das



Wehrmachtsoldatentum" äußere, nämlich anlässlich seiner Rede auf dem deutschen Soldatenfriedhof im nordfranzösischen La Cambe bei Caen. Dort hatte Ratzinger behauptet, „Idealismus und Gehorsam dem Staat gegenüber" seien auch bei den Wehrmachtsoldaten „missbraucht worden" (NZ 20/05, S. 11). An anderer Stelle bemüht sich Gerhard Frey jr., Sohn des DVU-Chefs, empört darum, die von der *BILD*-Zeitung verbreitete Behauptung, Ratzinger habe zunächst in einer Flak-Einheit gedient, sei dann aber kurz vor Kriegsende desertiert, zu widerlegen. Das wollte die *National-Zeitung* nicht stehen lassen und ließ sich vom Bruder Ratzingers entsprechend bestätigen, dass der heutige Papst kein Deserteur gewesen sei.

Zu den Pluspunkten Ratzingers zählt bei der extremen Rechten des weiteren, dass er gegen die Aufnahme der Türkei in die EU sei, weil diese nicht christlich geprägt ist, und dass für den ehemaligen Kardinal „auch ethnisch Europa auf dem Weg der Verabschiedung begriffen erscheint". Damit bewegt er sich nach Ansicht der *NZ* ganz in der Tradition des letzten deutschen Papstes. Dieser, Hadrian VI., sei von „brillianter Gelehrsamkeit" und ein „sittenstrenger Asket" gewesen, habe in Rom mit „Vetternwirtschaft und Korruption" aufgeräumt und habe sich bemüht, „eine abendländische Abwehrfront gegen die vorwärtsstürmenden Türken zu schmieden". Dass für Ratzinger die Ehe zwischen Homosexuellen dem „Austritt aus der gesamten moralischen Geschichte der Menschheit" gleichkommt, findet in der *NZ* ebenfalls Beifall. Das Wochenblatt *Junge Freiheit* erwartet vom neuen Papst eine streng konservative Auslegung, u.a. in der „Abwehr des Kryptokommunismus in Gestalt der Befreiungstheologie" in Lateinamerika.

Auch der Herausgeber der faschistischen Zeitschrift *Deutsche Geschichte*, Gert Sudholt, widmete der Papst-Wahl das Vorwort und verglich diese mit dem Sieg der deutschen Fußballmannschaft in Bern im Jahr 1954, durch den „die geschlagene Nation wieder freudig durchatmen und ein wenig stolz" habe sein können. In klassisch antisemitischer Manier sah Sudholt die Verantwortlichen für die papstkritischen Kommentare einiger englischer Boulevardblätter „in den Redaktionsstuben der *Jerusalem Post*" sitzen. Entsprechend der Wertung Sudholts, dass u.a. Ratzingers Aussagen gegen Schwangerschaftsabbrüche eine Wertediskussion anstoßen könnten, die auch viele Nichtkatholiken „hoffnungsvoll in die Zukunft blicken" lasse, konnte im selben Heft auch Professor Alfred Läpple, vorgestellt als einstiger „Lehrer von Josef Ratzinger und mit ihm seit über fünf Jahrzehnten freundschaftlich verbunden", ein Loblied auf den neuen Papst singen. Läpple selbst hatte erst kürzlich der faschistischen *National-Zeitung* des Münchner Verlegers und DVU-Bundesvorsitzenden Frey ein Interview gegeben.

In der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme*, die um die tiefe Spaltung der extremen Rechten an der Haltung zum Christentum weiß, erhielt Ernst Moritz die Gelegenheit, in einem Diskussionsbeitrag zu beklagen, dass „aus nationaler Sicht" heute nicht die Machtstellung der Kirche ein Problem sei, sondern deren „innere Schwäche". Orientierung bietet für Moritz da ein 1952 erschienenes Lexikon des katholischen Lebens, aus dem er zahlreiche reaktionäre, völkisch-nationalistische und elitäre Passagen auflistet. Auch das Monatsblatt *Nation & Europa* verkündete in seiner Mai-Ausgabe, dass „man kein Katholik oder überhaupt nur Christ sein" müsse, um „an Benedikt XVI. geistige und moralische Zukunftshoffnungen festzumachen".

Ganz unbekannt sind die Schriften und Positionen Ratzingers im extrem rechten Milieu ohnehin nicht gewesen; schließlich hatte er 1998 einen Aufsatz zu einem Buch beigesteuert, das mit Otto Scrinzi (langjähriger Autor in der NZ) und Jürgen Schwab (NPD-Theoretiker) von zwei ausgewiesenen Faschisten herausgegeben wird. Da die katholische Kirche nicht nur wegen ihres reaktionären Glaubenssystems, sondern auch wegen ihrer strengen Organisationshierarchie bereits früher für die extreme Rechte als Bezugspunkt attraktiv war, so etwa für den ‚Kronjuristen des Dritten Reiches' Carl Schmitt, ist hier antifaschistische Aufmerksamkeit geboten.<<

Regional-Währung »KannWas« mit rechtem Backround?

Anfang 2003 schuf der Bad Oldesloer Unternehmer Dr. Frank Schepke den KannWas, eine Regionalwährung nach dem Modell des Sozialdarwinisten, Antisemiten und Sexisten Silvio Gesell. Die Regionalwährung, die inzwischen in ganz Schleswig-Holstein im Umlauf ist, wird derzeit von rund 125 regionalen Betrieben als Zahlungsmittel akzeptiert. Im Folgenden werden die sozialdarwinistischen, strukturell antisemitischen und frauenfeindlichen Elemente der Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells dargelegt.

Frank Schepke & die extreme Rechte

Dass sich ausgerechnet Schepke als Vater einer auf der rechten Ideologie Gesells basierenden Währung präsentiert ist kein Zufall, so kandidierte Dr. Schepke Ende der Sechziger für die rechtsextreme NPD, wie deren Internetpräsenz zu entnehmen ist.

In neuerer Zeit ist Schepke insbesondere durch seine Verbindung zum Arbeitskreis für deutsche Politik (AfdP) auffällig geworden. Wie der Einladung zur AfdP Wochenendtagung vom 7./8. April 2001 zu entnehmen ist, hat Frank Schepke keine Berührungsängste mit Rechtsextremisten. So ist Schepke einer der Redner, die sonst ausnahmslos eindeutig der extremen Rechten zuzuordnen sind.

Es kann des weiteren keine Rede davon sein, dass Schepke die Idee des Regionalgeldes trotz und unabhängig von der Ideologie Gesells verfolgt. Im Gegenteil kann man von einem regelrechten Personenkult sprechen, so trugen die Scheine des KannWas bis Januar 2005 den Kopf seines Vordenkers und so fordert Schepke auf seiner Webseite zum Wahlboykott auf, bis „alle Parteien [...] an einem allen Menschen dienenden Wirtschaftssystem mit Freigeld und Freiland interessiert sei[e]n".[1]

Kritische Bemerkungen zu den antisemitischen, rassistischen und frauenfeindlichen Hintergründen der Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells sucht man bei Schepke allerdings vergebens.

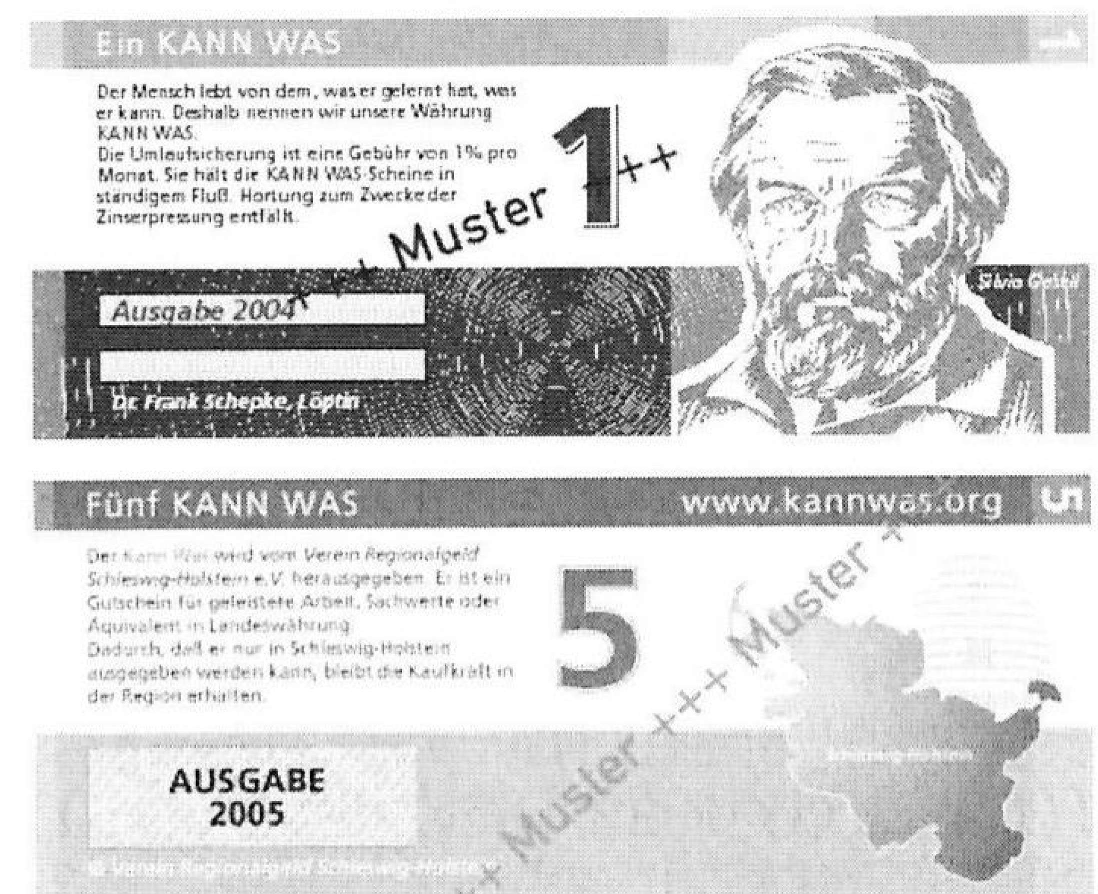
Zum AfdP

Der 1991 vom ehemaligen Vorsitzenden der Republikaner (Reps) Thomas Schröder gegründete Arbeitskreis für deutsche Politik taucht 1995 erstmals im Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein auf. Dem ehemaligen VS-Mitarbeiter Jean-Pierre Hintze zufolge seien die Aktivitäten des AfdP dem Verfassungsschutz allerdings schon mindestens seit 1992 bekannt. Hintze formuliert die Absichten des AfdP folgendermaßen:

„Schröder verließ mittlerweile die Rep's und gründete (u.a. mit Dr. Axel Neu, Institut für Weltwirtschaft, Kiel) den 'Arbeitskreis für deutsche Politik (AfdP)'. Der AfdP sah sich als 'Bindemittel' der rechten Szene und sorgte u.a. für Treffen zwischen DLVH (Deutsche Liga für Volk und Heimat), NPD, DVU und sogar Aktivisten der 'Front National' (Frankreich) und des 'Vlaams Blook' (Belgien)".[2]

Das letzte Mal berichtet das Landesamt für Verfassungsschutz Schleswig-Holstein in seinem Bericht für das Jahr 2001 über den Arbeitskreis. Die Referenten der Wochenendseminare, auf deren Veranstaltung sich die Aktivitäten des AfdP nach wie vor beschränken würden, seien „meist dem gemäßigten rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen".

Anzumerken wäre hier, dass neben „gemäßigt rechtsextremistischen" Rednern und Rednerinnen auch offene Neonazis wie die Vertreterin des Deutschen Rechtsbüros Gisa Pahl sowie Dr. Aziz Alkazaz, ein Propagandist des Baath-Regimes (Irak) am besagten Abend mit Frank Schepke die Rednerbühne besetzen. Alkazaz Präsenz beim AfdP passt in den wieder aktuellen Trend der extremen Rechten, sich mit den „Feinden der USA und Israels" zu



„Hortung zum Zwecke der Zinserpressung entfällt", versprechen jedenfalls die Scheine den Teilnehmern des Währungsmodells. Bis Januar 2005 zierte ein Bild von Silvio Gesell den KannWas-Geldschein.
In der neuesten Generation ist auf den Scheinen jetzt die Landkarte Schleswig-Holsteins abgedruckt. Grund der Umstellung dürfte die leichte Angreifbarkeit des KannWas aufgrund der Person Gesells gewesen sein. Doch mit der bloßen Entfernung des Bildes ist es nicht getan, zu tief ist die Ideologie Gesells in den Plänen von Frank Schepke verwurzelt.

Regionalwährungen

Darunter wird Geld verstanden, dass nur in einer kleinen Region in Umlauf gebracht und zu festgelegten Wechselkursen ausgegeben wird. Die Initiatoren orientieren sich zumeist an der so genannten "Freigeld"-Theorie von Silvio Gesell.
Dieser folgend, wird der Wert der umgetauschten Geldscheine automatisch in regelmäßigen Abständen gesenkt und soll so die Geldinhaber dazu bewegen, das Geld möglichst schnell zu investieren oder für Konsumgüter auszugeben.
Neben einer hohen Frequenz von Ein- und Ausgaben der Geldscheine erhoffen sich Regio-Geld-Initiativen eine verstärkte Nachfrage für lokale Produkte, da mit dieser Währung nur in der Region zumeist bei kleinen Läden oder Selbsterzeugern eingekauft werden kann.
Dabei wird nicht der Kapitalismus im Ganzen als falsch kritisiert, sondern geglaubt, dass mit der Verhinderung, Werte in Geldform "horten" zu können, alles Übel aus der Welt geschaffen ist.
Mittlerweile gibt es Regionalwährungen mit den unterschiedlichsten Namen in fast allen Bundesländern. Zahlreiche Berichte der Medien haben Bekanntheitsgrad sowie die Nachfrage nach den selbstgedruckten Geldscheinen enorm erhöht. Insbesondere Bioläden oder kleine Dienstleistungs- und Handwerksfirmen gehören zu den Betrieben, welche die Alternativ-Währungen annehmen. Dabei betreiben diese meist wenig oder gar keine Auseinandersetzung über die zugrunde liegenden Theorien der Regionalwährungen.

verbrüdern". Das Deutsche
ist eine Rechtshilfeorganis
Neonazis. Die Texte auf de
richten sich u.a. an Teilnel
der Demonstrationen gege
stellung „Verbrechen der V
Unter den „Verhaltensmaß
einer Hausdurchsuchung"
unter Anderem der Hinwe
zelexemplare von Bücherr
Fahnen, Orden oder ander
oder Gegenständen die vi
einen volksverhetzenden (
jugendgefährdenden Inha
zu haben.

Auch äußerst prominente
wie der Antisemit und An
Horst Mahler, der sich ge
Volksverhetzung vor Geri
worten musste und Reinl
cher, der mit Mahler schc
Reich" auf dem Papier en
betätigten sich des öftere
bei Wochenendseminarei
kreises.[3]

Gesells verkürzte Kritik

Gesell, der sich selbst al
muskritiker bezeichnet, :
Auseinandersetzung mit
Sachverhalten, wie Gese
rie notwendig eine sein
ziert das Wesen des Kap
die Anhäufung von Geld
Individuen, die ihren Vo
würden um dem Rest de
also „jeden, der vom Ert
Arbeit lebt"[4] durch die E
Zinsen Geld abzuknöpfe

Die „Erpressung" von Zi
GesellianerInnen für die
che von Arbeitslosigkeit
Krieg halten.[5] Gesells Fr
lehre will diesen so gen
talismus" durch eine sic
wertende Währung (Fre
Bodenreform (Freiland)
bung der Zölle (Freihan
wissen. Einher geht ein
kürzte Theorie selbstve
der Verherrlichung eine

antifaschistische Kritik in Schutz und bezeichnete Kaliningrad als „traditionsreiche deutsche Stadt". Drastischer war im Programmheft über die russische Stadt zu lesen, sie sei „nicht mehr Stadt unseres Glaubens, unseres Geistes und der abendländischen Freiheit", sie sei vielmehr eine Stadt der „Unfreiheit und der Fremdbestimmung". Mit diesen Positionen negierten die Veranstalter inklusive Schönbohm mal eben das Potsdamer Abkommen von 1945, die 2-plus-vier-Verträge und geltendes Völkerrecht, welche allesamt Konsequenz des mörderischen Vernichtungskrieges des Deutschen Reiches gegen Osteuropa sind.

Trotz des massiven Polizeiaufgebotes und der eher verhaltenen Resonanz in den Hamburger Medien haben eine Gegenkundgebung und Information über den HWR einiges bewirkt. In den brandenburgischen Medien und vom dortigen DGB wurde die Teilnahme des brandenburgischen Innenministers an der Veranstaltung kritisiert, die Grünen aus Hamburg-Nord forderten eine Distanzierung seitens der CDU von dem Auftritt Schönbohms und die SPD stellte gleich mehrere Anfragen in der Hamburger Bürgerschaft, welche vom VS jedoch erwartungsgemäß inhaltsleer beantwortet wurden. Kein Wunder, denn der Einfluss der Alten Herren auf die Hamburger Politik dürfte in den letzten Jahren eher zugenommen haben. Wer da in den Räumen des Logenhauses eine revanchistische und geschichtsrevisionistische Großveranstaltung feierte und welche Verbindungen im doppelten Sinne in Hamburgs Grauzone zwischen Nationalkonservatismus und extremer Rechter bestehen, soll der folgende Abriss verdeutlichen.

Der Hamburger Waffenring (HWR)

Der HWR wurde 1951 als Zusammenschluss der schlagenden Hamburger Verbindungen aus der Deutschen Burschenschaft (DB), dem Coburger Convent der Landsmannschaften und Turnerschaften (CC) und dem Corps Irminsul aus dem Weinheimer Senioren-Convent (WSC) gegründet. Diese Treffen sich regelmäßig wechselnd auf ihren Häusern, schlagen Pro-Patria-Mensuren, und veranstalten auch größere Zusammenkünfte, wie z.b. den Interkoporations-Workshop zur Elitebildung und Nachwuchsrekrutierung unter dem Motto „Können ist gut – Kennen ist besser". Gemeinsam ist den Waffenstudenten eine patriarchalische, männerbündische Ideologie, die Frauen in den eigenen Reihen, sowie eine emanzipatorische Politik ablehnt; ein Hang zur Exklusivität, gepaart mit Elitedünkel und Protektionismus der eigenen Klientel; und sehr häufig ein völkisches Nationenverständnis mit großdeutschen Ansprüchen und der Ablehnung von Nichtdeutschen bis hin zum Rassismus – die Grenzen zur extremen Rechten sind bei einigen von ihnen fließend:

Burschenschaft Germania Hamburg (DB)

Die Germanen haben eine lange neofaschistische Tradition und vertreten selbst in ihrem bundesweiten Dachverband eine rechts-außen Position. Schon 1958 musste sich ein Mitglied dieser Burschenschaft für eine nationalistisch-großdeutsche und geschichtsrevisionistische Rede vor dem Syndikus der Universität verantworten. 1961 gründete die Germania zusammen mit anderen Burschenschaften das innerverbandliche Rechts-Kartell Burschenschaftliche Gemeinschaft. Die Wiederbelebung der völkischen Ideologie wird in offen NS-apologetischer Weise von der Germania gerechtfertigt. Sie sei nötig, da „die totale Niederlage Deutschlands im Jahre 1945 (...) auch die weltanschaulichen und politischen Ziel- und Wert-

vorstellungen,
ständlich ware

Vor diesem ide
orientierte sich
der 70er Jahre
personelle Übe
damaligen Hof
men Rechten. N
NPD auf Bunde
der Ende der 8
blikanern eine
Verbindungsst
Jahren wandte
ker der sog. Ne
Hamburger Les
Freiheit (JF), de
(HK) traf sich r
nenhaus und lu
der extremen R
ein. Insbesonde
wicklung des H
und seine Beob
Hamburger Ver
führte dazu, da
braunen Subku
Neben der nich
Ideologiebildur
Kreise in Hamb
Germania in de
einen militant-

Anfang der 90e
Goertz, Landes
schen verboten
Kameraden" zu
nenhaus ein. Üb
Freiwillige Res
(KON) nahmen
aus der Germar
gen teil. Ebenfa
Rolf Leppert Bu
23 und zeitgleic
berüchtigten Na
ger. Heute lenkt
Herr die Vereins
schenschaft.

Inzwischen gibt
dass sich die Ge
NPD zuwendet.
die NDP „nation

tion identifizieren, sondern eine angebliche Rückkehr zu einer als „natürlich" postulierten Ordnung fordern, die den/die Einzelne/n nur als „Auslesematerial" einer „Hochzucht" wahrnimmt, die nach seinen Reformen „natürlich" vonstatten gehen soll. Damit ist auch er einer der Stichwortgeber, der im Nationalsozialismus praktizierten „Rassenhygiene", die in der Vernichtung der als „minderwertig" stigmatisierten Menschen gipfelte.

Auch in Bezug auf die Frauen bewegte sich Gesell ganz klar in der Vorstellungswelt der extremen Rechten. Anstatt ihre vollständige Selbstbestimmung anzuerkennen, soll sie sich in eine angeblich natürliche Ordnung fügen und wird auf ihre Rolle als Mutter festgelegt.

Auch wenn in philosemitischen Phrasen verkleidet, ist seine Kritik am Kapitalismus doch klar antisemitisch. Sie folgt der selben Logik, nach der die Nazis später die Welt in der Formel des „schaffenden" und des „raffenden" Kapitals erklärten. Insofern ist es auch kein Wunder, dass seine Ideen ihren Eingang in das Parteiprogramm der NSDAP fanden: „Abschaffung des Arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft."[11]

Regionalismus vs. Globalisierung

Das in der Öffentlichkeit in Bezug auf den KannWas am meisten vorgetragene Argument betrifft die angebliche Stärkung des regionalen Marktes. AnhängerInnen des KannWas sprechen davon, den „internationalen Märkten" das Geld entziehen zu wollen. Dieser abstrakte, irgendwie als fremd wahrgenommene Weltmarkt würde an den Bedürfnissen der Menschen vorbeiproduzieren.

Die Schleswig-HolsteinerInnen würden nun aber nicht, wie es bei einem solchen Sachverhalt zu erwarten wäre, einfach die besseren regionalen Angebote wahrnehmen, sondern müssten erst durch den KannWas auf diese quasi umprogrammiert werden.

Das Konzept des KannWas ist also eine Entmündigung der VerbraucherInnen und eine Bindung der Menschen an eine regionale Wirtschaft, völlig unabhängig von Qualität und Preis. Diese Vorgehensweise hebt jedoch den Kapitalismus nicht auf.

Das Wesen des Kapitalismus besteht in der modernen Produktionsweise und dem dieser zugrundeliegenden Wert-Arbeit-Verhältnis. Es wird also versucht, statt die dem Kapitalismus zugrundeliegenden Verhältnisse zu überwinden, der Globalisierung durch die Schaffung von sich nach Außen abgrenzenden Nischenmärkten entgegenzuwirken.

Der Rassismus und der Nationalismus, in der Moderne als Definitionen der von Rasse oder Nation abhängigen „Gemeinschaften" erfolgreich, haben genau wie der Antisemitismus, in dem sich die „ehrlich arbeitende Volksgemeinschaft" gegen die „raffenden Juden" verteidigt, nicht nur zu Ausgrenzung, sondern auch zu Verfolgung und Massenvernichtung geführt.

Der Verweis auf Heimatstadt oder Heimatland ist nicht notwendig für ein gesellschaftliches Miteinander, im Gegenteil: der positive Bezug auf jede Art von Zwangskollektiv ist zwangsläufig reaktionär und steht einer freien Gesellschaft entgegen.

Was nun tun?

Eine bessere Gesellschaft lässt sich nicht durch eine neue Währung schaffen. Der Kapitalismus muss als Ganzes kategorisch kritisiert und abgeschafft werden. Das muss die Aufdeckung sexistischer, rassistischer und antisemitischer Strukturen und das offensive Vorgehen dagegen notwendig mit einschließen. Der KannWas und die antisemitische und sozialdarwinistische Ideologie, auf der er sich begründet können auf keinen Fall hingenommen werden!

Alex Stark und Toni Kramer

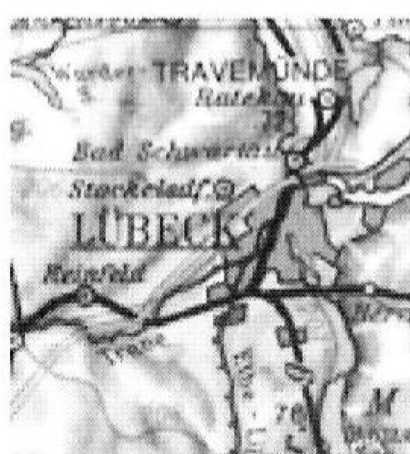
Anmerkungen

1 Internetpräsents Frank Schepke
2 Jean Pierre Hintze – Fakten zur Rufmordkampagne im Namen des Antifaschismus
3 siehe VVN-BDA Rothenburg-Verden www.rothenburg-verden.vvn-bda.de
4 Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung S.10
5 Schepke in der Präambel der KannWas-Initiative
6 Silvio Gesell: Nervus Rerum – Fortsetzung zur Reformation im Münzwesen; Zitiert nach Lexikon Rechtsrextremismus
7 Silvio Gesell: Die Auslese durch die natürliche Wirtschaftsordnung, erschienen in Gesammelte Werke Band 10
8 Silvio Gesell: Die Auslese durch die natürliche Wirtschaftsordnung, erschienen in Gesammelte Werke Band 10
9 Silvio Gesell: Die Auslese durch die natürliche Wirtschaftsordnung, erschienen in Gesammelte Werke Band 10
10 Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung
11 25-Punkteprogramm der NSDAP

Nachrichten aus der Region

Schon gehört





Lübeck

»Nazi-Angriff auf Schwerbehinderten«. Am Sonntagabend, den 29. Mai, wurde gegen 22.30Uhr ein 37-Jähriger Schwerbehinderter in einer Grünanlage im Lübecker Stadtteil Marli von zwei Nazi-Skins überfallen. Das Duo schlug dem wehrlosen Opfer mehrfach auf das rechte Auge und forderte die Herausgabe von Bargeld. Mit der Beute von zwei Euro flüchteten die Nazi-Skins vom Tatort. Das Opfer erlitt durch die Schläge Gesichtsprellungen. Eine anschließende Fahndung nach den Tätern blieb erfolglos.



Bad Segeberg

Ende Mai versuchte eine Gruppe Neonazis die Besucher des »Hotel am Kalkberg« (HAK) in Segeberg zu überfallen. Das HAK ist ein selbstverwaltetes linkes Jugendzentrum, in dem Partys und Konzerte stattfinden. Die Angreifer waren teilweise mit Sturmmasken vermummt und mit Schlagwerkzeugen ausgerüstet. Die anwesenden Gäste flüchteten in das Gebäude, verschlossen dir Tür und alarmierten die Polizei. Dieser gelang es jedoch nicht, die Täter zu ermitteln. Bereits einige Wochen zuvor war ein Jugendlicher vor dem HAK von Skinheads zu Boden gerissen und mit einem Baseballschläger traktiert worden. Ein anderes Mal wurden Autos der Besucher mit Farbeiern beworfen. Seit den Vorfällen sind mit Neonazis besetzte Fahrzeuge zu beobachten, die auffällig langsam am Jugendzentrum vorbeifahren und scheinbar versuchen, dieses auszuspähen.



Neumünster/Bad Segeberg

»NPD-Kreisverband gegründet«. Ende April wurde ein neuer Kreisverband der NPD für den Bereich Segeberg und Neumünster gegründet. Vorsitzender ist Jan Henning. Zum Schatzmeister des Kreisverbandes wurde Wolfgang Schimmel gewählt. Schimmel zog 2003 mit seiner Familie von Bad Oldesloe nach Leezen um. Tätigkeitsschwerpunkt des Kreisverbandes soll zunächst Neumünster sein. Doch eigenen Angaben nach sei auch in Bad Segeberg »für die nationale Opposition ein Potenzial vorhanden, das bisher weitestgehend brachlag und nun konsequent mit politischen Aktionen und regelmäßigen Treffen angesprochen werden soll.«



Niedersachsen/ Heiligenfelde

Am Sonntag, den 5. Juni, fand südlich von Bremen der Landesparteitag der NPD-Niedersachsen statt. Etwa 120 Parteianhänger, Skinheads und rechte Biedermänner trafen sich in dem Festsaal des Dorfes Heiligenfelde. Anwesend waren unter anderem Adolf Dammann (Landesvorstand Niedersachsen), Manfred Börm (Bundesordnerdienst der NPD) sowie Udo Voigt (Bundesvorsitzender NPD), der für einige Stunden angereist war. Der Abend sollte dann »musikalisch« ausklingen: Die NPD hatte den Auftritt der rechten Sängerin Annett und einem Liedermacher angekündigt. Spontan demonstrierten rund 100 Anwohner und Antifaschisten gegen die rechte Hetze der Neonazis. Rund 300 Polizisten schützten die Faschisten und ließen Gegendemonstranten nur vereinzelt direkt an den Parkplatz des Festsaals heran.



Kiel

»Republikaner Axel Neu gestorben«. Im Alter von 62 Jahren verstarb der frühere REP-Funktionär Axel Neu. Er war mehr als drei Jahrzehnte am Kieler Institut für Weltwirtschaft beschäftigt, beteiligte sich in den 1980er Jahren an der Ausarbeitung des REP-Programms und spielte zeitweilig eine wichtige Rolle in deren schleswig-holsteinischen Landesverband. Seit den frühen 1990er Jahren betätigte er sich vor allem im Arbeitskreis für deutsche Politik, der seine Treffen häufig in der Nähe Bremens durchführt, und im Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen.

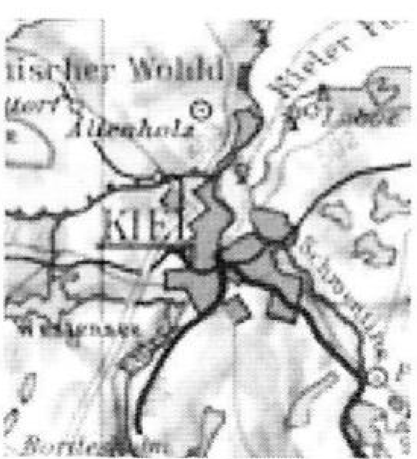


Hamburg/St. Pauli

»Von der Elite für die Elite«. Seit Anfang Mai versucht mal wieder ein Händler sein Glück mit dem Vertrieb rechter Klamottenmarken in der Hansestadt. Der kleine Laden »Elite-Style« in der Talstraße auf St.Pauli hat neben der Neonazi-Trendmarke Thor-Steinar auch einige Textilien anderer Klamottenfirmen wie Pro-Violence und Walhall-Germany aus dem Hooligan- und Neonazi-Milieu im Sortiment.

Der Ladenbesitzer Volker Fuchs lud am 15. Mai dann auch zur offiziellen Eröffnungsparty. Rund 20 Personen, die augenscheinlich der rechten Hooligan- und Bodybuildingszene angehörten, folgten der Einladung.

Außerhalb der sporadischen Öffnungszeiten ist der Laden durch schwere Eisen-Jalousienen gesichert - zu groß scheint die Angst vor Sachbeschädigungen. Andere Thor-Steinar-Läden in Hamburg hatten in letzter Zeit nach Glasbruch ihre Geschäfte aufgegeben müssen.



Kiel

»WAFFEN-SSLER BEDANKEN SICH«. Als Vorsitzender des Kameradschaftsverbandes der Soldaten des 1. Panzerkorps der ehemaligen Waffen-SS e.V. bedankte sich der 83-jährige Claus Cordsen (Kiel) in der *Jungen Freiheit* für deren Aufruf zur finanziellen Unterstützung, um das Denkmal des Verbandes im rheinland-pfälzischen Marienfels wieder herstellen zu können. Im Ort selbst demonstrieren seit einigen Jahren auch Neonazis gegen die Demontage des militaristischen Denkmals.



Hamburg/Eidelstedt

»Neonazis demonstrieren, Anwohner auch!« Dem Daueranmelder Christian Worch zuvor, kamen am 17.6.2005 seine ehemaligen Kameraden um das »Aktionsbüro Norddeutschland«, unter Führung von Tobias Thiessen. Ursprünglich hatte Worch eine Demonstration am 2. Juli in Eidelstedt angemeldet um gegen ein Gründungsmitglied der pädophilen Vereinigung »Krumme 13« zu demonstrieren. Das Thiessen und Co. nun zwei Wochen vor Worch das Thema aufgreifen und Worch die Show stehlen wollen, ist nicht verwunderlich - liegen beide Fraktionen doch schon länger miteinander im Clinch. So beschwert sich Worch auch gleich im Internetforum des »freien Widerstands« und vermutet - vermutlich zu recht - dass diese Aktion reine Profilierungssucht des Aktionsbüros war.

Froh müsste Worch allerdings über die Tatsache sein, dass die AnwohnerInnen nicht nur »Pädophilie als eine abartige Tatsache betrachten, die bekämpft werden muss« (Flugblatt Aktionsbüro) sondern auch die Neonazis selbst. Der Aufmarsch des Aktionsbüros wurde von mehreren hundert AnwohnerInnen und AntifaschistInnen mit Eiern und Wurfgeschossen eingedeckt und massiv gestört. Die Polizei hatte erhebliche Probleme die Gruppen zu trennen. Wenn Worch nun am 2. Juli sein Stück aufführen will, ist ihm zumindest eins sicher: mehr Polizei wird sicherlich vor Ort sein.



Norddeutschland

»SWG gewinnt an Bedeutung«. Anfang Mai führte die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft erneut eine Veranstaltung in den Mozart-Sälen der Provinzialloge in Hamburg durch. Mehr als 300 BesucherInnen lauschten den Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Brigadegeneral a. D. Reinhard Uhle-Wettler, der seit seiner Verabschiedung aus dem aktiven Bundeswehr-Dienst zahlreiche Aktivitäten im extrem rechten Spektrum vorzuweisen hat. Dass es der SWG gelingt, neben ausgewiesenen Vertretern der extremen Rechten auch für Konservative ein wichtiger Bezugspunkt zu sein, verdeutlicht erneut die Rednerliste der genannten Veranstaltung. So sprachen u.a. der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Dr. Klaus W. Wippermann und Professor Ulrich Matthée vom Institut für Politische Wissenschaft der Uni Kiel. Auch der nach einer antisemitischen Rede aus der CDU ausgeschlossene Abgeordnete Martin Hohmann wurde stürmisch gefeiert. Schließlich gehörte auch Günter Zehm, ehemals Philosophieprofessor an der Uni Jena und langjähriger Autor der extrem rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*, zu den Rednern. Deren Autor Jochen Arp, der häufig auch in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (früher: Ostpreußenblatt) politische Entwicklungen in Schleswig-Holstein und Hamburg kommentiert, urteilte, dass die SWG »in Norddeutschland immer mehr zu einem Kristallisationspunkt nationalkonservativer und nationalliberaler Bestrebungen« werde.

Die engen Verbindungen der SWG in bürgerliche Kreise um Wirtschaft, Politik und Militär zeigen sich erneut am Anfang 2005 erschienenen *Deutschland-Journal* der SWG, in dem u.a. Brigadegeneral a.D. Loquai und Generalmajor a.D. Millotat mit Beiträgen vertreten sind. Schließlich hatte die Organisation jüngst einen Hamburger Aufruf lanciert, in dem ein Ende der kritischen Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus gefordert wurde (»die Beendigung der überzogenen und unangemessenen Bußkultur«). Auch solle nicht fortlaufend auf die »angeblich vorhandene Fremdenfeindlichkeit, auf Rassismus und Antisemitismus« hingewiesen werden, da dies der »Vitalität und Kraft der Deutschen« schade, wenn diese »zur Gestaltung der Zukunft« anträten.



Repression gegen AntifaschistInnen nach verpatzter Wahl der NPD in Schleswig-Holstein

Der Feind steht immer noch links ...

Januar 2005: In Schleswig-Holstein droht der Einzug der rechtsextremen NPD in den Kieler Landtag, will man den Berichten und Ausführungen diverser Medien und Politiker von grün bis braun Glauben schenken. Die NPD sei eine Truppe von äußerst brutalen und gewalttätigen Schlägern, gegen die sich dringend zur Wehr gesetzt werden müsse. Der/die gemeine BürgerIn wird ermahnt, sich den Neonazis und ihrem Gedankengut in den Weg zu stellen und voller Tatkraft „diese unsere Demokratie" zu schützen. Wohl denen, die diesen Aufruf, wie immer, ungehört an sich vorüber ziehen ließen?

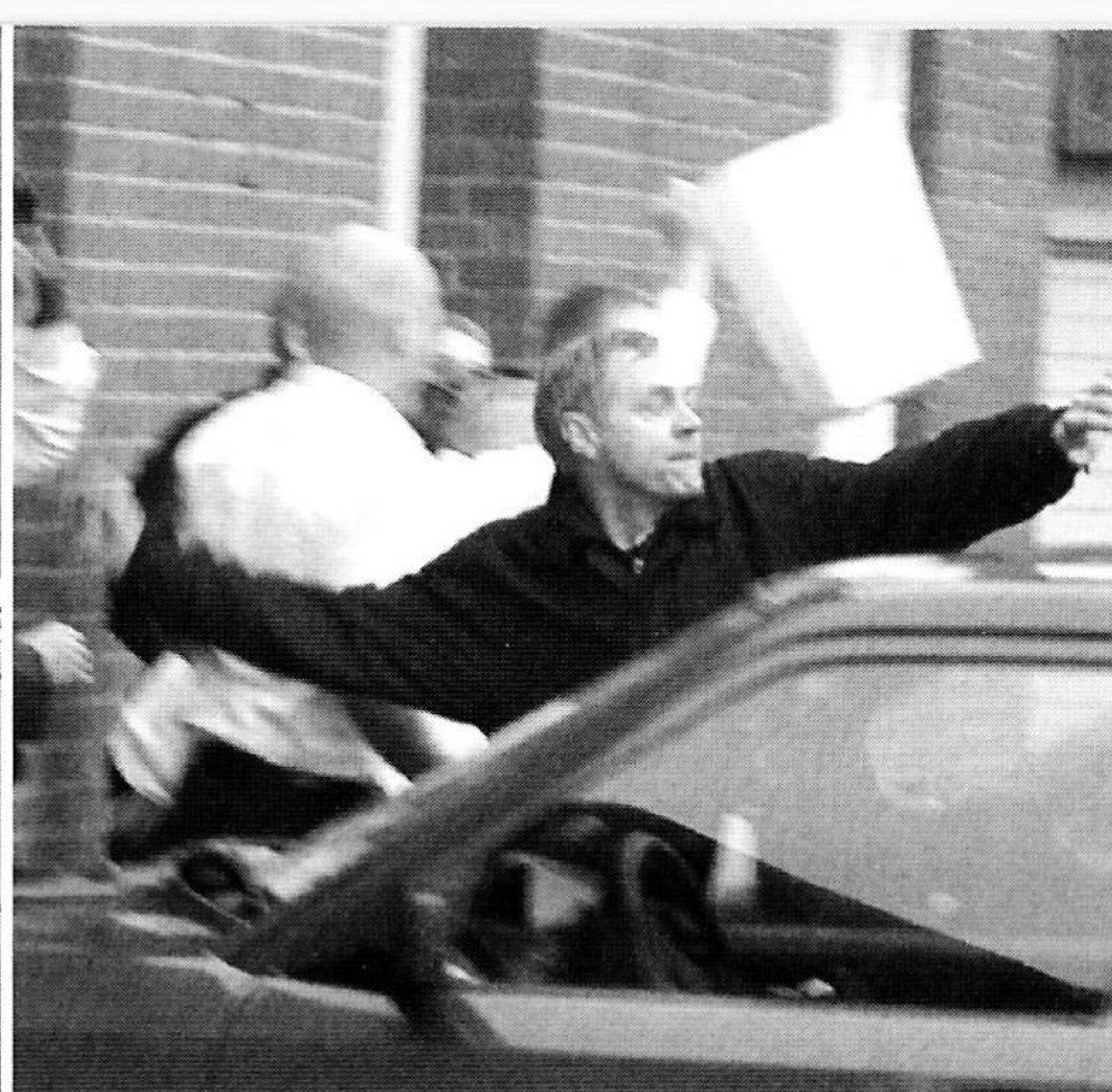
Obwohl der NPD in ersten Wahlumfragen angeblich bis zu 7 Prozent der Wählerstimmen vorausgesagt und im Fernsehen die Bilder prügelnder NPD-Kader auf- und abgespielt werden ... Doch kaum ist die Landtagswahl vorüber, lehnt sich der/die gemeine DemokratIn beruhigt in den Fernsehsessel zurück – schließlich hat es die NPD doch nicht in den Landtag geschafft und die ausländische Presse schaut auch nicht mehr so genau hin. Was bleibt, ist die Angst vor den linken Demokratiefeinden, genauer: junge AntifaschistInnen aus Schleswig-Holstein, die schleunigst eingeschüchtert und kriminalisiert werden müssen: schließlich ist (wieder) alles in Ordnung in good old Schleswig-Holstein und man will jetzt, 60 Jahre nach Kriegsende, nun wirklich nicht mehr an die deutsche Geschichte erinnert werden. Schlussstrich eben. Und das LKA nutzt die Chance und verschickt an AntifaschistInnen massenweise Vorladungen zur Erkennungsdienstlichen Behandlung durchs Land.

Doch noch einmal zurück in den Dezember:

Am 4. Dezember 2004 fand im schleswig-holsteinischen Steinburg (nahe Itzehoe) die Wahlkampfauftaktveranstaltung der NPD Schleswig-Holstein statt. Den Veranstaltungsort hatte die NPD bis zum Schluss geheim gehalten, selbst die eingeladenen PressevertreterInnen wurden erst kurz vor Beginn der Veranstaltung über einen Schleusungspunkt von NPD-Mitgliedern zu der Gaststätte „Zur Steinburg" in Steinburg gelotst. Mit der Polizei waren Absprachen darüber getroffen worden, dass diese nicht sichtbar vor dem Gebäude Präsenz zeigen sollte, wie es sonst bei Naziveranstaltungen üblich ist. Stattdessen stand der NPD-Ordnerdienst vor der Gaststätte. PressevertreterInnen war erst nach längeren Debatten, trotz persönlicher Einladungen, Einlass in die Gaststätte gewährt worden. Gegen 14.50 Uhr, während die Veranstaltung bereits lief, traf eine Gruppe von ca. 50 bis 60 AntifaschistInnen in Steinburg ein, um vor dem Lokal gegen die NPD-Veranstaltung zu protestieren. Es wurden Parolen gerufen und es flogen ein paar Steine gegen das Gebäude und die davor parkenden Autos der Neonazis. Sofort begannen die Nazis, die Steine zurückzuwerfen und mit offensichtlich vorbereiteten Flaschen und weiteren Steinen in Richtung der Antifas zu zielen. Dabei taten sich nicht nur der NPD-Ordnerdienst und dessen Chef, Manfred Börm aus Niedersachsen, hervor. Auch Kader aus dem NPD-Bundesvorstand wie der Vorsitzende der NPD Mecklenburg-Vorpommern, Stefan Köster oder der schleswig-holsteinische Spitzenkandidat, Ingo Stawitz, schleuderten Pflastersteine u.ä. auf die Antifas. Mittlerweile waren die anwesenden Journalisten aus der Gaststätte geeilt, darunter ein Kamerateam des NDR, welches einen großen Teil des Szenarios filmen konnte. Vor laufenden Fernsehkameras bliesen die Nazis zum Angriff. Etliche kamen mit Tischen, Latten und anderen Gegenständen bewaffnet aus dem Gebäude gestürzt und stürmten mit lautem Gebrüll auf die weglaufenden AntifaschistInnen los. Dabei rissen sie zwei Personen zu Boden und prügelten und traten auf sie ein und verletzten sie. Als ein NPDler (Frank Rieckmann aus Neumünster/Club 88) gerade mit einem Tisch auf einen am Boden liegenden Mann eindreschen wollte, gab einer der vier anwesenden Zivilpolizisten zwei Warnschüsse aus seiner Pistole ab, da er wohl nicht wusste, wie er anders eingreifen sollte. Wenig später trafen dann die uniformierten PolizistInnen ein, die bislang in einer Seitenstraße abgewartet hatten und kesselten natürlich die AntifaschistInnen ein, um sie nach ewiger Warterei ins Gewahrsam nach Itzehoe und Pinneberg zu verfrachten. Die abgekämpften NPDler durften derweil weitgehend unbehelligt ihre Wahlkampfveranstaltung fortsetzen und sich als die heldenhaften Sieger des Tages präsentieren. Die AntifaschistInnen hingegen wurden erst gegen 21 Uhr wieder aus dem Gewahrsam entlassen, zwei von ihnen mussten sich im Krankenhaus ärztlich behandeln lassen. Erste Anzeigen gegen einzelne NPD-Mitgliedern wegen gefährlicher Körperverletzung wurden erstattet. Soweit ein Tag im Dezember ...

Anfang Januar veröffentlichte der NDR einen Fernsehbeitrag des Polit-Magazins *Panorama*, in welchem die NPD-Kader beim Steine Werfen und Verprügeln von GegendemonstrantInnen in Steinburg zu sehen sind. Aufgrund der Berichterstattung von *Panorama* eröffnete die Staatsanwaltschaft





rechts: Der Ordnerdienst zeigt sich flexibel. Hier: Frank Rieckmann (Neumünster) bewaffnet mit dem Tisch, mit dem er gleich auf einen am Boden liegenden Antifaschisten einprügeln wird.
mitte: Das Mobiliar der Gaststätte "Zur Steinburg" wird zweckentfremdet.
Links: Manfred Börm aus Niedersachsen (Bundes-Ordnerdienst der NPD) in flagranti erwischt beim Steinwurf auf AntifaschistInnen.

Itzehoe insgesamt sechs Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der NPD wegen des Vorfalles. Bundesweit (auch in der europäischen Presse) wurde der Bericht von den Medien aufgegriffen und große Empörung machte sich breit. Als hätte es nie zuvor derartige Bilder von prügelnden und mordenden Neonazis gegeben ...

Nach dem Landtagswahlkampf verebbte das mediale Interesse an der NPD schlagartig und nun konnte der Staatsschutz wieder zur politischen Tagesordnung übergehen. Erwartungsgemäß trudelten Anfang des Jahres bei allen der 45 betroffenen Antifas polizeiliche Vorladungen mit dem Vorwurf des angeblich begangenen Landfriedensbruchs sowie Sachbeschädigung ein - versehen mit dem Vermerk, dass sie sich binnen weniger Tage auf den jeweiligen Polizeiwachen einzufinden hätten, um sich dort einer so genannten erkennungsdienstlichen Behandlung (Fotos, Finger- und Handflächenabdrücke, Feststellung körperlicher Merkmale und Messungen etc.) zu unterziehen. Da dieser Aufforderung niemand nachkommen wollte, legten alle beteiligten schriftlich Widerspruch gegen die ED-Behandlung ein. Wenig später erhielten alle einen zweiseitigen Bescheid über die Ablehnung ihres Widerspruches, der es an Frechheiten und Unverschämtheiten nicht mangeln ließ. In dem Schrieb werden alle unisono bezichtigt, „in zurückliegender Zeit eine nicht unerhebliche kriminelle Energie entfaltet (zu haben). Auf der Grundlage Ihres kriminellen Verhaltens, (...), ist die Prognose zulässig, dass Sie auch künftig weitere Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen oder deswegen gesucht werden. Es ist davon auszugehen, dass Sie intensiven Kontakt zu Angehörigen der gewaltbereiten linksextremistischen Szene unterhalten werden, sich auch weiterhin an Aktionen gegen politisch Andersdenkende beteiligen und dabei nicht vor Straftaten von erheblicher Bedeutung zurückschrecken werden." (Widerspruchsbescheid der Polizeidirektion SH-West). In der weiteren Begründung folgt eine Belehrung darüber, dass es sich bei der ED-Behandlung um eine präventive Maßnahme zur Verhinderung zukünftiger (zu erwartender) Straftaten handele; also nicht um die Aufklärung angeblicher Straftaten, die bei der Protestaktion in Steinburg begangen worden sein könnten. Ungeachtet des Alters, der politischen Vorgeschichte und ungeachtet dessen, ob die betroffenen Personen jemals Kontakt mit Strafverfolgungsbehörden hatten, bzw. überhaupt strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, sollen alle 45 AntifaschistInnen kriminalisiert und gezielt eingeschüchtert werden. Die bloße Teilnahme an einer Protestkundgebung gegen Neonazis genügt den Behörden bereits, die Teilnehmenden in der Kartei Straftäter Links (Terrorismus?) einzusortieren und sie präventiv zu kriminalisieren. Um dies nicht einfach so hinzunehmen, hat sich die Mehrheit der betroffenen AntifaschistInnen dazu entschieden, nun vor dem Verwaltungsgericht gegen die angeordnete ED-Behandlung und die gezielte Einschüchterung von politischen AktivistInnen zu klagen. Dies bedeutet für jedeN eine große persönliche und finanzielle Belastung und ist für die Betroffenen mit hohen Anwalts- und Verfahrenskosten, Anfahrtskosten, einem nicht unerheblichen Zeitaufwand und einer immensen persönlichen Stresssituation verbunden. Der so ausgeübte Druck soll unter anderem auch dazu führen, die antifaschistische Bewegung in Schleswig-Holstein zu diskreditieren und zu schwächen. Dabei ist dies nicht wirklich neu, schließlich hat sich die staatliche und polizeiliche Repression gegenüber AntifaschistInnen (nicht nur) in Schleswig-Holstein in den letzten 10 Jahren erheblich verschärft. Dennoch würde eine widerstandslose Hinnahme der geforderten ED-Behandlungen einen juristischen Präzedenzfall zu Ungunsten aktiver antifaschistischer Arbeit in Schleswig-Holstein bedeuten, der nicht hingenommen werden kann.

Umso wichtiger ist es, dass sich möglichst viele Menschen daran beteiligen, diesen repressiven Maßnahmen deutlich entgegenzutreten und klar zu zeigen, dass sie sich nicht einschüchtern lassen werden. Schließlich richtet sich die Kriminalisierung nicht nur gegen die 45 Steinburg-Betroffenen, sondern gegen alle, die sich mit den herrschenden Zuständen nicht abfinden wollen und sich auch weiterhin gegen rassistische, sexistische und faschistische Strukturen und die Ignoranz derer wehren werden, die schon lange nicht mehr hinschauen, geschweige denn eingreifen.

Abgesehen von den Verwaltungsklagen, die schon im Vorfeld pro Person 350 Euro gekostet haben, werden noch erhebliche weitere Verfahrenskosten auf die beteiligten AntifaschistInnen zukommen, die sie alleine nicht bewältigen können, deshalb ist es dringend notwendig, dass sich möglichst viele Menschen, Gruppen, Organisationen mit Geldspenden an den Kosten beteiligen. Es wird daher um Spenden auf folgendes Konto gebeten:

Rote Hilfe e.V.,
Kontonummer: 88214207,
BLZ: 20010020,
Postbank Hamburg,
Stichwort: „Steinburg"

Verstärkt Repressionen



Nicht nur im Zusammenhang mit den Geschehnissen bei der NPD-Wahlkampfauftaktveranstaltung am 4.12.2004 in Steinburg hat sich die Repression gegen aktive AntifaschistInnen verstärkt. Insbesondere der Versuch, Neonazis aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen und damit gegen die Schaffung von so genannten nationalbefreiten Zonen anzugehen, wird von der Polizei mit Nachdruck verfolgt. Im folgenden soll beispielhaft deutlich gemacht werden, dass solchen Versuchen gemeinsam und solidarisch erfolgreich begegnet werden kann

NPD-Infotisch in Kiel/Gaarden, 12.6.2004

Am 12.6.2004 führte die NPD Kiel mit Unterstützung aus dem ganzen Land einen Infotisch durch. Es wurden Plakate mit der Aufschrift „Gute Heimreise" (EiE berichtete) aufgestellt. Insbesondere dieses Motiv stieß bei der Bevölkerung Gaardens, mit relativ hohen türkisch-stämmigem Bevölkerungsanteil, auf massiven Widerspruch. Nachdem zunächst von einer Vielzahl von Bewohnern Gaardens lautstark hiergegen protestiert wurde und die Polizei nicht Willens war, die Provokation zu stoppen, kam es im weiteren Verlauf zu einigen Übergriffen, die der NPD-Veranstaltung ein plötzliches Ende bereiteten. Im Zusammenhang hiermit kam es zu einer Verletzung eines Polizeibeamten durch einen Flaschenwurf.

In der Folge wurden mehrere Strafverfahren durchgeführt. Diese richteten sich gegen vermeintliche Gewalttäter und Rädelsführer. Angeklagt war jeweils gefährliche Körperverletzung bzw. Landfriedensbruch. Auffällig war, dass die Polizeiarbeit entsprechend dem vorherrschenden Chaos vor Ort ungeordnet und schlecht war. Das Amtsgericht Kiel war zwar nicht gewillt, den volksverhetzenden Charakter der NPD-Wahlpropaganda als eigentlichen Auslöser für die Auseinandersetzung zu bewerten, konnte sich jedoch der Tatsache nicht entziehen, dass die Proteste eben nicht durch einzelne „Gewalttäter" durchgeführt wurden, sondern von einer Mehrzahl der Gaardener Bevölkerung getragen waren. In einem zunächst vorweggenommenen Verfahren, das von Seiten der antifaschistischen Bewegung, aber auch von Seiten der Staatsanwaltschaft wenig Beachtung fand, erfolgte daher zunächst eine Einstellung wegen Geringfügigkeit gegen Zahlung von 100 EUR. In einem weiteren Verfahren gegen einen türkisch-stämmigen Antifaschisten, der als Rädelsführer betrachtet wurde, erfolgte nach umfangreicher Beweisaufnahme, in der die hauptsächlichen Vorwürfe der gefährlichen Körperverletzung und des Landfriedensbruchs nicht bewiesen werden konnten, eine Einstellung gegen Ableistung von Arbeitsstunden in einem sozialen Projekt. Nachdem in diesem Verfahren die Kernaussage eines Polizeibeamten massiv angezweifelt werden konnte, erfolgte in einem dritten Prozess gegen den angeblichen Falschenwerfer, dem vorgeworfen wurde, einen Polizeibeamten verletzt zu haben, ebenfalls nach längerer Beweisaufnahme ein Freispruch. In der Beweisaufnahme war deutlich geworden, dass insbesondere der Hauptzeuge in seiner Aussage kaum Fakten erinnern konnte. Die Staatsanwaltschaft hat mittlerweile Berufung gegen das freisprechende Urteil eingelegt.

Grundlage für die erfolgreichen Verteidigungen war die Koordination der betroffenen Antifaschistinnen und Antifaschisten. Insbesondere konnten Informationen ausgetauscht werden, die es ermöglichten, die Zeugenaussagen der Polizeibeamten in Frage zu stellen.

Darüber hinaus war es aber auch nur aufgrund der antifaschistischen Solidarität möglich, in den Verfahren tat-

Nach den Zusammenstößen in Steinburg kesselten anrückende Polizisten die AntifaschistInnen ein. Es folgten „Ingewahrsamnahmen" mit erkennungsdienstlichen Behandlungen auf den Wachen in Pinneberg und Itzehoe.

sächlich umfangreiche Beweisaufnahmen zu erzwingen. Das hierdurch entstehende große finanzielle Risiko wurde gemeinsam getragen.

Repressionen wegen „wildem" Plakatieren

Insbesondere im Zusammenhang mit der Nazi-Demonstration am 29.1.2005 in Kiel wurden erneut mehrere Verfahren wegen wilden Plakatierens eingeleitet. In Fällen, in denen auf allgemein genutzten, nicht kommerziell benutzten Flächen plakatiert wurde, kommen Polizei und Staatsanwaltschaft mittlerweile mit Anklagen wegen Sachbeschädigung nicht mehr durch. Sachbeschädigung, also Verletzung der Substanz einer Sache, ist jedenfalls dann nicht gegeben, wenn bereits Plakate auf der Fläche aufgebracht sind und beim Entfernen kein Substanzverlust erfolgt (anders allerdings bei kommerziell genutzten Werbeflächen - hier drohen erhebliche Folgen).

Die Polizei- und Ordnungsbehörden sind daher seit Jahren dazu übergangen, in diesen Fällen Bußgeldverfahren wegen Verstoß gegen das Straßen- und Wegegesetz zu erlassen. Es wird meist ausgeführt, dass das Plakatieren im öffentlichen Raum eine genehmigungspflichtige Sondernutzung nach dem Straßen- und Wegegesetz darstelle. Dies ist allerdings in all denjenigen Fällen falsch, in denen keine städtische Satzung vorhanden ist, die besondere Bußgeldbestimmungen enthält. Das Verteilen von Flugblättern, aber auch das Plakatieren auf allgemein zu Plakatierzwecken genutzten Flächen, unterfällt allerdings nach überwiegender Ansicht der Gerichte nicht im Bereich der Genehmigungspflichtigen, sondern gehört zum aktiven Recht auf Meinungsfreiheit. Problematisch ist natürlich der Umstand, dass die meisten Betroffenen froh sind, kein Strafverfahren zu erhalten und ohne weiteres die Bußgelder bezahlen. Es lohnt sich daher, nach Rücksprache mit anderen AntifaschistInnen gegen entsprechende Bußgeldbescheide vorzugehen. Dies ist auch deswegen wichtig, weil nur durch eine Vielzahl entsprechender Widersprüche der Polizei deutlich gemacht werden kann, dass mit dieser Art des Plakatierens nichts Verbotenes getan wird.

Hausdurchsuchungen nach Auseinandersetzungen mit Neonazis

Im Bereich Lübeck ist es im letzten Jahr vermehrt zu Hausdurchsuchungen nach Auseinandersetzungen mit Neonazis gekommen. Die Kriminalpolizei Lübeck ist dazu übergegangen, nach solchen Auseinandersetzungen, bei denen Tränengas oder ähnliches eingesetzt wurde, Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Antifaschistinnen und Antifaschisten durchzuführen. Es werden jeweils Anträge auf Durchsuchungsbeschluss durch die Staatsanwaltschaft gestellt, in denen vorgetragen wird, es könnten entsprechende verbotene oder erlaubte Waffen, wie Tränengas, Schlagstöcke etc., gefunden werden, die als Beweismittel dienen könnten. Die Amtsgerichte erlassen solche Durchsuchungsbeschlüsse ohne kritisches Nachfragen. Polizei und Staatsanwaltschaft bedienen sich also Denunziationen durch Neonazis, um insbesondere gegen junge Antifaschistinnen und Antifaschisten massiven Druck auszuüben. Hausdurchsuchungen im Elternhaus führen natürlich zu massiven Beeinträchtigungen. Selbst wenn die Strafverfahren später im Sande verlaufen, eingestellt werden oder gar Freisprüche erfolgen, kann auf diese Weise ein massive Einschüchterung erzielt werden. Es wird in den nächsten Monaten darauf ankommen, sowohl prozessual die Rechtmäßigkeit des Vorgehens anzugreifen als auch öffentlichen Druck auszuüben. Besonders wichtig ist es, den Betroffenen gegenüber zu vermitteln, dass sie diesen Repressionen nicht alleine gegenüberstehen.

Ingewahrsamnahmen

Bei der Durchführung von massiven Ingewahrsamnahmen kann die schleswig-holsteinische Polizei mittlerweile auf eine jahrelange Erfahrung zurückblicken. Zuletzt wurden bei der Nazi-Demonstration am 1. Mai in Heide zahlreiche Antifaschistinnen und Antifaschisten stundenlang festgehalten. Jahrelang wurde ein solches Verhalten der Polizei einfach hingenommen. Mittlerweile regt sich, angespornt von rechtlichen Erfolgen der Anti-AKW-Bewegung, auch hier verstärkter Widerstand. Die gerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit solcher Einsätze steht allerdings vor dem Problem, dass entsprechende verwaltungsgerichtliche Verfahren jahrelang dauern. Außerdem verschlingen sie viel Energie und Geld. Erfolgreich kann der Kampf gegen diese massiven ordnungsrechtlichen Angriffe auf antifaschistische Aktionen nur geführt werden, wenn dieses Verhalten in der breiten Öffentlichkeit skandalisiert wird. Es kann einfach nicht hingenommen werden, dass eine beliebige Anzahl von Demonstrantinnen und Demonstranten unter dem Vorwand der Gefährdung von „Sicherheit und Ordnung" nicht nur ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit beraubt werden, sondern darüber hinaus noch massiven Schikanen unterworfen werden. Die antifaschistische Bewegung muss diese Einschränkung der Meinungsfreiheit zu einem zentralen Thema ihrer Arbeit machen. Wenn wir weiterhin verhindern wollen, dass Neonazis sich nach Belieben im öffentlichen Raum breit machen können, müssen wir zunächst unsere eigene Bewegungsfreiheit in diesem Raum sichern.

Alles in allem zeigt sich, dass nur dann aktiv gegen staatliche Repressionen Widerstand geleistet werden kann, wenn solchen Angriffen gemeinsam und solidarisch begegnet wird. Bleiben einzelne Beschuldigte und Angeklagte alleine, ist eine adäquate Verteidigung nicht möglich.<<

Das neue Hamburger Polizeigesetz

Notstand als Normalität



Geht es nach dem Willen der Mitte-Rechts-Regierung wird ab Sommer 2005 in der Freien und Hansestadt Hamburg das "schärfste Polizeigesetz Deutschlands" gelten. Dabei wird als Begründung auch hier die veränderte Sicherheitslage nach dem 11. September 2001 vorgeschoben.

Mit dem geplanten Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) soll die Eingriffschwelle für polizeiliches Handeln auf ein Minimum reduziert werden. Die neuen Maßnahmen reichen von Aufenthaltsverboten bis zu zwölf Monaten, über 14-tägigen Unterbindungsgewahrsam, verdachtsunabhängigen Personenkontrollen, Videoüberwachung öffentlicher Plätze, erleichterte Rasterfahndung bis hin zum polizeilichen Todesschuss. In der Konsequenz heißt das, dass mit diesem Gesetz die Freiheitsrechte aller massiv beschnitten werden; vorrangig richtet es sich aber gegen diejenigen, die sich außerhalb der kapitalistischen Verwertungslogik befinden oder sich dieser bewusst widersetzen. Betroffene der neuen polizeilichen Maßnahmen werden somit u.a. Angehörige der Drogenszene, Migranten, Bauwagenbewohner und Menschen, die dem Staat aufgrund ihrer politischen Meinung oder ihres Handelns ein Dorn im Auge sind sein. Immer wieder genannt in der Diskussion um das Gesetz sind natürlich auch die Hooligans, denen man gerade auch im Hinblick auf die Fußball-WM 2006 adäquat begegnen müsse.

Bürgerrechte – oder rechtlose Bürger?

Noch vor wenigen Jahren war es unvorstellbar, dass den Menschen ohne bürgerlichen Aufschrei der Empörung elementare Freiheitsrechte entzogen werden - abgesehen von den rassistischen Sondergesetzen wie z.B. der Residenzpflicht.

Der Abbau von Rechten wird schönfärberisch mit dem angeblichen Schutz des Einzelnen begründet. So heißt es in der amtlichen Begründung des Gesetzesentwurfs unter "Allgemeines": "Es ist Aufgabe des Staates, seine Bürger vor Straftaten zu schützen. (...) Nur wenn der Einzelne vor Straftaten geschützt ist, kann er sich nach seinen Wünschen und Fähigkeiten frei entfalten(...) Diese staatliche Schutzpflicht ist in erster Linie Aufgabe der Polizei. Sie hat für eine umfassende und bestmögliche Gefahrenabwehr zu sorgen. Hierfür muss die Polizei auch die

rechtlichen Möglichkeiten erhalten, die für eine solche Aufgabenerfüllung notwendig sind. Freiheitsgrundrechte als Schutzrechte des Bürgers gegenüber dem Staat müssen dabei ebenfalls berücksichtigt werden."

Wer soll hier vor wem geschützt werden? Die Reichen vor den Armen? Die privilegierten Passbesitzer in den westlichen Metropolen vor Flüchtlingen?

Hamburgs Innensenator Nagel setzt selbstverständlich in der Argumentationslinie von Angst und Schrecken noch einen drauf, indem er den Gesetzesentwurf in der Presse wie folgt verkauft: "Die Gesetzesnovelle schafft für Hamburg ein modernes Polizeirecht. Damit wird zum einen auf die aktuelle weltweite Bedrohungslage reagiert. Seit dem 11. September 2001 hat sich die Sicherheitslage grundlegend gewandelt. Dies gilt seit den Anschlägen von Madrid vom 11. März 2004 in besonderem Maße auch für Europa. Die derzeitigen Befugnisse der Polizei zur Gefahrenabwehr sind nicht mehr ausreichend, um den neueren Erscheinungsformen der schweren Kriminalität wie insbesondere dem internationalen Terrorismus, aber auch den unterschiedlichen Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität wirksam begegnen zu können.

Der Schwerpunkt der Gesetzesänderungen liegt bei verbesserten Eingriffsgrundlagen für die Polizei. (...)"

Die mit der aktuellen Novellierung verbundene Weiterentwicklung des Hamburger Polizeirechts liegt auf einem bundesweit zu beobachtenden und schon seit vielen Jahren auszumachenden Trend. Neben mancherlei eher symbolischen Regelungen geht es im Kern um den weiteren Umbau des Polizeirechts: weg von den Prinzipien des liberalen Rechtsstaats hin zu einem neuen Polizeirecht des "Präventionsstaates".

Im traditionellen Polizeirecht des liberalen Rechtsstaates ist das polizeiliche Eingriffshandeln auf die Gefahrenabwehr begrenzt, und damit nur in Fällen unmittelbar bevorstehender Gefahren und nur gegenüber den für die Störung Verantwortlichen zulässig. Im Polizeirecht des "Sicherheitsstaates" werden Gefahrenvorsorge und vorbeugende Verbrechensbekämpfung als Polizeiaufgaben definiert und für diese Aufgabenstellung als erforderlich angesehene Befugnisse ins Polizeirecht aufgenommen. Hier werden nicht nur die Aufgabenbereiche der Polizei massiv ausgedehnt, sondern auch die Lehren der Geschichte auf dem Müllhaufen entsorgt: 60 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus findet der kontinuierliche Ausbau des Repressionsapparates einen neuen Höhepunkt. Die Polizei wird zum Problemlöser ernannt, der Bürger zum potentiell Kriminellen erklärt.

Neuerungen und Änderungen

Zum einen handelt es sich um Befugnisse, die bisher bereits explizit geregelt sind, bei denen aber entweder die Eingriffsschwelle gesenkt wird oder die Eingriffsmöglichkeit erweitert wird. Zum anderen werden Maßnahmen, die bisher nicht ausdrücklich im Polizeigesetz erwähnt sind, aber bereits in der Praxis Anwendung gefunden haben (wie z.B. längerfristige Aufenthaltsverbote), spezialgesetzlich geregelt. Darüber hinaus sollen für die Anwendung neuer Überwachungstechnologien die entsprechenden Rechtsgrundlagen geschaffen werden.

I. Ausweitung bereits vorhandener Befugnisse

War die Ingewahrsamnahme nach Polizeirecht bisher nur bis zum Ende des folgenden Tages möglich, soll demnächst per Gerichtsbeschluss eine Höchstdauer von 14 Tagen möglich sein. Zielgruppe der längerfristigen Freiheitsentziehung sind neben der offenen Drogenszene außerdem die von den Behörden mit Schrecken erwarteten Hooligans zur Fußball-WM 2006.

Bis jetzt waren verdachtsunabhängige Kontrollen nur an "gefährlichen Orten" und "polizeilichen Kontrollstellen" möglich, nun soll eine Rechtsgrundlage für verdachtsunabhängige Kontrollen in größeren Gebieten geschaffen werden, wenn "aufgrund von konkreten Lageerkenntnissen in dem betreffenden Gebiet mit Straftaten von erheblicher Bedeutung zu rechnen ist". Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass die Definitionsmacht hinsichtlich der "Lageerkenntnisse" ausschließlich der Polizei vorbehalten ist.

Die verdachtsunabhängige Kontrolle, auch Schleierfahndung genannt, ist eine klassische Befugnis für die Polizei gegenüber Jedermann. Sie ist schon aus diesem Grunde als Notstandsbefugnis aufzufassen, da sie sich ohne Ausnahme gegen alle richtet, die sich in einem bestimmten Gebiet aufhalten - die Überprüfung vollkommen willkürlich stattfindet.

In der Vergangenheit war die Rasterfahndung allerdings nur zulässig, wenn diese zur Abwehr einer "unmittelbar bevorstehenden Gefahr" erforderlich ist. Nach dem neuen Gesetz soll es zukünftig ausreichend sein, dass "tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass dies zur Verhütung von Straftaten erforderlich ist".

Es sind nicht einmal nachprüfbare Tatsachen erforderlich, vielmehr soll das "Grummeln im Bauch" eines Polizeibeamten ausreichen, so ein BdK-Vertreter auf einer öffentlichen Veranstaltung. Mit dem Verzicht auf das Kri-



terium der unmittelbaren Gefahr verlieren die entsprechenden Regelungen so ihren Charakter als Notstandsbefugnisse.

Nach Willen der Regierung wird darüber hinaus zukünftig der Einsatz verdeckter Ermittler erleichtert. Bisher nur bei nachweisbarem Kontext zur "Organisierten Kriminalität" erlaubt, dürfen sie künftig generell zur Abwehr von Straftaten von erheblicher Bedeutung eingesetzt werden.

II. Neue spezialgesetzliche Regelungen

Künftig wird beispielsweise ein „Aufenthaltsverbot zur Verhinderung der zukünftigen Begehung von Straftaten" explizit geregelt sein. Die maximale Dauer beträgt bis zu 12 Monaten. Die Platzverweise sollen speziell gegen Drogen-Dealer eingesetzt werden.

Es ist zu erwarten, dass dieses Instrument auch im Zusammenhang mit dem Demonstrationsrecht immer häufiger Anwendung finden wird. Außerdem wird wiederholt konkret auf die Fußballweltmeisterschaft Bezug genommen.

III. Rechtsgrundlagen für neue Überwachungstechnologien

Gemeint sind die neuen Ermächtigungsgrundlagen zur Videoüberwachung von öffentlichen Plätze, Arrestzellen und polizeilichen Kontrollen. Die geplante Videoüberwachung von Arrestzellen und polizeilichen Kontrollsituationen zeigt, dass das neue Polizeigesetz in keiner Weise dem Schutz der Bürger dienen soll. Wäre eine Videoüberwachung bei jeder Kontroll- und Festnahmesituation vorgeschrieben, würde dies ja vielleicht einen Schutz vor polizeilichen Übergriffen bieten. So ist es aber gerade nicht. Die Polizeibeamten können vielmehr in jeder Situation selbst entscheiden, ob und wie lange sie die Kamera einschalten.

Weiter werden automatisierte Kfz-Kennzeichen-Lesesysteme gesetzlich zugelassen. Mit der Erfassung von Kfz-Kennzeichen und deren Abgleich mit den Fahndungsdateien des polizeilichen Informationssystems wird massiv in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von Personen eingegriffen, von denen in ihrer großen Mehrheit keine Gefahr ausgeht und die zudem in keinem Verdacht stehen, Straftaten begangen zu haben. Die Erfassung stellt vielmehr alle Verkehrsteilnehmer unter einen Generalverdacht, der erst bei Nichtübereinstimmung mit den polizeilichen Fahndungsbeständen gegebenenfalls entfällt. Neben dem eigentlichen Zweck, dem Aufspüren von gestohlenen Fahrzeugen, besteht vielmehr die Gefahr, dass weitere Begehrlichkeiten bis hin zur Erstellung von Bewegungsprofilen über "auffällige Personen" geweckt werden.

Im SOG wird ab Sommer die Benutzung von sog. Tasern, also Distanz-Elektroschockgeräte geregelt. Dabei handelt es sich um Schussapparate, die auf eine Distanz von rund 6 Metern "angreifende und aggressive Personen" nach etwa 0,5 Sekunden so außer Gefecht zu setzen, dass sie zu keiner gezielten Aktion mehr fähig sind. Mit Hilfe von Druckluft werden zwei Projektile abgeschossen, die mit dünnen Drähten mit dem Taser verbunden bleiben. Über diese Leitungen wird ein Elektroimpuls geleitet, der sofort jegliche kontrollierbare Muskelreaktion des Getroffenen ausschließt. Beim unkontrollierten Hinfallen mangels Abstützfunktion der Arme und Hände sind schwerwiegenden Verletzungen vorprogrammiert. Laut amtlicher Begründung soll die neue Waffe deshalb zunächst nur in 2-Mann-Teams von besonders geschulten Spezialeinheiten eingesetzt werden. Die einschränkenden Vorschriften über den Schusswaffengebrauch gelten für den Taser allerdings nicht!

IV. Fazit

Das Hamburger Polizeigesetz, gerühmt als eines der schärfsten der BRD, reiht sich ein in den gesellschaftlichen Umbau von oben: Stadtumstrukturierungsmaßnahmen, um "unliebsame Personen" aus den angesagten Viertel zu vertreiben und sie an den Rand der Gesellschaft zu drängen, verschärfte Asylgesetzgebung, rassistische Sondergesetze und Abschiebelager zur Abschottung Europas. Regt sich Protest und Widerstand gegen dieses System, so soll gerade das neue repressive Polizeigesetz in Hamburg Ruhe schaffen. Somit muss sich jeglicher Widerstand in dieser Stadt auch gegen die zu erwartende Repression richten.

Dieser gekürzte Beitrag wurde freundlicherweise von der Roten Hilfe e.V. - Ortsgruppe HH zur Verfügung gestellt. Der vollständige Text ist auf der Internetseite der Roten Hilfe abrufbar.

Email: hamburg@rote-hilfe.de
Website: www.rote-hilfe.de/hamburg

Hamburgs neues Museum für Marine-Militaria

Tamm-Tamm

Militarismus



Tausende von Schiffsmodellen, Gemälden, Konstruktionsplänen, Uniformen und Waffen - all dies und noch mehr umfasst die Schifffahrts- und Marinesammlung des Peter Tamm (77) in Hamburg. Sein „Wissenschaftliches Institut für Schiffahrts- und Marinegeschichte" an der Elbchaussee 277 besitzt zwar auch Schaustücke ohne Kriegsbezug, aber in großen Teilen gleicht es einem überdimensionierten Militaria-Laden. In den nächsten Jahren wird Tamms Privatsammlung in Hamburgs ältesten Speicher, den Kaispeicher B in der HafenCity, verlagert und als „Internationales Schifffahrts- und Meeresmuseum Peter Tamm" einem größeren Publikum zugänglich gemacht. Die Stadt stellt der Tamm-Stiftung hierfür - ungeachtet der sonst ständig beschworenen Sparzwänge - 30 Mio. Euro und außerdem das Gebäude zur Verfügung. Die Hamburger Bürgerschaft hat dem 2004 ohne Gegenstimme (bei Enthaltung der GAL) zugestimmt. Tamm träumt davon, das größte Schifffahrtsmuseum der Welt zu schaffen.

Die Hamburger sollten sich nach Ansicht des Senats über diese „Errungenschaft" nur freuen. Doch Anfang Mai hat der Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg eine sorgfältig recherchierte Dokumentation herausgebracht, die diese Freude trüben könnte, weil dort abweichend von der Jubelberichterstattung kritisch über Peter Tamm, seine Sammlung und das Museumsprojekt informiert wird.

Als Vorstandschef des Axel-Springer-Verlags war Tamm noch vor 15 Jahren Deutschlands bestbezahlter Manager. Nur aufgrund der Millionen, die er dort in langjähriger Tätigkeit verdiente, konnte er seine stark militärlastige Schifffahrts- und Marinesammlung ständig weiter ausbauen. Zu denken gibt schon die Information, dass selbst der konservative Verleger Springer seinen wichtigsten Mitarbeiter in Momenten der Missstimmung als „Rechtsradikalen" bezeichnete. Die Summe vieler Aussagen von und über Peter Tamm lässt tatsächlich auf ein geschlossenes rechtes, militaristisches Geschichts- und Weltbild schließen. Noch heute bedauert er, dass er es 1945 in der Kriegsmarine als 16-jähriger nur bis zum Seekadetten gebracht hat; zu gerne wäre er selbst Admiral geworden. Er predigt Wehrhaftigkeit und will aufzeigen, wie wichtig militärische Stärke zur See in der Geschichte stets gewesen ist.

Tamm ist Besitzer der seit 1995 in Hamburg ansässigen Verlagsgruppe Koehler-Mittler, die viel kriegs- und rüstungsbezogene Buchliteratur und wichtige Militärzeitschriften wie das *Marine-Forum* und die *Europäische Sicherheit* herausbringt. Erstmals dokumentiert wird in der neuen Publikation die erschreckende nationalistisch-militaristische Tradition, in der Tamms Verlage stehen. Namentlich der Verlag E.S. Mittler & Sohn produzierte zu Kaisers und Führers Zeiten unzählige Publikationen, die der Kriegsvorbereitung und -führung dienten. In der NS-Zeit gehörte auch Hermann Göring zu den Autoren des Mittler-Verlags. Verteidigungsminister Volker Rühe bescheinigte Tamm, sich an der Spitze seines „traditionsreichen" Verlags „um unsere Bundeswehr" verdient gemacht zu haben. 2001 erhielt Tamm das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold.

Der Hamburger CDU/Schill/FDP-Senat warf 2002 Tamm einen Professorentitel hinterher, auch wenn der „Admiral" auf keine wissenschaftlich seriöse Publikation verweisen kann. In seiner Sammlung spiegelt sich die Bewunderung wieder, die Tamm für einzelne Herrscher und Militärführer hegt. Zu Tamms Idolen gehören, frei nach dem verstaubten Motto „Männer machen

(Kriegs-)Geschichte", neben Admiral Lord Nelson der „eiserne Kanzler" Bismarck und Kaiser Wilhelm II., auch Brandenburgs Großer Kurfürst - allesamt historische Gestalten, die durch eine gewaltgestützte und expansionistische Politik hervorgetreten sind.

Nicht nur Tamms Begeisterung für Glanz und Gloria unter Kaiser Wilhelm II. fällt unangenehm auf. Sein Institut an der Elbchaussee ist wohl auch die größte in Hamburg öffentlich zugängliche Ansammlung von Hakenkreuzen und anderen Zeugnissen der NS-Zeit. Dabei fehlt jegliche kritische Distanz. Der nach Voranmeldung eingelassene Besucher darf nicht nur zahlreiche Modelle von Kriegsschiffen des „Dritten Reiches" bewundern, sondern auch Unifor-men hoher Marineoffiziere, Ritterkreuze und andere NS-Orden sowie diverse Gegenstände, die sich im Zweiten Weltkrieg an Bord deutscher Kriegsschiffe befanden. Sogar die Großadmiralsstäbe der beiden Marineoberbefehlshaber Raeder und Dönitz – 1946 als Kriegsverbrecher verurteilt – werden in einer Aura von Ehrwürdigkeit präsentiert. Eine Großvitrine ist dem Admiral und Ritterkreuzträger Kurt Weyher gewidmet, der mit dem Hilfskreuzer „Orion" 1939-41 in überseeischen Gewässern gegnerische Handelsschiffe versenkte. In Tamms maritimer Gemäldesammlung befinden sich auch etliche Werke von Propagandamalern, z.B. von Adolf Bock, der im Zweiten Weltkrieg für den *Völkischen Beobachter* arbeitete und dem Hitler 1941 eine geräumte Judenwohnung in Berlin zuweisen ließ.

Die Eröffnung des neuen Museums, ursprünglich schon für 2005 angekündigt, soll nach neuen Angaben erst 2007 oder 2008 erfolgen. Obwohl seine Herrichtung aus städtischen Mitteln finanziert wird, kann Tamm aufgrund des mit der Stadt Hamburg abgeschlossenen Vertrags ganz allein bestimmen, welche Exponate dort präsentiert werden. Und nach derzeitigem Stand wird der Anteil der Militaria wiederum sehr hoch sein, auch wenn Tamm und seine Geschäftsführerin Nikolov jetzt - im Interesse einer weitreichenden Akzeptanz z.B. bei den Oppositionsparteien in der Bürgerschaft - dem Projekt in verharmlosender Weise einen möglichst zivilen Anstrich geben wollen. Dem Themenbereich, in dem die Entwicklung der deutschen Seestreitkräfte - einschließlich NS-Zeit - dargestellt werden soll, hat man z.B. den irreführenden Titel „Maritime Seeschifffahrtsgeschichte" gegeben. Die U-Boot-Rüstung könnte absurder Weise seinen Platz im Themenbereich „Alles Leben kommt aus den Meeren" finden. Übrigens ist 2004 bekannt geworden, dass auch das Cuxhavener „U-Boot-Traditionsarchiv" von Horst Bredow in das Tamm-Projekt integriert werden soll. Über wesentliche andere Bereiche der Schifffahrts- und Marinegeschichte - etwa über die Rolle der Schifffahrt bei der Sklaverei und beim Kolonialismus oder über den Einsatz von KZ-Häftlingen in der deutschen Werftindustrie - wird dagegen in dem Museum aller Voraussicht nicht angemessen informiert werden. Es ist zu befürchten, dass das Museum zum Anziehungspunkt für Seekriegsenthusiasten, Heldenverehrer und Waffennarren wird.

Nach der Eröffnung des Museums will die Tamm-Stiftung von dem politischen Wohlwollen der Stadt unabhängig sein. Die Mittel für den laufenden Betrieb sollen dann aus Eintrittsgeldern und aus den Zinsen von Großspenden finanziert werden. Als Großsponsoren namentlich bekannt sind bisher die Deutsche Bank und der Hamburger Tchibo-Millionär Joachim Herz.

Das hochinformative Buch *Tamm-Tamm* ist gemäß Untertitel als Anregung zur öffentlichen Diskussion gedacht. Hierfür werden der Hamburger Kultursenatorin Karin von Welck am Ende 10 konkrete Fragen zum Tamm-Museum gestellt. Z.B. die Frage, ob sie es für hinnehmbar halte, wenn auch im neuen Museum nationalsozialistische Herrschaftszeichen und Werke von Propagandamalern in der bisherigen Form zur Schau gestellt werden. Bisher hüllt sich die Senatorin allerdings in Schweigen. Auch die großen Hamburger Medien haben den Inhalt des Buchs noch nicht aufgegriffen; aus den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien liegt keine Reaktion vor. Es entsteht der Eindruck, dass das offizielle Hamburg sich einer öffentlichen Diskussion verweigern will. Offenbar ist man peinlich berührt - Kritik an Tamm ist in Hamburg eben ein Tabubruch. Andererseits gibt es Anzeichen für ein starkes Interesse am Thema: die erste (kleine) Auflage der Dokumentation war bereits nach kürzester Zeit vergriffen. Sie wird entsprechend der Nachfrage nachproduziert. Auf Wunsch mitgeliefert wird eine CD mit ergänzendem Bild- und Textmaterial.

TAMM - TAMM.



Eine Anregung zur öffentlichen Diskussion über das Tamm-Museum, hg. vom Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg, Text/Recherche: Friedrich Möwe, Verlag: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung, Hamburg 2005, 83 Seiten, über 40 Abb., Buchpreis 5 Euro, ISBN 3-938372-03-6.

Wiener Sozialdemokrat publiziert antisemitisches Buch

Der Unterschied zwischen Kritik und Antisemitismus

Wie unterscheidet man zwischen einer legitimen Kritik Israels und Antisemitismus?

Wer Juden bzw. den Staat Israel mit einem anderen Maßstab misst als Nichtjuden bzw. andere Staaten, wer das Existenzrecht des Staates Israel in Frage stellt oder gar negiert, wer Zionismus mit Rassismus gleichsetzt, wer Vergleiche zieht zwischen dem Völkermord an den Juden und dem Vorgehen des israelischen Militärs, der übt keine Kritik aus, sondern ist antisemitisch, auch dann wenn er sich als „Antizionist" deklariert. Was auffällt, ist dass mancher „Antizionist" sich nicht scheut in die Mottenkiste alter antisemitischer Stereotype zu greifen.

Aus der Sicht solcher „Antizionisten" sind Juden von Natur aus schlecht, ihre schlechten Eigenschaften sind nicht zu verbessern. Deswegen muss man Juden nicht als Individuen sondern als Kollektiv sehen. Juden bleiben im wesentlichen immer fremd in den sie umgebenden Gesellschaften, daher bringen Juden ihren „Gastgesellschaften" oder der ganzen Welt Unglück, sie machen das im geheimen, daher fühlen Antisemiten sich verpflichtet den verschwörerischen, schlechten jüdischen Charakter zu enthüllen. Der Prototyp eines solchen „Antizionisten" ist der unter dem Namen Israel Shamir bekannt gewordene Antisemit.

Der "jüdisch-israelische" Kronzeuge Israel Shamir

Ali Abunimah, prominenter Medienkritiker und Hussein Ibish, Pressesprecher des American-Arab Anti-Discrimination Committee (ADC), warnten bereits 2001, dass Israel Shamir Antisemit und kein Kritiker Israels sei. Sie stellten fest, dass seine Israel-Kritik klassische Elemente aus der europäischen antisemitischen Tradition enthält.[1] Trotzdem befindet sich Israel Shamir noch immer im Vorstand der Vereinigung „Remember Deir Yassin", neben der prominenten palästinensischen Politikerin Hanan Ashrawi und einigen israelischen Antizionisten wie Ilan Pappe und Lea Tsemel.[2]

Shamir soll nach eigenen Angaben in Novosibisirsk als Sohn jüdischer Eltern 1949 geboren und 2002 zum orthodoxen Christentum konvertiert sein. 2001 änderte er seinen Namen auf Jöran Jermas, publiziert aber weiter seine „antizionistischen" Artikel unter den Namen Israel Shamir.[3] Er setzt Zionismus mit Rassismus gleich, vergleicht das Vorgehen des israelischen Militärs mit dem Völkermord an den Juden und behauptet auch, die USA hätte ZOG = Zionist Occupied Government. Hinter dem Akronym ZOG verbirgt sich die traditionelle Verschwörungstheorie, nach der die meisten Regierungen der Welt hinter den Kulissen von Juden gesteuert werden, daher wird es in erster Linie von Rechtsextremisten und Neonazi gebraucht.

Fritz Edlinger, dem Generalsekretär der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen und ehemaligen Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) beim Nahostkomitee der Sozialistischen Internationale bleibt es vorbehalten, ZOG im Jahr 2005 im deutschsprachigen Raum auch außerhalb der Neonazi-Szene zu propagieren. Er gab im von Hannes Hofbauer geleiteten Wiener ProMedia Verlag das Buch *Blumen aus Galiläa* von Israel Shamir heraus. Laut Edlinger „repräsentiert [Shamir] das ‚andere' Israel, das in Europa – und vor allem im deutschsprachigen Mitteleuropa – kaum zu Wort kommt."

Ob Jermas-Shamir (JS) tatsächlich jemals Jude war und zum Christentum konvertiert ist, wie er angibt, oder ob er schon immer Christ war ist irrelevant. Er vertritt seit Jahren ein traditionell antisemitisches Christentum. Jedoch im Denken von Edlinger, Hofbauer und Co. kommt der Etikettierung als Israeli oder Jude ein zentraler Stellenwert im Prozess der Selbstimmunisierung gegenüber Kritik zu: Antisemitismus hört auf einer zu sein, wenn er von israelisch-jüdischer Seite artikuliert wird.

Die antisemitische Agenda von Jermas-Shamir

In dem von Edlinger herausgegebenen Buch findet sich auch das Kapitel *Der Schatten von Zog*. Zu diesem vermerkte JS mit dankenswerter Offenheit auf seiner deutschsprachigen Homepage: „Aus dem Englischen übersetzt für das Deutsche Kolleg".[4] Diese Kaderschmiede für militante Rechtsextremisten wurde bis zu deren Zerwürfnis von den Antisemiten Reinhold Oberlercher und Horst Mahler angeführt, die aus dem radikal linken ins neonazistische Milieu gewandert sind.

„Der Schatten von Zog" ist eine seltsame Mischung aus einer prätentiös klingenden, gegen das Judentum gerichteten Pseudo-Theologie und antisemitischer Agitation, der mit einem Ausfall gegen „die Furcht erregende Gedankenpolizei ADL" (Anti-Defamation League) beginnt. Wie stets nimmt die antisemitische Paranoia die Pose der Entlarvung ein. Antisemiten fühlen sich tatsächlich dauernd verfolgt und sind stets im Besitz eines geheimen Wissens. So auch Jermas-Shamir (JS), der die geheime Hintergrundmacht an die Öffentlichkeit zerrt: „Dieser König [ZOG, Anm. K.P.], genauso wie der jüdische Gott, mag es nicht, wenn man seinen Namen erwähnt."

JS bedient ein weitgestreutes Publikum mit seinen antisemitischen Tiraden. Von den Rechtsextremisten über christliche Fundamentalisten und bis zu Teilen der Globalisierungsgegner sieht man in den USA die jüdische Machtzentrale und gleichzeitig die Schrittmacher einer die Völker zerstörenden Globalisierung. Dieser Antisemitismus und der Antiamerikanismus vereinen die sonst sehr verschiedenen

politischen Richtungen auch in ihrer Solidarität für den Irak:

„Das Besatzerregime im Irak wurde von der US-Armee eingesetzt, im Interesse der Zionisten, und man kann es zu Recht ZOG, Zionist Occupation Government (zionistische Besatzerregierung), nennen. Dennoch ist dieses ZOG auch ein Zog, ein Diener der Finsternis und der Verwüstung denn sein erster Schritt war die Zerstörung der Büchereien und Museen von Bagdad."

Es ist Irrsinn, hat aber Methode. Wenn in Bagdad Iraker Museen plündern, dann sind laut JS die Zionisten schuld.[5] Er zitiert einen Computerspezialisten als „Gelehrter des Zionismus" (sic!), der behauptet: „Der Zionismus hat es sich seit langem zur Aufgabe gemacht, Zielbevölkerungen ihres kulturellen Erbes zu berauben und sie in Lehm zu verwandeln, um sie dann in Übereinstimmung mit der zionistischen Ideologie formen zu können."

Bereits nach der Französischen Revolution 1789 entstand der Mythos der Jüdischen Weltverschwörung, der zu einer ganzen Reihe von Fälschungen inspirierte, wie die *Protokolle der Weisen von Zion*, die dazu benutzt wurden, Judenpogrome in Russland zu rechtfertigen. Hitlers Denken war ebenfalls beeinflusst von den „Protokollen" und diese spielten eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung des Holocausts. In die arabische Welt gelangten die „Protokolle" bereits vor dem Krieg, wo sie zu Bestsellern wurden. Heute beruft sich Hamas in ihrer Charta explizit auf die „Protokolle".[6]

JS sieht die Zukunft der USA düster: „Das Problem ist, dass das amerikanische Volk keinen Ausweg aus der zionistischen Übernahme hat". Daran sind natürlich die Medienbesitzer schuld, „die eine unproportionelle Anzahl von Juden einstellen und somit nichtjüdische Amerikaner diskriminieren." Laut Jermas-Shamir „hat die Konzentration von Juden ihre Besonderheiten, denn Juden bekennen sich zu einem anderen, nicht christlichen oder sogar antichristlichen Glauben. Der durchschnittliche jüdische Herausgeber oder Medienbaron ist jedes Mal ziemlich unzufrieden, wenn er auf eine Bezugnahme zu Christentum oder der heiligen Jungfrau stößt".

Aber wo ein Jermas-Shamir, da ist auch eine Rettung in Sicht: „Die jüdische Dominanz in den Medien sollte unter anderem durch die Trennung von Werbung und Medien beseitigt werden. Werbende Medien sollten keine Nachrichten oder Artikel enthalten und Nachrichten-Medien sollten keine Werbung enthalten dürfen. Die kommerzielle Werbung in den Medien war (laut Werner Sombart) eine jüdische Erfindung im 18. Jahrhundert."[7] JS lässt uns auch an seiner Vulgärtheologie teilhaben. So postuliert er in seinem ZOG-Artikel:

„Das jüdische Konzept der Beziehung von Mensch zu Gott unterscheidet sich metaphysisch von dem – sagen wir einmal – katholischen Konzept, und zwar so sehr, wie sich Diesel von Benzin unterscheidet. Die vorherrschende Stellung der Juden im westlichen Diskurs verursacht dieselben Probleme, die man bekäme, würde man den Tank eines mit Diesel betriebenen Autos mit Benzin füllen."

Auffallend ist im folgenden Zitat die Nähe zu Horst Mahler:

„Die universalistische Ableitung von ‚Jude' ist ‚Mammonit', denn Mammoniten akzeptieren und verallgemeinern die äußerlichen Merkmale des jüdischen Denkmusters. Ein ‚absoluter Jude' ist Zionist (für sich selbst und für andere Juden) und Mammonit (gegenüber Nichtjuden)."

Das alles findet man in dem von Edlinger herausgegebenen und von Hofbauer verlegten Buch.

Ergiebig ist auch ein Blick in die Homepage von Jermas-Shamir, der immer von „die" und „den Juden" spricht, denen er pauschal alles böse unterstellt. Zum Beispiel:

„Die Juden bekämpfen für ewige Zeiten Christus und die Kirche und es gibt keine Chance für Frieden im Heiligen Land, es sei denn die Position der Synagoge wird unterminiert und die Juden von der Kirche gerettet. [...] Die orthodoxe Kirche ist die einzige Kirche, die das Feuer der Apostel bewahrt [...] Andere Kirchen, sogar die katholische Kirche nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil hat die unannehmbaren Bedingungen der Juden akzeptiert und war mit Bedingungen einverstanden, die einst vom Heiligen Paulus abgelehnt wurden."[8]

2001 schreibt er:

„Die Kräfte der jüdischen Überlegenheit und der Anbeter der Habsucht sind wieder vereinigt, um Christus zu kreuzigen. Die USA, dieses neue Rom, gibt wieder ihre Unterstützung, um Henker zu werden. [...] Wir können jetzt die Fehler unserer Vorväter wiederholen und stillschweigend die Pläne unserer selbsternannten Führer dulden. Wir können diesen Fehler korrigieren und die Kreuzigung verhindern."[9]

Doch Jermas-Shamir begnügt sich nicht mit der Propagierung eines orthodoxen Christentum, sondern unterstellt den Juden auch Ritualmorde und Hostienschändung.[10]

In einem anderen Artikel behauptet Jermas-Shamir, dass auch wenn die *Protokolle der Weisen von Zion* gefälscht sind, deren Inhalt doch stimmt:

„Anstatt Glauben, bietet der Feind Streben nach Mammon an. Während wir in der heutigen (16.11.02) *International Herald Tribune* Anklagen gegen homosexuelle Priester und Nonnen lesen, sieht man folgende Zeilen in den „Protokollen": 'Wir haben Sorge dafür getragen, die christliche Priesterschaft zu diskreditieren und ihre Mission zu ruinieren, die noch unsere Pläne hindern könnten. Tag für Tag sinkt ihr Einfluss auf die Menschen. Der Zusammenbruch des Christentums ist nahe."

Laut seiner paranoiden Weltsicht veröffentlichen Zeitungen solche Nachrichten nur aus böser Absicht:

„Wir sind Zeugen dieses Plans: die Religion wird entfernt, Neo-Liberalismus oder die Anbetung von Mammon nehmen ihren Platz ein, während die Abschaffung des Sozialismus, dieses tapferen Versuches einer nicht religiösen Brüderlichkeit ist – ein ideologisches Vakuum zurücklassend – zusammengebrochen."

Dieses Vakuum will nun Jermas-Shamir mit antisemitischer und nationalbolschewistischer Agitation füllen:

„Diese Beobachtung hat einige Kritiker ausrufen lassen, 'Der wirkliche Schöpfer des Strategieplans ist unser alter Feind, der Prinz dieser Welt, dessen endgültiges Ziel es ist, die göttliche Präsenz zu eliminieren und die Menschheit zugrunde zurichten.'Das ist wahr, aber der Prinz der Welt kann nicht direkt agieren. Er braucht freie Menschen, die diesen Plan akzeptieren. Diese freien Menschen und ihre möglichen Verbündeten sind [...] die Finanzkapitalisten und die Meister des Diskurses."[11]

Kontakte zu Rechtsextremisten und Lob von arabischen Extremisten

JS pflegt nicht nur Kontakte zum deutschen Neonazi Horst Mahler, sondern auch zu anderen prominenten Rechtsextremisten. Das hat Edlinger/Hofbauer nicht gestört, denn Jermas-Shamirs Buch „ist ein Aufschrei gegen den Zionismus". Und im Kampf gegen den verhassten Zionismus ist ihnen offenbar jeder Bündnispartner recht, auch wen'ns ein derart ausgewiesener Antisemit wie Jermas-Shamir ist.

Tatsache ist auch, dass dieser von Edlinger als „Linke[r] und radikale[r] Demokrat" hofierte JS nicht nur von Holocaustleugnern und Rechtsextremisten gelobt wird [12], sondern auch aktiv für diese Partei ergreift.

Hier nur ein Beispiel von vielen: Jermas-Shamir selbst verteidigt die National Alliance, eine die Überlegenheit der weißen Rasse postulierende prominente rassistische Organisation in den USA, wegen ihrer antizionistischen Haltung. Zwar „fehlt diesen Kerlen das Fingerspitzengefühl und einige ihrer Ideen sind seltsam", findet Jermas-Shamir „aber sie sind zur richtigen Schlussfolgerung gekommen: Amerika sollte nicht den Willen der Zionisten erfüllen und für sie im Dritten Weltkrieg kämpfen."[13]

Anis Hamadeh, einer der aktivsten Verfechter der arabischen Sache in Deutschland, sieht Jermas-Shamir nur von der Warte der Nützlichkeit. Dass JS „Juden diskriminiert" stört ihn nicht. „Dies bedeutet nicht, dass ich aufhöre mit ihm zu sprechen, es bedeutet nicht, dass ich ihn nicht mehr mit 'Lieber Shamir'anrede, wenn ich will, oder dass ich seine Spuren verwische." Anis Hamadeh „möchte Israel Shamir nur nicht in einer verantwortlichen Position sehen" [14]

Dr. Izzedin Musa protestiert als „Deutscher palästinensischer Herkunft" gegen einen Israel-Tag an deutschen Schulen und schreibt an die Präsidentin der Deutschen Kultusminister Konferenz u.a.

„Was glauben Sie, wie sich die Millionen von Muslimischen Schülern und Schülerinnen fühlen müssen, wenn ihnen beigebracht werden soll, wie ihre Glaubensbrüder versklavt werden dürfen, nur weil Deutschland in seiner Vergangenheit meinte, das europäische Judentum ausrotten zu müssen. Durch diese Maßnahme tragen Sie nicht nur zur Spaltung der Gesellschaft bei, sondern treiben Sie die Deutschen muslimischen Glaubens in die Radikalität.

Wir sind schon die Opfer der Opfer. Wir wollen nicht noch zum zweiten Mal Opfer der Deutschen Vergangenheit werden ...

Die KMK hat eine Sorgfaltspflicht und Verantwortung gegenüber den Schülern und Schülerinnen. Ich will es nicht länger hinnehmen, dass meine Kinder mit dieser einseitigen Israel-Propaganda einer Gehirnwäsche unterzogen werden. Wie es in früheren Jahren Nazi-Propaganda gab, soll diese jetzt durch Israel-Propaganda ersetzt werden ...

Deutschland wird zunehmend wegen des Holocaust verpresst [sic! K.P.]. Die Israellobby wird immer schamloser, und die Deutschen haben immer mehr Angst, nicht als antijüdisch verunglimpft zu werden. Ich finde dies als Deutsch-Palästinenser erbärmlich."

Da wird ihm von der *Deutschen Nationalzeitung* und bis zur *Deutschen Stimme*, das gesamte rechtsextreme Spektrum beipflichten.

Dr. Izzedin Mussa verwies nicht zufällig zur „Veranschaulichung" auf das Buch „Blumen aus Galiläa" eines Israel Shamir.[15]

Was der Herausgeber hätte wissen können

Die Rückseite des Buches wirbt mit der Behauptung: „In Israel Shamir hat es [das palästinensische Volk, Anm. K.P.] einen würdigen Mitstreiter gefunden, dessen spitze Feder inhaltlich

kompromisslos und formal voll des jüdischen Witzes ist."

Außerdem wird auf dem Cover postuliert, dass „sich der Autor nicht nur für die Befreiung Palästinas ausspricht, sondern sich für ein weiter gefasstes Ziel einsetzt: die Befreiung des öffentlichen Diskurses."

Die Frage stellt sich, wovon denn dieser Diskurs befreit werden soll? Die Antwort ist eindeutig: Von jeder Hemmung und Zurückhaltung, die es verbieten müsste, derart kruden Antisemitismus zu verbreiten.

Es ist bezeichnend, dass sich die Herren Edlinger und Hofbauer nicht mit dem Autor näher beschäftigt und nicht wenigstens seine Homepage angeschaut haben. Anscheinend aber stört sie die antisemitische Haltung eines Jermas-Shamir nicht. Offenbar ist gerade ein solches Buch, das von Holocaustleugnern und Rechtsextremisten propagiert wird[16], Zeichen eines Brückenschlags antiimperialistischer Linker mit Rechtsextremisten.[17] Was sie eint ist die gemeinsame Israelfeindschaft, die das Existenzrecht des Staates leugnet oder in Frage stellt. Da treffen sich Antiimperialismus, traditioneller Antisemitismus, Antiamerikanismus, Rechtsextremismus, Revisionismus und muslimischer Extremismus. Israel und seine Politik werden zum zentralen Problem der Nahostregion hochgespielt, doch eine solche Querfront richtet sich nicht nur gegen den Staat Israel, sondern bedroht auch die Juden außerhalb Israels, denn sie macht diese mitverantwortlich für die Politik der USA im Nahen Osten.

Die von Edlinger behaupteten „Perspektiven eines demokratischen und friedlichen Zusammenlebens der beiden Völker" werden mit solchen Veröffentlichungen sicher nicht aufgezeigt. Aber es ist ja geradezu ein Charakteristikum des „neuen" Antisemitismus, dass er sich hinter wohltönenden Begriffen wie Frieden oder Demokratie verschanzt.

Karl Pfeifer

Fußnoten

[1] www.hagalil.com/archiv/2004/02/norwegen.htm
[2] www.deiryassin.org/board.html
[3] www.searchlightmagazine.com/index.php?link=template&story=6
[4] www.israelshamir.net/german/zog-german.html
[5] „Museum Madness in Baghdad" MEQ spring 2004, www.meforum.org/article/609
[6] Hamas Charter: Article Thirty-Two: The Attempts to Isolate the Palestinian People "For Zionist scheming has no end, and after Palestine they will covet expansion from the Nile to the Euphrates. Only when they have completed digesting the area on which they will have laid their hand, they will look forward to more expansion, etc. Their scheme has been laid out in the Protocols of the Elders of Zion, and their present [conduct] is the best proof of what is said there". http://www.palestinecenter.org/cpap/documents/charter.html
[7] „Man weiß, daß nach der These Sombarts die Juden die wirklichen Schöpfer des Kapitalismus gewesen sein sollen; er schrieb ihnen darum einen entscheidenden Einfluß auf den amerikanischen way of life zu, ohne dessen gewahr zu werden, daß es sich dabei um durchaus eigenständige Charakterzüge handelte, wie sie der scharfsinninge Tocqueville bereits ein Jahrhundert zuvor beschrieben hatte." (Léon Poliakov, Geschichte des Antisemitismus 1983, Band V, S. 243)
[8] www.israelshamir.net/english/hellen.shtml
[9] http://shamir.mediamonitors.net/april152001.html
[10] www.israelshamir.net/german/German8.htm
[11] www.thetruthseeker.co.uk/article.asp?ID=322
[12] www.adelaideinstitute.org/Dissenters/mahlero.htm, http://www.geocities.com/CapitolHill/1404/shamir.html
[13] http://shamir.mediamonitors.net/august172002.html
[14] www.anis-online.de/mediendatenbank/israelshamir.htm
[15] http://www.palaestina-stimme.de/aktuelles/israel-tag-06-05-05.html
[16] Nur zwei Beispiele: http://www.adelaideinstitute.org/Dissenters/mahlero.htm, http://www.geocities.com/CapitolHill/1404/shamir.html
[17] Als Ausdruck dieses Brückenschlages kann auch die Tatsache gewertet werden, dass Hofbauer in seinem Verlag gemeinsam mit Viorel Roman ein Buch über „Transsilvanien – Siebenbürgen" publiziert hat. Roman sorgte als Dozent an der Universität Bremen schon 1998 mit antisemitischen Äußerungen für Aufregung. Im selben Jahr gratulierte er in einem Brief an Corneliu Vadim Tudor, dem Führer der neofaschistischen Partei Groß-Rumänien, zur Proklamation seiner „10 Gebote". Tudor fordert dort u.a. „die Isolation krimineller und asozialer Zigeuner". Darüber hinaus ist ein Buch Romans im Verlag des Ehrenvorsitzenden derneofaschistischen Vereinigung Rumänische Heimstätte, Josif Constantin Dragan, erschienen.



Die neu gestaltete KZ-Gedenkstätte Neuengamme wurde eröffnet

Hanseatisches Gedenken

Nach 55 Jahren Gefängnisnutzung und über dreijähriger Umbauphase wurde am 3. und 4. Mai 2005 die erweiterte und neu gestaltete KZ-Gedenkstätte Neuengamme eröffnet. 3.000 Menschen nahmen an den, überregional nur wenig beachteten Feierlichkeiten teil, darunter waren auch ca. 250 ehemalige Häftlinge des KZ Neuengamme.

Zu Protesten im Vorfeld hatte die „Einladungspraxis" der Hansestadt Hamburg geführt, die erstmals in der Geschichte der KZ-Gedenkstätte die Feierlichkeiten ausrichtete.

Laut einer Presseerklärung der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme (AGN), dem deutschen Verband der ehemaligen Häftlinge des KZ Neuengamme, hat der Hamburger Senat lediglich einem Teil der 1.100 eingeladenen ehemaligen Häftlinge die Kosten für die Anreise zu den Feierlichkeiten zugesichert. Generell wurden die Kosten von Begleitpersonen – welche bei dem hohen Alter der Überlebenden oftmals unabdingbar sind – nicht übernommen. Somit, so die AGN im November 2004, kämen die Einladungen eher Ausladungen gleich.

Anknüpfend an diese Kritik riefen verschiedene antifaschistische Gruppen aus Hamburg mit dem Motto „Last die Überlebenden mit dem Senat nicht alleine" zu der Teilnahme an der Eröffnung auf.

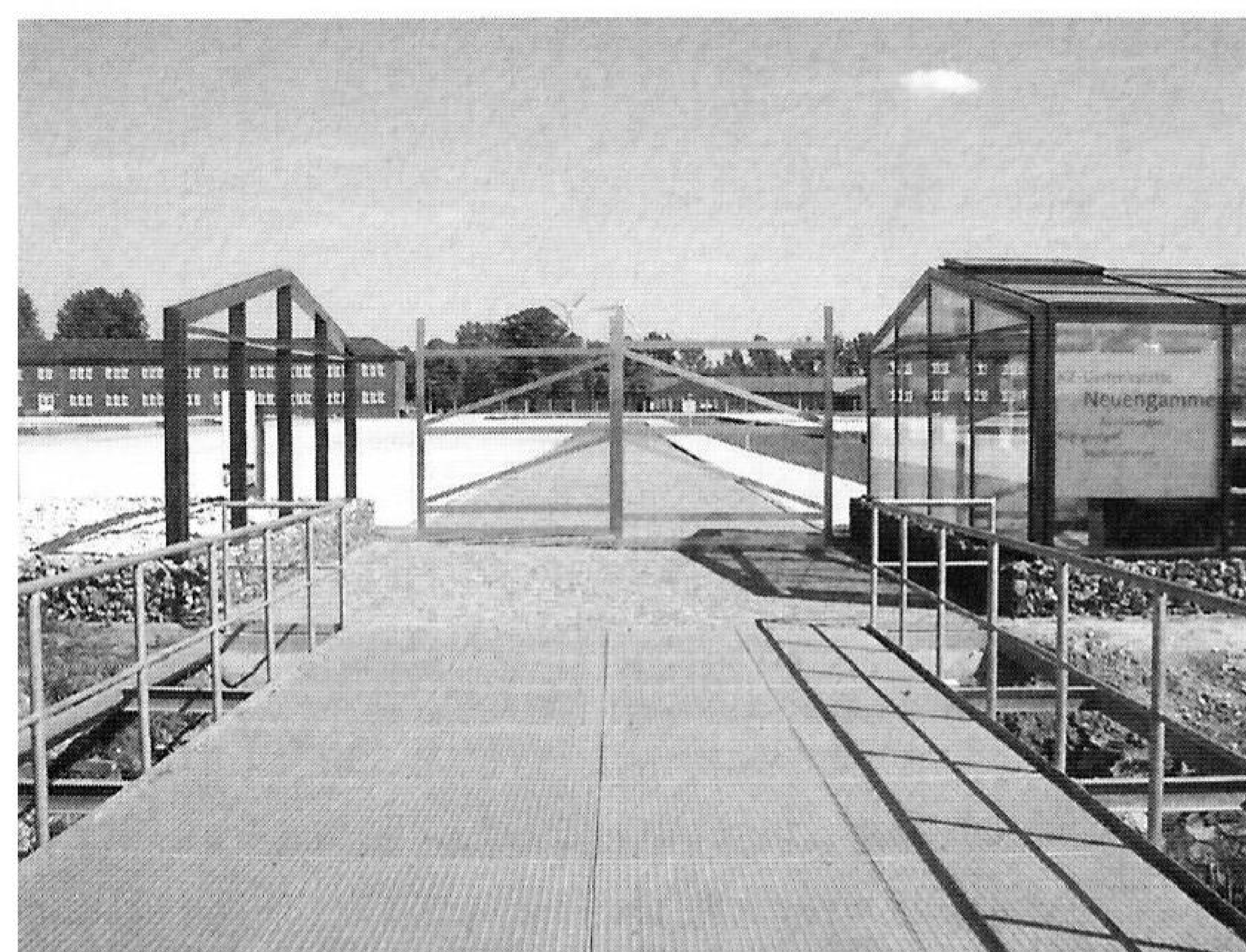
Dieses antifaschistische Engagement führte zu bezeichnenden Aktivitäten bei dem Hamburger Senat. So sah sich die Kulturbehörde der Hansestadt Hamburg gezwungen, nur wenige Tage vor der Eröffnung – quasi als Rechtfertigung – in einer Presseerklärung detailliert die Kosten der Eröffnung aufzuschlüsseln. Außerdem wurde am Tag der Eröffnung, neben zahlreichen LKA-Zivilbeamten auf dem Gelände, ein uniformiertes Polizeiaufgebot am Eingang in die KZ-Gedenkstätte postiert. Was wie der Schutz vor Störungen durch Neonazis wirken konnte, war letztendlich einer behördlich prognostizierten Störung der Rede des ersten Bürgermeisters Ole von Beust durch Antifaschistinnen und Antifaschisten geschuldet.

Einer größeren Gruppe von Antifas (u.a. der Jugendgruppe des Auschwitzkomitees) wurde daraufhin der Zugang zu der Gedenkstätte verwehrt. Diese seien, so der Polizeieinsatzleiter, „polizeibekannt und potenzielle Störer". Unverständlicherweise wurde diese Entscheidung anfangs von dem Verantwortlichen der KZ-Gedenkstätte mitgetragen. Erst nachdem einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte interveniert hatten, wurde die Entscheidung revidiert, die Polizisten abgezogen und jedem der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zugang zum Gelände ermöglicht.

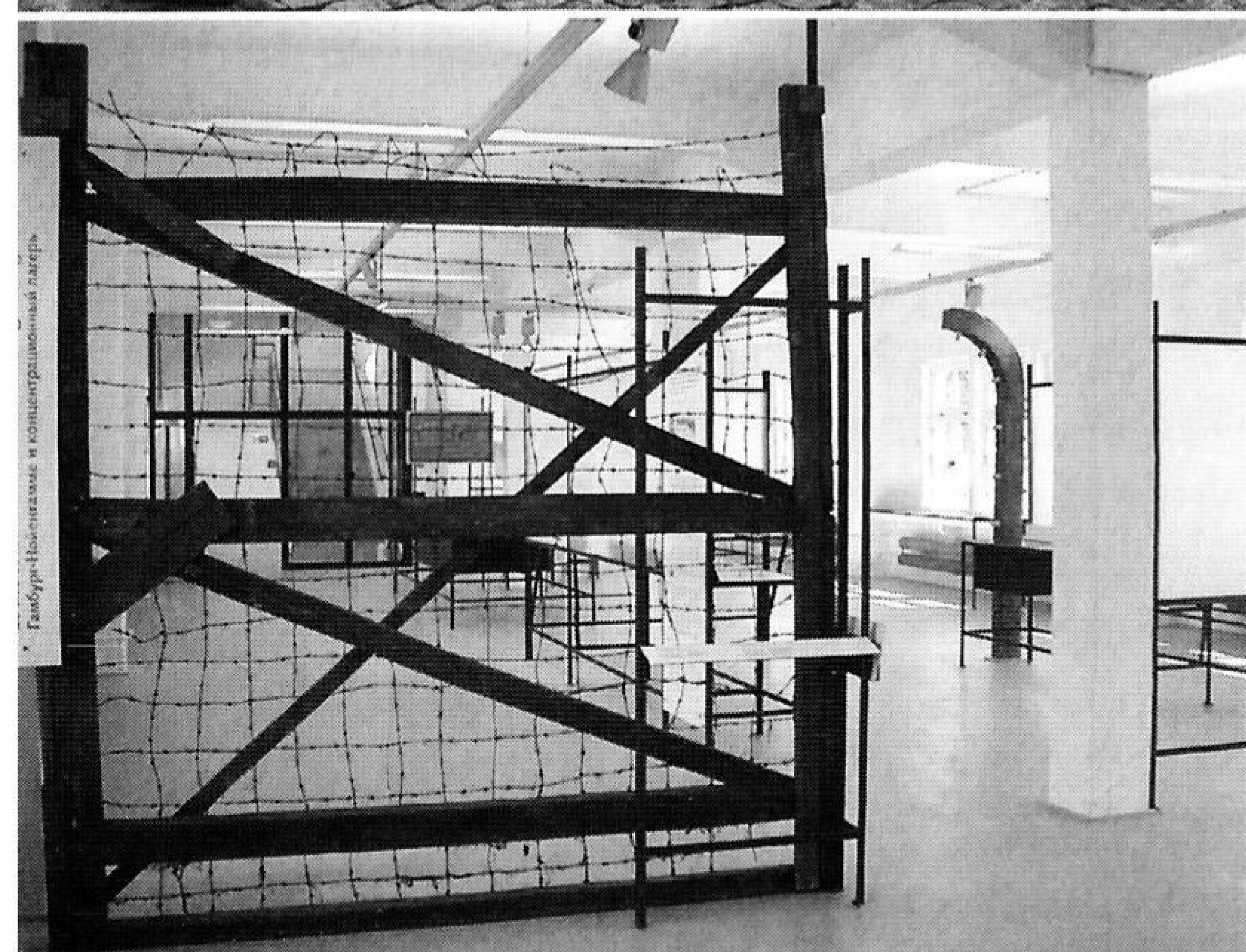
Dem antifaschistischen Aufruf folgten erfreulicherweise zahlreiche Menschen aus Hamburg und den angrenzenden Bundesländern, die mit vielen Transparenten die ehemaligen Häftlinge grüßten, die Senatspolitik kommentierten und die Feierlichkeit begleiteten. Entgegen der absurden städtischen Prognose wurde die Feierlichkeit nicht gestört. Im Gegenteil, die Transparente trafen oft auf Zustimmung bei den ehemaligen Häftlingen. Zum Ende legte eine Delegation antifaschistischer Gruppen aus Hamburg gemeinsam mit Delegationen aus GUS-Staaten einen Kranz an der Gedenkplatte des abgerissenen Krematoriums nieder.

Die Eröffnungsfeierlichkeiten, die zeitlich mit dem 60sten Jahrestag der Übernahme des KZ durch die britische Armee zusammenfiel begannen am Nachmittag des 3. Mai mit einer Vorbesichtigung des Geländes und der neuen Ausstellungen durch die ehemaligen Häftlinge und deren Angehörige. Am Abend lud der Senat zu einem Empfang in einen der Flügel des Klinkerwerks in der KZ-Gedenkstätte. 1.500 Gäste nahmen daran teil, allerdings glänzten der Hamburger Bürgermeister und die meisten Senatsangehörigen durch Abwesenheit.

Neben den Begrüßungsreden der Kultursenatorin Karin von Welck und des Leiters der KZ-Gedenkstätte, Dr. Detlef Garbe, hielten Überlebende des KZ Neuengamme aus verschiedenen Nationen beeindruckende Ansprachen, in denen deutlich wurde, dass die Männer und Frauen ungeachtet ihres hohen Alters auch weiterhin aktiv an der Gestaltung der KZ-Gedenkstätte teilhaben wollen. Oder, wie der Vorsitzende der Denkmalkommission der Amicale Internationale KZ Neuengamme, Jean Le Bris sagte: „unser Handeln [hat] nichts von einer Pflicht, es ist die natürliche Fortsetzung unseres jugendlichen Engagement im Widerstand gegen den Totalitarismus und das von ihm verbreitete Elend. Es ist heute der gleiche, nie endende Kampf, den wir um Freiheit und Achtung für alle Menschen führen."







Der Morgen des 4. Mai begann mit einem ökumenischen Gottesdienst, daran anschließend folgte der offizielle Teil mit Reden, Musik und Kranzniederlegung.

Hamburgs Erster Bürgermeister, Ole von Beust versicherte den Anwesenden, dass „wir uns gemeinsam auf den Weg [machen] um den „Zeitspuren" Neuengammes zu folgen – immer wieder um zu trauern, zu erinnern, zu gedenken, zu mahnen" und resümierte abschließend, dass die Hansestadt Hamburg aus der Vergangenheit gelernt habe und weiter lernen wolle.

Die Rede des ersten Bürgermeisters war in ihrer professionellen und unbestimmten Anteilnahme in weiten Teilen aussagelos. Dadurch aber auch unantastbar. Entgegen der linken Kritik an der Geschichtspolitik der konservativen Landesregierung war es für die Überlebenden und die Angehörigen vorrangig eine Genugtuung und eine hohe Ehre das Hamburgs Erster Bürgermeister bei der Einweihung „ihrer" Gedenkstätte, die nun endlich nach 60 Jahren als würdevoller Ort gestaltet wurde, geredet hat.

Deutlich emotionaler sprach die Staatsministerin für Kultur und Medien Christina Weiss, die jahrelang als Hamburgs Kultursenatorin den Kampf um die Entstehung der KZ-Gedenkstätte begleitet hatte. In ihrer Ansprache kam sie fern jedes pädagogischen Verständnisses zu dem Schluss, dass wenn nur ein Jugendlicher nach dem Besuch „gegen rechtes und rassistisches Gedankengut immunisiert" würde, „das Geld und Mühen, die [...] investiert wurden nicht umsonst" seien.

Der Vorsitzende der Amicale Internationale KZ Neuengamme, Robert Pinç on zeigte in seiner Rede noch einmal den langen Kampf der Überlebenden bis zu der nunmehr neu gestalteten Gedenkstätte auf, merkte aber auch an, dass der Raum nun befriedet, beschaulich und erinnerungsträchtig sei. Das Vermächtnis der ehemaligen Häftlinge aus vielen Ländern sei aber auch in die Zukunft gerichtet, denn, so Pinçon, die Überlebenden müssen „Tag für Tag feststellen, dass die elementarsten Rechte bzw. Grundsätze des Lebens in der Gesellschaft weiterhin verletzt werden". Dem entsprechend mahnte Pinçon eine Toleranz gegenüber Menschen, Religionen und Kulturen an ohne dabei jedoch einer Indifferenz zu verfallen.

Zum Abschluss verlas der Schauspieler Rolf Becker die Rede des erkrankten ehemaligen israelischen Botschafters, Avi Primor. Primor bescheinigte unter dem Oberbegriff „Erinnerung ist das Geheimnis der Erlösung" der Bundesrepublik Deutschland eine vorbildliche Vergangenheitsaufarbeitung, die er als beispielhaft für andere Nationen empfahl, was Wasser auf die Mühlen derjenigen sein dürfte, die endlich einen Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit ziehen wollen.

Im Anschluss an die Reden erfolgten Kranzniederlegungen an den freigelegten Fundamenten des ehemaligen Arrestbunkers und der Gedenkplatte des abgerissenen Krematoriums.

Den Nachmittag über bestand dann die Gelegenheit die neuen Ausstellungen und das Freigelände zu besuchen oder an mehreren beeindruckenden Gesprächen mit ehemaligen Häftlingen teilzunehmen.

Exkurs:

Nach einem jahrzehntelangen Kampf um eine würdige Gedenkstätte, einem langsamen Bewusstseinswandel ab

der 80er Jahre und der sukzessiven memorialen Aneignung des Ortes wurde 2003, nachdem die Justizvollzugsanstalt XII, die sich 55 Jahre auf dem historischen Ort des Häftlingslagers des KZ Neuengamme befand, aufgegeben wurde, endlich damit begonnen die nun 50 ha große KZ-Gedenkstätte Neuengamme umzugestalten.

Die Neukonzeption des umfangreich überbauten, kaum noch zu deutenden, authentischen Ortes basierte maßgeblich darauf, einerseits das historische Häftlingslager des Konzentrationslagers Neuengamme und die Anordnung der Unterkunfts- und der Funktionsbaracken und des Appellplatzes kenntlich zumachen. Andererseits soll auch die von Verdrängung geprägte Nachnutzung in Verweisen, wie beispielsweise einem Rest des Gefängnisgebäudes dokumentiert werden.

Zur Kenntlichmachung des historischen Ortes wurden nahezu alle Nachkriegsgebäude abgerissen und die nicht mehr vorhandenen Holzbaracken durch Drahtkörbe mit gebrochenen Ziegelsteinen markiert. Der Appellplatz wurde in großen Teilen rekonstruiert und die noch erhalten gebliebenen KZ-Gebäude saniert.

Die einheitliche Gestaltung des künstlichen Ortes „Gedenkstätte" führt nahezu zwangsläufig zu einer Ästhetisierung des gesamten Geländes, wobei die stilisierten Elemente erfreulicherweise nicht als autonomes Kunstwerk an sich wirken, sondern in ihrer Zurückhaltung den Ort erläutern und Raum für eine eigene Annäherung offen lassen. Es zeigt sich allerdings auch, dass zum Verständnis der Gestaltung eine Abstraktionsfähigkeit notwendig ist, denn es ist in Neuengamme kein Konzentrationslager zu sehen, sondern eine gestaltete KZ-Gedenkstätte.

An einigen Punkten verweisen freigelegte bauliche Überreste immer wieder auf den authentischen Ort, so beispielsweise bei dem „Arrestbunker" genannten Lagergefängnis. Eindrucksvoll zeigt das freigelegte Fundament die Enge in dem Arrestbunker, in dem neben dem Vollzug von Lagerstrafen auch 2.000 Häftlinge durch die Gestapo hingerichtet wurden und in zwei Vergasungen 448 sowjetische Kriegsgefangene ermordet wurden.

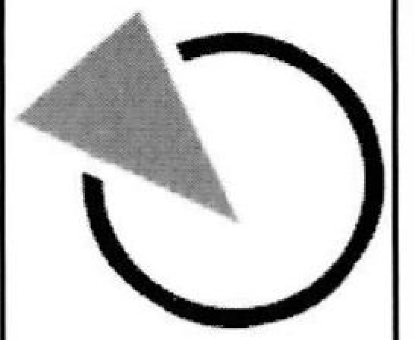
Eine kaum zu vermeidende Konsequenz der Umgestaltung ist, dass der „Gedenkbereich" im Norden des Geländes mit dem internationalen Mahnmal, der Skulptur von Francoise Salmon und dem Haus des Gedenkens zugunsten des authentischen Ort „Häftlingslager" im südlichen „Dokumentationsbereich" der Gedenkstätte an Bedeutung verloren hat.

Im Rahmen der Umgestaltung wurden vier neue Ausstellungen erarbeitet und in restaurierten historischen KZ-Gebäuden präsentiert. In der grundlegenden Hauptausstellung zum KZ Neuengamme wurde, neben allen Aspekten des Konzentrationslagers richtigerweise auch ausführlich das Internierungslager CIC 6 (1945-1948), die hanseatische Nachnutzung als Gefängnis (1948-2003) und die langsame und mühevolle memoriale Aneignung des Ortes durch das Engagement der ehemaligen Häftlinge behandelt. Als zweite KZ-Gedenkstätte in der Bundesrepublik Deutschland wurde in Neuengamme darüber hinaus eine eigenständige Ausstellung über die KZ-Aufseher der SS eingerichtet. Dieser Bereich wurde in den ehemaligen SS-Garagen eingerichteten. Erfreulicherweise wurde in der Ausstellung vollständig auf die Präsentation von SS-Devotionalien verzichtet, so dass der Ort sich kaum für eine neonazistische Bezugnahme eignet.

Insgesamt wurden die sehr komplexen und umfangreichen Ausstellungen wohltuend zurückhaltend und wissenschaftlich neutral gestaltet präsentiert. Der gegenwärtigen Ausstellungsdidaktik entsprechend wird sehr stark mit einem biografischen Ansatz gearbeitet, d.h. ein wesentlicher Bestandteil bei der Darstellung der verschiedenen Aspekte des KZ ist die Erläuterung über biografische Beschreibungen einzelner Häftlinge. Was in der Hauptausstellung eine notwendige emphatische Annäherung an einzelne Aspekte ermöglicht, ist in der SS-Ausstellung ein Stück weit zu hinterfragen. Es ist zwar notwendig, sich biografisch auch den Tätern zu nähern um der immer öfters von Schülerinnen und Schülern gestellten Frage „wie war es möglich" näher zu kommen. Jedoch fehlt eine permanente übergeordnete Charakterisierung als SS-Massenmörder. Auch bei dem Nachkriegsteil der Hauptausstellung ist teilweise eine, vermutlich nicht beabsichtigte, aber über die Nähe zum Forschungsgegenstand entstandene, emphatische Nähe zu den nach Kriegsende Internierten – größtenteils NS-Funktionsträger – zu konstatieren. Darüber hinaus ist der teilweise sehr westzentrierte Blick auf das kommunistische Gedenken an das KZ-Neuengamme in Ostdeutschland zu hinterfragen.

Stephan Lindke

KZ-Gedenkstätte Neuengamme
Jean-Dolidier-Weg 75
21039 Hamburg
Tel.: 00 49 40 – 428 131 – 500
info@kz-gedenkstaette-neuengamme.de
www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de



Antifascist Actionday gegen den Rudolf-Hess Gedenkmarsch am 20. August 2005 in Wunsiedel



Bereits im letzten Jahr hatte die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! zu Aktivitäten gegen den jährlichen Gedenkmarsch zum Tode Rudolf Hess im bayerischen Wunsiedel aufgerufen. In diesem Jahr kommt die Kampagne offensichtlich bedeutend früher und breiter in Fahrt. Bereits auf der Demonstration zum 8. Mai in Berlin präsentierte sie sich mit einem Transparent und 10.000 Flugblättern. Mitte Mai hat nun die bundesweite Verbreitung von Plakaten, Aktionsaufrufen und Flyern begonnen. Für den 20. August 2005 sind in der Wunsiedler Innenstadt eine ganztägige Kundgebung von 9 bis 19 Uhr, sowie eine Demonstration angemeldet.

Inhaltlich wird die Kundgebung nicht auf die Auseinandersetzung mit den in der Stadt marschierenden Neonazis beschränkt. Der alljährliche Aufmarsch der internationalen nationalsozialistischen Bewegung ist natürlich ein Symbol für die Entwicklung einer deutschen Nazibewegung von mittlerweile neuer Qualität. Weiter zeigt sich die Unfähigkeit und den Unwillen der deutschen Gesellschaft, diese Bewegung inhaltlich anzugreifen. Der im Mai gefeierte sechzigste Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ist Anlass zu der notwendigen gesamtgesell-

schaftlichen Auseinandersetzung. Auch deshalb bemüht sich die Kampagne Überlebende der faschistischen Terrorherrschaft und ehemalige Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer einzubeziehen. Der. Jahrestag der Befreiung soll hierbei als mehr als ein bloßes historisches Ereignis gesehen werden. Hier besteht eine der letzten Möglichkeiten, mit Überlebenden des Nationalsozialismus, mit aktiven GegnerInnen und WiderstandskämpferInnen zusammenzukommen. Der Kampf gegen den Faschismus ist nicht abgewickelt, der Nationalsozialismus nicht aufgearbeitet und überwunden im Sinne der neuen deutschen Innen- und Außenpolitik. Die Verantwortung gegenüber den Opfern des Faschismus mahnt uns zum Widerstand gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Militarismus. Wir tragen individuelle Verantwortung dafür, dass Faschisten in Deutschland nie wieder Macht und Einfluss haben können.

Aus diesem Grunde ruft inzwischen auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN/BdA zur Teilnahme an den antifaschistischen Gegenaktivitäten in Wunsiedel auf.

Neben Redebeiträgen wird ein Kulturprogramm den Tag ausfüllen. Mit der geplanten Demonstration soll deutlich gemacht werden, dass den Nazis die Stadt nicht einfach überlassen wird. Wir wollen offensiv Raum einnehmen, die gesamte Stadt zum Ort antifaschistischen Widerstandes machen.

Neben der Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! Mobilisieren auch Einzelpersonen und Verbände aus Wunsiedel selbst zu Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch. Bereits im letzten Jahr hat die Stadt Wunsiedel, also demokratische Initiativen, Teile der Stadtverwaltung, darunter der Bürgermeister und vor allem die Bürgerinitiative Bunt statt braun gezeigt, dass vor Ort ein Wandel im Blick auf den Naziaufmarsch stattgefunden hat. Der ehemalige SPD Bürgermeister hatte in der Vergangenheit immer dazu aufgerufen, die Nazis schlicht zu ignorieren. Seit der Wiederbelebung der Aufmärsche im Jahr 2001 hat das Aktionsbündnis aktiven Widerstand entwickelt. 2004 schmückten dutzende von antifaschistischen Transparenten die Route der Nazidemonstration, ihr folgte unmittelbar ein symbolischer „Kehraus", die Nutzung der Festwiese wurde den Nazis verwehrt und eine Sitzblockade an der sich der schon erwähnte Bürgermeister selbst beteiligte stoppte die Demo zumindest symbolisch und kurzfristig.

In diesem Jahr hat dieser Initiativenkreis mit der Musikerinitiative Laut gegen Nazis den Auftakt einer aktuellen Tournee am Tag des Naziaufmarsches in Wunsiedel geplant. Mit einem großen Konzert an dem sich unter anderem die Band Extrabreit beteiligen wird, soll Stimmung gegen den Aufmarsch gemacht werden und Gegendemonstranten mobilisiert werden.

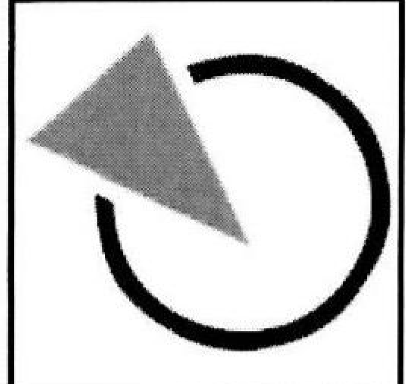
Die beiden Gegenaktionen ergänzen sich. Es ist nicht abzusehen, ob es zu einer wirklichen Zusammenarbeit kommen wird. Die lokalen Initiativen haben zwar erkannt, dass dem braunen Spuk nur aktiv beizukommen ist, letztlich bestehen aber immer noch große Bedenken insbesondere gegenüber autonomen AntifaschistInnen. Im letzten Jahr sorgte das Nebeneinander der verschiedenen Aktivitäten allerdings nicht für Schwierigkeiten und wurde eher als bereichernd empfunden.

Die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! hat von Anfang an deutlich gemacht, dass es darum geht, politisch gegen den Naziaufmarsch zu mobilisieren. Die Verhinderung der dort jedes Jahr stattfindenden Verherrlichung des Nationalsozialismus wird nur möglich sein, wenn es gelingt, den Widerstand hiergegen politisch zu verbreitern, politische Gräben zu überwinden und neue Aktionsformen zu entwickeln.

Insbesondere die in den letzten Jahren entstandenen Kräfteverhältnisse mit fast 5000 Nationalsozialisten, der massiv auftretenden bayerischen Polizei in der provinziellen Kleinstadt lassen ohnehin kein anderes Vorgehen zu.

Das neue Versammlungsgesetz – kommt ein Verbot?

Die zum 8. Mai in Kraft getretene Gesetzesveränderung hat bei vielen die Hoffnung genährt, der jährliche Hessmarsch würde nun durch ein Verbot beendet. Allerdings wurde bereits in der parlamentarischen Debatte um die Gesetzesveränderung deutlich, dass diese Hoffnung sich wohl nicht bestätigen wird. Im neuen Versammlungsgesetz besteht nunmehr die Möglichkeit, Veranstaltungen auf denen der Nationalsozialismus verherrlicht wird, zu verbieten. Die in den letzten Jahren mit der Demonstration befassten Verwaltungsgerichte haben bereits festgestellt, dass die Verherrlichung von Rudolf Hess aufgrund seiner politischen Funktionen, seiner Parteiämter sowie seiner Rolle im Nationalsozialismus zwangsläufig eine Verherrlichung des Nationalsozialismus darstellt.



Kein internationaler NS-Aufmarsch zum Gedenken an den Hitlerstellvertreter und Kriegsverbrecher Rudolf Hess



Rudolf Hess wird von den heutigen Nazis zum „Friedensflieger" umgelogen, weil er im Mai 1941 nach Schottland flog, vermutlich um dort einen Separatfrieden mit Großbritannien abzuschließen. Der Hintergedanke dieses Unternehmens war, angesichts des bevorstehenden Angriffs auf die Sowjetunion einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Bereits dies stellt eine Verherrlichung des gesamten Nationalsozialismus dar: Das nationalsozialistische Deutschland habe eigentlich den Frieden gewollt, ihm sei jedoch von den „verbrecherischen" Alliierten der Krieg aufgezwungen worden. Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden damit insgesamt geleugnet, das Hitlerregime als Opfer einer internationalen Verschwörung dargestellt.

Es ist aber doppelt fraglich, ob dieser Umstand ein Verbot rechtfertigen wird, das auch vor dem Bundesverfassungsgericht bestand hat. Einerseits könnte der Demonstrationsanmelder Jürgen Rieger mit entsprechenden Auflagen für Transparente und Beiträge eine solche „Verherrlichung" einschränken – die angereisten Alt- und Neonazis wissen ohnehin, weshalb sie sich versammeln. Andererseits würde mit einer solchen Gesetzesauslegung erstmalig in der Bundesrepublik eine Meinungsäußerung und nicht eine Tatsachenbehauptung als Ansatzpunkt für die Beschränkung des Demonstrationsrechts genommen. Strafbar sind beispielsweise nur falsche, volksverhetzende Tatsachenbehauptungen, die die Würde der Opfer des Nationalsozialismus verletzen. Insbesondere das Leugnen der systematischen Vernichtung der europäischen Juden stellt eine solche strafbare Behauptung unwahrer Tatsachen dar. Das bloße Bekenntnis zum Nationalsozialismus unterfällt dagegen grundsätzlich keiner Strafnorm. Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung der Meinungsfreiheit wird mit großer Wahrscheinlichkeit auf dieser Grundlage ein Verbot der Demonstration spätestens durch das Verfassungsgericht aufgehoben werden.

Es ist daher davon auszugehen, dass zunächst ein Verbot des Aufmarsches erfolgt, dies jedoch voraussichtlich keinen Bestand haben wird.

Die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! macht ihre Kundgebung und Demonstration nicht davon abhängig ist, ob die Nazis in Wunsiedel aufmarschieren. Sollte der Aufmarsch aus irgendwelchen Gründen nicht stattfinden oder örtlich verlegt werden, werden die Kundgebung und das Begleitprogramm mit umso besserer Laune zu genießen sein.

Machen wir also den Todestag Rudolf Hess'zu einem Tag, der der antifaschistischen Bewegung und dem Kampf gegen den Faschismus und für eine befreite Gesellschaft gehört.

Kontakt:
Kampagne NS-Verherrlichung stoppen!
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen
info@ns-verherrlichung-stoppen.tk
www.ns-verherrlichung-stoppen.tk



Abobestelladresse:

Abobestellungen an:
rat – reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Ein Abo kostet 13,- € für 4 Ausgaben.
Lieferung nur gegen Vorkasse.

www.enough.nadir.org